



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Die Krim-Annexion aus der Sicht des Neorealismus

verfasst von / submitted by

Barbora Legathova BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2018 / Vienna 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on the
student record sheet:

Master Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Priv.- Doz. Dr. Karin Liebhart

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
1.1	Einführung in das Thema	1
1.2	Erkenntnisinteresse und thematischer Überblick	3
1.3	Ziel der Arbeit und Forschungsfrage	6
1.4	Forschungsstand	7
1.5	Methodische Vorgehensweise	10
1.6	Aufbau der Arbeit	11
2.	Theorieteil	13
2.1	Funktionen einer Theorie.....	13
2.2	Feststellung der Ursache-Wirkungszusammenhänge	15
2.3	Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen	16
2.4	Begriffe „internationale Politik“ und „internationale Beziehungen“	18
2.5	Neorealismus	19
2.5.1	Grundannahmen und geschichtliche Entwicklung des Neorealismus.....	20
2.5.2	Akteure und Struktur des internationalen Systems	21
2.5.3	Zentrale Frage des Neorealismus	23
2.5.4	Sicherheitsdilemma	25
2.5.5	Machtmaximierung	27
2.5.6	Machtgleichgewicht	28

2.5.7	Nullsummenspiel.....	31
2.5.8	Zusammenfassung und Entwicklung der Unterfragen	32
3.	Erkenntnisse aus dem forschungsbezogenen Material.....	34
3.1	Internationales System nach dem Ende des Kalten Krieges.....	35
3.1.1	Russlands Position zur neuen Sicherheitslage in Europa.....	38
3.1.2	Von der bipolaren zur unilateralen Welt?	38
3.1.3	Position der Ukraine in der neuen Weltordnung.....	41
3.2	Motive Russlands für die Krim-Annexion	44
3.2.1	Schutz der russischen Bevölkerung auf der Krim.....	44
3.2.2	Neosowjetische Revisionsversuche Russlands	49
3.2.3	Expansive Politik des Westens.....	55
3.2.3.1	Beziehungskonstellation zwischen Russland und dem Westen.....	56
3.2.3.2	Hegemoniale Rolle der USA	57
3.2.3.3	Rolle der NATO.....	58
3.2.3.4	Rolle der EU	65
4.	Analytischer Teil	74
4.1	Analyseeinheit Sicherheitsdilemma	74
4.2	Analyseeinheit Machtmaximierung.....	77
4.3	Analyseeinheit Machtgleichgewicht.....	79
4.4	Analyseeinheit Nullsummenspiel	82
5.	Fazit.....	85

6.	Offene Fragen.....	87
7.	Literatur.....	89
8.	Anhang.....	96
8.1	Abstract Deutsch.....	96
8.2	Abstract Englisch.....	97

1. Einleitung

1.1 Einführung in das Thema

Seit dem Jahr 2014 wurde die Aufmerksamkeit zahlreicher internationaler Medien wiederholt auf die Ukraine gerichtet, als sich die ukrainische Halbinsel Krim und die Ostukraine in ein umkämpftes Gebiet zwischen der ukrainischen Armee und prorussischen Separatisten entwickelte. Der 21. März 2014 ist in die Neuzeitgeschichte als das Datum der Annexion¹ der Krim durch Russland eingegangen. Einerseits verschlechterten sich seit diesem Zeitraum Russlands bilaterale Beziehungen mit der Ukraine rapide, andererseits riefen die Geschehnisse in der Ukraine auch eine enorme Resonanz und Widerstand seitens des Westens hervor. Als Reaktion auf das Vorgehen Russlands verhängten die EU und die USA mehrfach wirtschaftliche Sanktionen sowie weitere restriktive diplomatische Maßnahmen gegen Russland.²

In diesem Kontext sprachen deshalb viele Medien, bedeutende westliche PolitikerInnen und zahlreiche WissenschaftlerInnen von der Entstehung eines neuen bzw. der Atmosphäre eines Kalten Krieges³. Neben dem bilateralen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland standen sich nämlich gleichzeitig Russland und der Westen als konkurrierende Hauptakteure gegenüber. Einerseits weil Russland den prorussischen Separatisten eine militärische Hilfe bot,

1 Der Begriff der Annexion wird von manchen WissenschaftlerInnen als nicht angebracht angesehen. Der Rechtswissenschaftler Reinhard Merkel z.B. spricht statt einer Krim-Annexion über eine „Sezession“ dieser Halbinsel von der Ukraine mit anschließender Eingliederung in die Russische Föderation (vgl. Crome 2014: 109). Weil in den meisten wissenschaftlichen Artikeln der Begriff der „Annexion“ Verwendung findet, wird dieser Begriff auch im Rahmen dieser Arbeit herangezogen, um den Akt der Eingliederung der Krim-Halbinsel in die Russische Föderation zu beschreiben.

2 Zu den wirtschaftlichen Sanktionen und restriktiven Maßnahmen der EU und USA siehe mehr unter: <https://www.noerr.com/de/newsroom/News/eu-und-us-sanktionen-und-russlandsgegenma%C3%9Fnahmen.aspx> (abgerufen am 2.12.2017); https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/Aktueller_Stand_der_Sanktionen_gegen_Russland_und_die_Ukrai.html (abgerufen am 2.12.2017).

³ Unter dem Kalten Krieg bzw. dem Ost-West-Konflikt wird der Zeitraum der politischen, militärischen sowie ideologischen Konkurrenz zwischen dem Westen und dem Ostblock bzw. dem Kapitalismus und dem Kommunismus zwischen 1947 und 1989 verstanden. Weil sich bei diesem Konflikt zwei Supermächte (die USA und die Sowjetunion) und gleichzeitig zwei Pakte (NATO und Warschauer Pakt) hochgerüstet gegenüberstanden, wird diese Zeit auch als „bipolare Welt“ bezeichnet (vgl. Gärtner 2005:103).

andererseits weil der Westen die Ukraine unterstützte. Da sich im Kalten Krieg zwei Supermächte gegenüberstanden und Stellvertreterkriege zur Durchsetzung ihrer Interessen in Drittstaaten führten, weisen die Umstände in der Ukraine tatsächlich Ähnlichkeiten zum Kalten Krieg auf. Die geopolitische Lage und Konstellation zwischen dem Westen und Russland zu Zeiten der Krim-Annexion weist jedoch auch grundlegende Unterschiede zu dem von 1945 bis 1989 herrschenden Kalten Krieg auf. Ein Beispiel für einen solchen Unterschied ist die überlegenere Position der NATO-Mitglieder sowie der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Relation zu den russischen Kräften, insbesondere im militärischen und wirtschaftlichen Bereich. Die Supermächte, die sich bei der internationalen Auseinandersetzung um die Halbinsel Krim gegenüberstanden, waren im Vergleich zum Kalten Krieg demzufolge nicht annähernd gleich stark (vgl. Strutyński 2014: 9f.).

Nichtsdestotrotz wurde durch die russische Krim-Annexion deutlich, dass völkerrechtswidrige⁴ Annexionen keineswegs ein Restbestand europäischer Vergangenheit sind, sondern auch nach dem offiziellen Ende des Ost-West-Konflikts stattfinden können. Manche WissenschaftlerInnen sprechen deswegen von der erneuten Entstehung oder sogar Fortsetzung des Ost-West-Konfliktes in einer neuen Ausprägung. Richard Sakwa (2015: 2) sieht hinter den Ursachen der jüngsten Entwicklungen in der Ukraine gerade die neuen Formen des Ost-West-Konfliktes.

Der Gebietskonflikt zwischen der Ukraine und Russland zog also die weltweite politische Aufmerksamkeit auf sich. Warum ist das aber so? Welche Spannungsfelder unterschiedlicher Interessen der globalen Player, wie Russland, die Europäische Union und die NATO bzw. die USA, verstecken sich hinter der Krim-Annexion? Dies waren die ersten Gedanken, die bei meinen Überlegungen über das Forschungsthema dieser Arbeit aufgekommen sind. Bereits vor der Krim-Annexion warfen sich Russland und die westlichen Akteure, darunter die NATO und die Europäische Union, wechselseitig vor, eine auf Expansion gezielte Machtpolitik zu betreiben und entgegen vorher getroffener Vereinbarungen, ihren regionalen Einfluss

⁴ Durch die Annexion der Krim verstieß Russland gegen die allgemeinen Normen des Gewaltverbots und der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten (VN-Charta Art. 2 [4], KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975) und die bilateralen Verpflichtungen Russlands gegenüber der Ukraine (Budapester Memorandum 1994, Freundschaftsvertrag und Schwarzmeerflottenabkommen 1997) (Richter 2014: 1).

auszudehnen (vgl. Jetschke 2017: 136). Inwiefern kann die Krim-Annexion als ein Konflikt unterschiedlicher internationaler Interessen und als Machtbetreiben internationaler Player betrachtet werden?

1.2 Erkenntnisinteresse und thematischer Überblick

Für viele internationale BeobachterInnen geschah die Annexion der Halbinsel Krim aus heiterem Himmel. Um die Annexion in ihrer gesamten Dimension nachvollziehen zu können, muss sie in den Kontext von mehrerer zuvor geschehener internationaler sowie innenukrainischer Entwicklungen gebracht werden. Nach offiziellen Angaben Russlands war die „Abtrennung“⁵ der Halbinsel Krim von der Ukraine eine Reaktion auf den politischen Machtwechsel in der ukrainischen Hauptstadt Kiew und begann erst nach dem Sturz des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch. Laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin war Russland aufgrund der Entwicklungen in der Ukraine dazu „gezwungen“, sich die Krim „zurückzuholen“ (vgl. Höller 2015: o.S).

Die Ukraine erlebte seit ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1991 immer wieder politische sowie wirtschaftliche Tiefpunkte. Die Bevölkerung war wiederkehrend mit der wirtschaftlichen Entwicklung, der korrupten politischen Elite sowie der allgemeinen Richtung des Landes unzufrieden. Vor diesem Hintergrund begannen auch ursprünglich die Proteste auf dem Maidan-Platz in Kiew im November 2013, die sich schrittweise von einer politischen Umbruchsituation bis hin zu einer Staatskrise entwickelten. Die Wende und Eskalation der Entwicklungen erfolgte schon kurz nach dem Beginn der Proteste. Der amtierende Präsident der Ukraine Wiktor Janukowytsch, dessen Politik als prorussisch bezeichnet wurde, sollte Ende November 2013 auf dem EU-Gipfel in Vilnius⁶ das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnen. Dies geschah jedoch nicht (vgl. Pradetto 2014: 42f.). Stattdessen vereinbarte Janukowytsch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin einen neuen Kredit in Höhe von

⁵ Der Begriff der „Annexion“ wurde in der offiziellen Aussage Russlands durch den Begriff „der Abtrennung“ ersetzt.

⁶ Bei dem Vilnius-Gipfel handelte es sich um das dritte Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft (vgl. Böttger 2014: 97).

11 Milliarden Euro⁷ sowie eine Reduzierung der Gaspreise für die Ukraine, welche ein hohes Staatshaushaltdefizit aufwies (vgl. Böttger 2014: 99).

Die Vorgehensweise von Janukowytsch rief eine starke Empörung innerhalb der ukrainischen Bevölkerung hervor. Angesichts dessen, dass das Assoziierungsabkommen mit der EU schon lange geplant war, führte die Nichtunterzeichnung zum Ausbruch der Massenproteste. Für viele Ukrainer sowie westliche Länder bedeutete diese Entwicklung nämlich einen Rückschritt in den jahrelang vorbereiteten Bemühungen einer Annäherung der Ukraine an den Westen. Die Beziehungen zwischen der EU, der Ukraine sowie Russland standen auf einmal unter Hochspannung. Nicht nur die ukrainische Regierung, sondern auch die russische Führung wurde für die Nichtunterzeichnung des EU-Abkommens mitverantwortlich gemacht und dafür harsch kritisiert. Das zentrale Thema der Proteste war daher letztlich die politische Richtung der Ukraine und der Wunsch eines pro-westlichen Kurses. Aus diesem Grund wurden diese Proteste offiziell auch als Euro-Maidan bezeichnet (vgl. Pradetto 2014: 42ff.).

Die Maidan-Proteste verliefen anfangs friedlich, sie forderten die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens und später den Rücktritt von Janukowytsch. Nachdem das Demonstrationsrecht am 16. Januar 2014 von Janukowytsch eingeschränkt wurde und am 18. Februar 2014 bei Auseinandersetzungen auf dem Maidan-Platz über 80 Menschen durch Einsatz von Schusswaffen ums Leben kamen (vgl. Böttger 2014: 99f.) sowie weiteren eskalierende Entwicklungen, darunter der Sturz und die Flucht von Janukowytsch, folgten Unruhen auch auf der Krim Halbinsel. Dort entstand ein bewaffneter Konflikt zwischen prorussischen Aktivisten und ukrainischen Truppen. Dieser Konflikt entwickelte sich schon bald zu einem Bürgerkrieg, in dem sich die radikalen prorussischen Extremisten sowie Nationalisten und die ukrainische Armee gegenüberstanden. Ziel dieses Kampfes war laut den prorussischen Separatisten, sich von dem „faschistischen Regime“ in Kiew zu befreien und sich demnächst mit Russland wieder zu vereinigen (vgl. Pradetto 2014: 46).

⁷ Allerdings zahlte Russland der Ukraine von 15 Milliarden Dollar nur eine erste Tranche von drei Milliarden Dollar aus (vgl. Heyden 2015: 33).

Infolgedessen organisierten die prorussischen politischen Kräfte am 16. März 2014 auf der Krim ein Referendum, bei dem sich die überwältigende Mehrheit (97%) der Wahlbeteiligten für eine Vereinigung der Halbinsel mit der Russischen Föderation aussprach. Trotz der Verurteilung des Referendums seitens vieler internationaler Regierungen als nicht rechtmäßig, unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin mit den Vertretern der Krim bereits zwei Tage später im Moskauer Kreml-Palast den „Vertrag über die Eingliederung der Krim und Sewastopol in die Russische Föderation und die Gründung neuer föderaler Territorien“. Am 21. März 2014 wurde dieser Vertrag von der russischen Staatsduma und dem Föderationsrat ratifiziert (vgl. Yeşilot 2014: 177f.). Die unmittelbare Reaktion der EU und der USA war der Beschluss von gezielten Sanktionen, wie „[...] Einreiseverbote und Kontensperrungen gegen einzelne Russen, Ukrainer und Krimbewohner, denen eine Beteiligung an diesem Unabhängigkeitsstreben nachgesagt [...]“ (Böttger 2014: 101) wurde.

Die überwiegende Anzahl der westlichen Regierungen erkennt diesen völkerrechtlich umstrittenen Ausgang bis heute nicht an. Nach geltendem ukrainischen Verfassungsrecht ist diese Handlungsweise rechtswidrig, da ein solcher Übergang nur mit Zustimmung der ukrainischen Regierung erfolgen dürfte (vgl. Crome 2014: 109). Die Krim-Annexion führte daher zu einer Vielzahl von vehementen Reaktionen seitens des Westens, so führte dies unter anderem zur Exklusion Russlands aus dem Verbund der mächtigsten Industriestaaten (G8) (Yeşilot 2014: 178) sowie zu den bereits erwähnten umfangreichen politischen, wirtschaftlichen sowie diplomatischen Sanktionen gegen Russland.

Die Ereignisse in der Ukraine sind sehr stark durch ihren internationalen Hintergrund und der Teilnahme internationaler Akteure gekennzeichnet. Dies ist in Bezug auf die Ursprünge der ukrainischen Massenproteste vom November 2013 bemerkbar, bei denen das Verlangen großer Teile der Bevölkerung nach einem Platz der Ukraine in der Europäischen Union ausgedrückt wurde. Neben Russland und der Ukraine beteiligte sich die Europäische Union direkt oder indirekt als einer der Hauptakteure an diesen Entwicklungen. Dies zeigt sich unter anderem anhand des langjährigen Verhandlungsprozesses der Europäischen Union mit der Ukraine bezüglich der Eingliederung letzterer in die Europäische Union sowie anhand der laufenden Äußerungen von Organen der Europäischen Union im Laufe der Ukraine-Krise (Braune 2015: 136). Gleichzeitig wurde der innenukrainische Konflikt auch mittels weiterer externer Akteure

zusätzlich dynamisiert. Nicht nur politische, sondern auch militärische Unterstützung der kämpfenden Parteien in dem Bürgerkrieg sowohl seitens Russlands als auch der USA, bzw. der NATO zeigt, wie sich der Konflikt internationalisierte. Nicht zuletzt wurde sogar der Verhandlungsprozess zwischen der ukrainischen Armee und den prorussischen Separatisten durch die Mitwirkung externer Akteure unterstützt (vgl. Pradetto 2014: 43, 48).

1.3 Ziel der Arbeit und Forschungsfrage

Es stellt sich die Frage, aus welchen Gründen die russische Führung die Krim annektierte, im Zuge dessen internationale Verpflichtungen verletzte und als Konsequenz die Beziehungen mit dem Westen auf Eis legte?

Die vorliegende Arbeit hat folgendes Ziel:

Das Hauptziel dieser Arbeit ist es, die internationalen Motive der Krim-Annexion durch Russland auszuarbeiten. Für die Untersuchung bieten die Theorien der Internationalen Beziehungen einen geeigneten Leitfaden, der die Handlung von Staaten in einem bestimmten internationalen Kontext erklärt (vgl. Burchill/Linklater 2013: 16). Unter den internationalen Beziehungen wird „[...] die Gesamtheit der Transaktionen zwischen mehreren oder allen Staaten, nicht staatlichen Akteuren und internationalen Organisationen und alle grenzüberschreitende Handlungen, die ein dauerhaftes Handlungsgeflecht herstellen“, (Jetschke 2017: 119) verstanden.

Diese Arbeit versucht die russische Krim-Annexion aus der Perspektive eines komplexen internationalen Handlungsgeflechts zu analysieren. Für die Untersuchung der russischen Motive für die Krim-Annexion wird die Theorie des Neorealismus gewählt. Die Theorie des Neorealismus erklärt das Streben der Staaten nach Macht und Sicherheit u.a. anhand der Konzepte des Sicherheitsdilemmas oder des Machtgleichgewichts und gewinnt gerade bei der Krim-Annexion an Aktualität und Relevanz. Die neorealistische Sichtweise stellt keine definitive Erschöpfung der Erklärung des außenpolitischen Verhaltens Russlands dar, da dieses sich nicht lediglich auf die Faktoren Macht und Sicherheit reduzieren lässt. Dennoch erscheinen die Faktoren Macht und Sicherheit im Rahmen der Krim-Annexion als zentrale Motive,

weshalb die Theorie des Neorealismus für die Zielsetzung der Arbeit geeignet ist. Im Zuge dieser Arbeit können zuletzt auch weitere Fragen aufkommen, die im Zuge einer weiteren Forschung zu beantworten wären.

Die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit wird folgendermaßen formuliert:

- **Wie können die russischen Motive für die Krim-Annexion anhand der Theorie des Neorealismus erklärt werden?**

Diese Frage wird anhand der im Kapitel 2.3.8 ausgearbeiteten Unterfragen beantwortet. Weil die Unterfragen auf den theoretischen Teil anknüpfen, werden sie erst an dieser Stelle erläutert. Bei den Motiven Russlands für die Krim-Annexion wird der Blick auf die neue geopolitische Lage nach dem Ende des Kalten Krieges gerichtet, durch welche neue Bedingungen für die Sicherheitskooperation zwischen dem Westen und Russland geschaffen wurden. Weil in dieser Arbeit die internationalen Hintergründe der Krim-Annexion untersucht werden, richtet sich der Fokus auch auf die Rolle internationaler Akteure, insbesondere der EU und der NATO, die bei den Motiven für die Krim-Annexion Russlands eine Rolle spielen. Dabei wird untersucht, inwiefern die Motive für das außenpolitische Handeln Russlands in der Ukraine im März 2014 in einer Bedrohungsperzeption oder vielmehr in einem Machtstreben gefunden werden können. Zu den weiteren Zielen der Arbeit gehört die Beantwortung der Frage, ob und inwiefern sich die ausgewählte Theorie auf die Erklärung der Krim-Annexion anwenden lässt.

1.4 Forschungsstand

Die Gründe, warum Russland die Halbinsel Krim annektierte, differieren in der wissenschaftlichen Literatur. Der Grund dafür liegt u.a. an der starken Polarisierung und emotionellen Aufladung dieses Konflikts, was auch entsprechend unterschiedliche Erklärungen für die Motive Russlands für die Krim-Annexion zum Vorschein bringt. Das Einlesen in die wissenschaftliche Literatur und Medienlandschaft vermittelte des Öfteren den Eindruck, dass der Konflikt entweder aus einer rein westlichen oder aus einer rein russischen Sichtweise dargestellt wird. Während bei manchen Quellen bereits aus dem Titel wie „Russland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens“ (Krone-Schmalz 2015); „Putins

Kalter Krieg“ (Darnstädt u.a. 2008) oder „Ukraine über alles. Ein Expansionsprojekt des Westens“ (Kronauer 2014) ersichtlich wird, welchen Standpunkt die Autoren vertreten bzw. aus welchem Blickwinkel sie den Konflikt beleuchten, benötigen andere Quellen einen tieferen Einblick um festzustellen, welche Faktoren sie bei der Untersuchung berücksichtigten.

Viele Autoren analysieren die Ereignisse in der Ukraine mithilfe eines breiteren geopolitischen Ansatzes, in dem sie die geopolitische Bedeutung der Ukraine einerseits und den geopolitischen Vorstoß globaler Player in der Ukraine andererseits untersuchen (Crome 2014; Domaradzki 2014). So schildert z.B. Braune (2015) die ukrainischen Geschehnisse im Kontext einer durch „soft power“ und durch ökonomische und militärische Anreize vorangetriebene Expansion des Westens in den postsowjetischen Raum. Mit der Frage, wie die westlichen Akteure, insbesondere die USA und die NATO, zur „schwersten Krise Europas seit der Raketenkrise 1984“, die durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim ausgelöst wurde, beigetragen haben, beschäftigt sich auch Wolfgang Richter (2014) umfassend. Der Autor analysiert in seinem Artikel die Dimension der paneuropäischen Sicherheitskooperation, die Entwicklung der bipolaren Konfrontation und die möglichen Gründe für die russische Bedrohungsperzeption seitens des Westens. Im Zusammenhang mit den Geschehnissen in der Ukraine wird auch der Einfluss der NATO (Teytmayer: 2014) und der EU (Haukkala: 2015) untersucht. So analysiert z.B. Haukkala das Vorgehen Russlands im Rahmen der Krim-Annexion als Zuspitzung einer langfristigen Krise in den Beziehungen zwischen der EU und Russland. Richard Sakwa (2015) berücksichtigt auch die traditionelle Spaltung der Ukraine zwischen dem Westen und dem Osten und untersucht, inwiefern die innerukrainischen Identitätskonflikte ein Konfliktpotenzial zwischen Russland und der Ukraine darstellen. Yeşilot (2014) untersucht die Krim-Annexion im Kontext einer neuen geopolitischen Strategie Russlands in der Region, wobei er feststellt, dass nicht nur die Ukraine, sondern auch die Halbinsel Krim selbst eine große strategische und historische Bedeutung für Russland haben.

Das Standardwerk zum Thema der Entwicklungen in der Ukraine ist nach wie vor das Buch von Jörg Kronauer (2014). In seinem Werk analysiert der Autor u.a. die Rolle der westlichen Staaten und deren Einmischung in innerukrainische Angelegenheiten. Er untersucht dabei, welche Einflussinstrumente und Machtmittel sie dabei einsetzten. Mit einem ähnlichen Thema beschäftigt sich die Autorin Krone-Schmalz (2015), die versucht die russischen Motive im

Licht der Ost-West-Konfrontation herauszuarbeiten sowie antirussische Vorbehalte im westlichen Diskurs aufzudecken. Zu den Meilensteinen der Forschung zählt weiters der 2014 erschienene Aufsatz von August Pradetto (2014), in dem der Autor das Ereignis der Krim-Annexion aus Sicht des geopolitischen Zusammentreffens der ökonomischen, politischen und sicherheitsbezogenen Konfliktfelder in der Ukraine analysiert. Dabei sieht er die kontinuierliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland seit dem Ende des Kaltes Krieges als Hauptfaktor für die Eskalation der Ukraine-Krise, die der Krim-Annexion unmittelbar bevorstand.

Insgesamt konnten zwei überwiegende Sichtweisen erkannt werden. Bei der ersten Sichtweise wird bei der Erklärung der Krim-Annexion auf Putins Neoimperialismus zurückgegriffen, die zweite Sichtweise sieht hinter der Krim-Annexion Russlands insbesondere machtpolitische Motive, die mit der Expansion des Westens verbunden sind. Allerdings wird in dieser Arbeit versucht, einen möglichst differenzierten Ansatz anzuwenden, um eine umfassende Sichtweise zu sichern. Dies soll durch eine breite Literaturlauswahl gewährleistet werden, mithilfe derer die Motive Russlands für die Krim-Annexion gebildet werden.

Der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit reicht von dem Ende des Kalten Krieges bis zum Zeitpunkt der Krim-Annexion. Dadurch sollen die historischen Wurzeln dieses Konflikts möglichst umfassend untersucht werden. Die 1990er Jahre werden als Anfangsphase gewählt, weil zu dieser Zeit eine neue geopolitische Lage zwischen Ost und West entstanden ist und in diesem Zusammenhang auch Instrumente der paneuropäischen Sicherheitskooperation zwischen Russland und den westlichen Staaten vereinbart wurden. Das Datum der Krim-Annexion bildet das Ende des Untersuchungszeitraums. Außerhalb des Untersuchungszeitraums liegende historische Hintergründe der Ukraine bzw. der Krim-Halbinsel, die für das Verständnis der internationalen Hintergründe und Motive für die Krim-Annexion erheblich sind, finden in der Untersuchung an bestimmten Stellen dennoch kurze Erwähnung.

1.5 Methodische Vorgehensweise

Es handelt sich bei dieser Arbeit um eine theoriegeleitete Analyse. Die Theorie ist dabei als Untersuchungsinstrument zu begreifen, welches dabei hilft, Wahrnehmungen zu strukturieren, Realität zu beschreiben und somit Wissenschaft zu betreiben (vgl. Jetschke 2017: 125). Um die Motive Russlands aus einem theoretischen Blickwinkel interpretieren zu können, wird die Großtheorie des Neorealismus bei der Untersuchung unterstützend angewandt. Am Anfang des Forschungsprozesses wurde deshalb zunächst die Theorie ausgearbeitet und wurden deren zentrale Kategorien für die Erforschung des Erkenntnisinteresses dieser Arbeit festgelegt.

Die Beantwortung der Forschungsfrage erfolgte durch zwei Schritte. In einem ersten Schritt wurde eine ausführliche Literaturlerarbeit vorgenommen, welche die Motive Russlands für die Krim-Annexion behandelt. Dabei wurden die ausgewählten Texte zusammengefasst und aus deren Inhalt Schlüsse gezogen. Auf Grundlage dieser Schlüsse konnten schließlich die Bereiche identifiziert werden, die für die weitere Untersuchung der Motive Russlands für die Krim-Annexion relevant sind. Innerhalb dieser Bereiche konnten sodann drei unterschiedliche Gruppen kategorisiert werden. Diese werden in einzelnen Kapiteln (3.2 Motive Russlands für die Krim-Annexion⁸) dargestellt. Dabei wurde deduktiv vorgegangen, wobei aus dem Allgemeinen das Besondere erschlossen wurde.

In einem zweiten Schritt wurden die Erkenntnisse aus dem in die Forschung einbezogenen Material mithilfe der gewählten Theorie ausgewertet. Dies erfolgt im analytischen Teil dieser Arbeit, in welchem Hypothesen aus den gewonnenen Erkenntnissen angelehnt an die gewählte Theorie gebildet und in Folge beantwortet werden. Dabei wird mit einem induktiven Element vorgegangen und werden somit allgemeine Antworten generiert. Dies erfolgt mithilfe einer Interpretation der gewonnenen Erkenntnisse aus dem in die Forschung einbezogenen Material und Anwendung der gewählten Theorie.

⁸ Diese Kategorien sind: 1) Schutz der russischen Bevölkerung auf der Krim; 2) Neosowjetische Revisionsversuche Russlands; 3) Expansive Politik des Westens.

Um einen systematischen Umgang mit der Literatur gewährleisten zu können, wurde im Forschungsprozess mithilfe einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse vorgegangen. Dies erwies sich dabei als ein nützliches Tool, das gerade bei der Generierung inhaltlich-thematischer Kategorien, der Erstellung der Gliederung sowie der Bestimmung von relevanten thematischen Blöcken unter Berücksichtigung der verwendeten Literatur eine große Hilfe leistete. Sofern es sich um Material handelte, das Kontextinformationen benötigte, wurde mittels einer explikativen Inhaltsanalyse vorgegangen. Die Explikation wird für die Klärung der Bedeutung interpretationsbedürftiger Texte angewandt, wobei das Ausgangsmaterial zur Erläuterung spezifischer notwendiger Analyseschritte erweitert wird (vgl. Schreier 2014: 14, 16f.).

1.6 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in drei Hauptteile: einen theoretischen; einen Teil, in welchem die Ergebnisse aus dem forschungsbezogenen Material präsentiert werden und einen analytischen Teil. Im theoretischen Teil werden zunächst die Funktionen einer Theorie, die unterschiedlichen Theoriegattungen und die theoretische Feststellung der Ursache-Wirkungszusammenhänge mithilfe einer kausal-analytischen Theorie vorgestellt. Weiters werden im theoretischen Teil die Entwicklung, die Grundannahmen und der Forschungsgegenstand der Internationalen Beziehungen erläutert. Es folgt die Vorstellung der Theorie des Neorealismus. Nach den Grundannahmen des Neorealismus werden im Hinblick auf die Forschungsfrage die ausgewählten neorealistischen Konzepte herausgearbeitet: das Sicherheitsdilemma, die Machtmaximierung, das Machtgleichgewicht und das Nullsummenspiel. Am Ende des theoretischen Teils folgt die Formulierung der Unterfragen, welche im analytischen Teil unter der Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem forschungsbezogenen Material beantwortet werden.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die Erkenntnisse aus dem forschungsbezogenen Material bezüglich der Motive Russlands für die Krim-Annexion herausgearbeitet. Zunächst wird das internationale System nach dem Ende des Kalten Krieges vorgestellt, in dem die Rahmenbedingungen, die Tendenzen und die auslösenden Bedingungen für die Motive Russlands thematisiert werden. Anschließend folgen die Motive Russlands für die Krim-

Annexion, die gesondert präsentiert werden: der Schutz der russischen Bevölkerung; die neosowjetischen Revisionsversuche Russlands; die expansive Politik des Westens.

Im analytischen Teil folgt die Analyse und Auswertung der erhobenen Daten anhand der theoretischen Grundlagen und die Beantwortung der Forschungsfrage/-n. Die Arbeit endet mit einem Fazit, in welchem die Forschungsfrage, die Theorie des Neorealismus sowie offene Fragen diskutiert werden. Es wird auch hinterfragt, warum Russland gerade die Krim annektierte und warum dies gerade zu diesem Zeitpunkt geschah.

2. Theorieteil

Im folgenden Abschnitt dieser Arbeit werden die theoretischen Grundlagen, die zur Analyse des Untersuchungsgegenstandes herangezogen werden, vorgestellt. Zunächst werden die Funktionen und der Zweck einer wissenschaftlichen Theorie im Allgemeinen erläutert. Daran anknüpfend werden die Bausteine sowie die Entwicklung der Theorie der Internationalen Beziehungen behandelt. Dies dient auch der Bestimmung der Stellung des Neorealismus innerhalb des großen Spektrums der Theorien der Internationalen Beziehungen. In einem nächsten Schritt werden die theoretischen Grundannahmen und die Weltordnung aus der Sicht des Neorealismus vorgestellt. Dabei wird dargelegt, wie die internationalen Systeme gestaltet werden, in welcher Beziehung sie zueinanderstehen, wie und warum sich Staaten in einer bestimmten Weise verhalten und zu welchen Ergebnissen diese Verhaltensweisen führen können. Schließlich werden ausgewählte neorealistische Konzepte und die daraus herausgebildeten Unterfragen vorgestellt, um das Verhalten Russlands aus der neorealistischen Perspektive interpretieren zu können.

2.1 Funktionen einer Theorie

Wozu wird eine Theorie benötigt? Internationale Beziehungen beinhalten eine Vielzahl von Ereignissen, Angelegenheiten und Beziehungen, welche in ihrem Ausmaß oft enorm sind und daher in ihrer Komplexität auch verwirrend sein können. Theorien helfen dem Beobachter dabei, kritisch, logisch und kohärent zu denken und die untersuchten Phänomene in überschaubaren Kategorien zu sortieren. Infolgedessen können adäquate Einheiten und Ebenen für die Analyse ausgewählt werden, wodurch es wiederum möglich ist, Anknüpfungspunkte und Beziehungsmuster zu identifizieren (vgl. Burchill/Linklater 2013: 17).

Um den Zweck einer Theorie zu verstehen, kann die Theorie auch der Praxis gegenübergestellt werden. Theorie und Praxis stellen zwei unterschiedliche Arten der Beschäftigung mit der Wirklichkeit dar, wobei die Theorie als „Zuschauen“ und die Praxis als „Tun“ oder „Tätig sein“ aus dem griechischen übersetzt werden. Bei dem Zuschauen oder der Beobachtung der Wirklichkeit basiert das theoretische Wissen auf Abstraktion und Verallgemeinerbarkeit. Dies

ermöglicht es, Erkenntnisse aus den betrachteten Tatsachen zu erschließen und den Fokus auf das Wesentliche oder das Typische zu legen (vgl. Schimmelfennig 2015: 40ff.).

Was eine Theorie innerhalb der Disziplin der Politikwissenschaften leisten soll, hängt auch von der Theoriekonzeption ab. Es gibt einerseits grundlegende Unterschiede, andererseits zahlreiche Überschneidungen zwischen empirisch und normativ ausgerichteten Ansätzen. Obwohl die Theorie des Neorealismus bestimmte Regeln, so wie es in den normativen Theorien üblich ist, festsetzt, lehnt sich diese Arbeit eher an eine empirisch ausgerichtete Analyse an. Eine empirisch-analytische Theorie kann dem Forscher eine Orientierung geben, in dem sie Aussagen über mögliche Ereignisse und Entwicklungen macht, die überprüft werden können. Diese Art von Theorie schließt allerdings Verbesserungen nicht aus und wird im Rahmen der Logik von Versuch und Irrtum angewendet. In diesem Sinne kann die empirische Theorie, die Erklärungen oder Lösungen vorschlägt, unter der Kritik des Forschers stehen. Die Verbesserungen oder das Widerlegen einer solcher Theorie können auf der theoretischen Ebene oder im Rahmen der Auswertung stattfinden, wenn sich die grundlegenden Annahmen als unzutreffend erweisen (vgl. Hofmann/Dose/Wolf 2007: 27f.).

Jetschke (2017) führt an, dass jede Theorie wenigstens drei Hauptfunktionen hat: Selektion, Erklärung und Prognose. Das Ziel der Selektionsfunktion ist die Reduzierung der Komplexität von Realität und die damit erleichterte Unterscheidung zwischen wichtigen und unwichtigen Faktoren, die bei Analysen dementsprechend gefiltert werden können. Die zweite zentrale Aufgabe einer Theorie ist die Erklärung realweltlicher Phänomene. Dies ist durch die Etablierung kausaler Ursache-Wirkungszusammenhänge möglich, bei welchen die Verursacher gewisser Phänomene bestimmt werden können. Die dritte zentrale Funktion, die eine Theorie erfüllt, ist die Prognose. Sie ermöglicht, unter gewissen restriktiven Bedingungen von gegebenem Wissen auf ein noch nicht gegebenes Wissen zu schließen und somit künftige Entwicklungen zu prophezeien (vgl. ebd.: 124f.).

Anhand der Fragen, mit denen sich Theorien grundsätzlich beschäftigen, können diese unterschiedlichen Theoriegattungen zugeordnet werden. Dabei wird zwischen deskriptiven, normativen und kausalanalytischen Theorien unterschieden. Während deskriptive Theorien insbesondere bei einer systematischen Beschreibung der Wirklichkeit angewendet werden,

dienen die normativen Theorien einer Bewertung der Wirklichkeit. Dabei können gleichzeitig Vorschläge für deren Verbesserungen gemacht werden. Für diese Arbeit ist die kausalanalytische Theorie relevant, die Antworten auf Bestimmungsfaktoren und Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge untersuchter Phänomene geben kann. Diese Theoriegattung, die besonders in den Internationalen Beziehungen ihre Anwendung findet, beschäftigt sich mit den Fragen, wie und warum ein bestimmtes Phänomen entstanden ist (vgl. Schimmelfennig 2015: 44).

Diese Fragen können besonders im Bereich der Internationalen Beziehungen mithilfe von Theorien mittlerer Reichweite oder mithilfe von Großtheorien analysiert werden. Theorien mittlerer Reichweite ermöglichen es, die spezifischen Forschungsfragen in einem spezifischen Bereich internationaler Beziehungen zu identifizieren. Im Gegensatz zu den „Theorien der mittleren Reichweite“ wird in den „großen Theorien“ versucht, die Problemstellungen im Rahmen der komplexen Systeme zu erklären (vgl. Lemke 2012: 4).

2.2 Feststellung der Ursache-Wirkungszusammenhänge

Für die Feststellung der Ursache-Wirkungszusammenhänge mithilfe der kausalanalytischen Theorien aus dem Bereich der Internationalen Beziehungen, werden zwei wesentliche zusammenhängende Formen benötigt: Korrelationen und Mechanismen. In der Korrelationsanalyse werden die Ursachen als „unabhängige Variablen“ (X) und Wirkungen als „abhängige Variablen“ (Y) bezeichnet. Über eine Korrelation wird dann gesprochen, wenn zwei oder mehrere Ereignisse, wie zum Beispiel Zustände oder Phänomene, in der Wirklichkeit regelmäßig zusammenauftreten. Wenn eines dieser Ereignisse vor dem anderen geschieht, so kann davon ausgegangen werden, dass es eine Ursache für das andere Ereignis darstellt. Die Mechanismusanalysen, die als zweite Form für die Feststellung der Ursache-Wirkungszusammenhängen verwendet werden, greifen bestimmte Defizite einer Korrelation auf. Die kausalen Mechanismen werden als Nachweis dafür verwendet, dass die Wirkungen tatsächlich mit den Ursachen begründet werden können (vgl. Schimmelfennig 2015: 44ff.).

Damit ein solche Kausalität überprüft und ein kausaler Mechanismus nachgewiesen werden kann, sollten diese Faktoren vorbestimmt werden:

- Die Eigenschaften von X, welche eine Kausalität hervorrufen
- Die kausalen Tendenzen, die aus den Eigenschaften von X resultieren und Y hervorbringen
- Die auslösenden Bedingungen, die zu den kausalen Tendenzen führen (ebd. Schimmelfennig: 47)

Für die Erklärung einer Kausalität zwischen zwei oder mehreren Analyseeinheiten ist dementsprechend eine Theorie notwendig. Sie hilft bei der Bestimmung, welche Fragen gestellt, wonach gesucht werden und schließlich wie das Gefundene interpretiert werden sollte. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Kausalitätsüberprüfung im Rahmen der Internationalen Theorie beschränkt ist, weil die hohe Anzahl potentieller Variablen, die Wahrscheinlichkeit zutreffender Voraussagen erheblich vermindern (Gärtner 2005: 146).

2.3 Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen

Die internationale Politik ist schon über Jahrhunderte der Forschungsgegenstand von zahlreichen HistorikerInnen, internationalen RechtswissenschaftlerInnen und politischen PhilosophInnen. Die formale Anerkennung der Lehre der Internationalen Beziehungen als einer akademischen Teildisziplin der Politikwissenschaften wird jedoch erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges datiert. Dies ist auch auf die Schrecken von „the Great War“ zurückzuführen, was das Forschungsinteresse an den Fragen nach den Ursachen und den Möglichkeiten der Vermeidung eines ähnlichen Krieges steigerte (vgl. Burchill/Linklater 2013: 7).

Das Lehrgebiet der Internationalen Beziehungen ist deshalb auch als „Kind des 1. Weltkriegs“ bekannt. Dabei beruhte die Forschung in diesem Bereich ursprünglich auf zwei Gebieten: dem Völkerrecht und der Diplomatiegeschichte. Mit der Veränderung weltpolitischer Rahmenbedingungen nach 1945 konnte eine plötzliche Zunahme von Forschungsinstituten und universitären Einrichtungen im Bereich der Internationalen Beziehungen festgestellt werden. Die Erklärungsansätze für Probleme und Struktur der Weltpolitik wurden nun auch um sozialwissenschaftliche Theorien erweitert (vgl. Lemke 2012: 1).

Zu der ersten dominierenden Denkschule der Internationalen Beziehungen gehörte der Idealismus. Die Vertreter des Idealismus zeichneten sich durch ihren historischen Optimismus nach dem 1. Weltkrieg aus. Diese optimistische Denkweise war mit dem Versuch internationaler Organisationen verbunden, eine rationale, friedliche und gerechte Weltordnung wieder zu schaffen. Die dominierende Rolle des Idealismus in den Internationalen Beziehungen wurde jedoch aufgrund des Aufkommens des Nationalsozialismus und Faschismus in Europa sowie der Ereignisse des 2. Weltkrieges marginalisiert. Auf dem ersten Platz setzten sich sodann die Realisten durch, die statt eines utopischen Denkens eine wirklichkeitsnahe und nüchterne Betrachtung der internationalen Beziehungen forderten (vgl. Puglierin 2015: 394).

Die Entwicklung der Theorien der Internationalen Beziehungen ist durch große Debatten zwischen den unterschiedlichen Denkschulen und Theorierichtungen gekennzeichnet. Nach der ersten Debatte zwischen Realismus und Idealismus standen sich in den 70er und 80er Jahren Neorealismus und neoliberaler Institutionalismus gegenüber. Die 90er Jahre wurden durch eine weitere Theoriedebatte, diesmal zwischen den Vertretern der rationalistischen und konstruktivistischen Ansätze, geprägt (vgl. Schimmelfennig 2015: 63f.).

Im Rahmen der Internationalen Beziehungen kann daher von einem Theoriepluralismus ausgegangen werden. Dabei ist einerseits von unterschiedlichen Denkschulen und andererseits von Theorierichtungen die Rede. Es mangelt jedoch an einer eindeutigen Festlegung, welche als die grundlegenden Denkschulen bzw. Theorierichtungen anzusehen sind. Auf der einen Seite werden in der angelsächsischen Literatur als zwei grundlegenden Denkschulen der Realismus und Idealismus bezeichnet. Auf der anderen Seite werden in der deutschen Literatur Realismus, Institutionalismus, Liberalismus, Feminismus und Konstruktivismus oder sogar Transnationalismus angeführt. Kein Konsens ist auch zwischen den verschiedenen Autoren im Bereich der Internationalen Beziehungen vorzufinden (Lemke 2012: 13).

Anhand der einzelnen Kriterien können die unterschiedlichen Theorieschulen voneinander abgegrenzt werden. So identifizieren Wight und Porter (1991) drei große Theorieschulen: revolutionäre, rationalistisch/liberale und realistische. Sie unterscheiden sich voneinander in Bezug auf ihre Annahmen über die Natur der Welt (Weltsicht) sowie die Natur des Menschen

(Menschenbild). Weitere Unterschiede lassen sich auch in der Rolle der „Macht“ oder der Rolle und Bestimmung der relevanten Akteuren finden (vgl. Stahl 2014: 26ff.).

2.4 Begriffe „internationale Politik“ und „internationale Beziehungen“

Im Folgenden findet die terminologische Klärung der Begriffe „internationale Politik“ sowie „internationale“ und „Internationale Beziehungen“. Die Begriffe „internationale Politik“ und „internationale Beziehungen“⁹ werden von einigen Autoren gleichbedeutend verwendet. Weil ihr Forschungsgegenstand allerdings variiert, ist es wichtig die konzeptionellen Unterschiede zwischen diesen Begriffen zu erläutern.

Der Begriff „internationale Politik“ bezeichnet ein intentionales politisches Handeln, welches von Interessen geleitet wird und sich in der Außenpolitik eines Staates gegenüber einem anderen Land oder internationalen Organisationen ausdrückt. Unter „internationaler Politik“ werden somit die Interaktionsprozesse zwischen mindestens zwei Akteuren in der internationalen Umgebung verstanden. Dabei gehören zu den Akteuren entweder Staaten oder sonstige Völkerrechtssubjekte bzw. internationale Organisationen. Die einzelnen Handlungen der jeweiligen Akteure werden „[...] als (Teil-)Aspekte eines größeren Aktionsmusters, das über den definierbaren Zeitraum hinweg durch regelmäßig sich wiederholende oder zumindest den Grundzügen nach vergleichbare Akteurshandlungen konstituiert wird und häufig durch ein Aktions-Reaktions-Schema geprägt ist [...]“ (Lemke 2012: 3), begriffen.

Darüber hinaus werden die Interaktionsprozesse zwischen den Akteuren auch als internationale Politik unter den Bedingungen der Anarchie definiert. Unter Anarchie wird im Grunde das Fehlen einer zentralisierten Instanz mit einem allgemein anerkannten Gewaltmonopol verstanden. Allerdings ist das anarchische internationale System durch kein reines Chaos, sondern „lediglich“ durch die Abwesenheit einer „allgemein akzeptierten Institution mit politischer Vollzugsgewalt“ gekennzeichnet. Unter den Bedingungen einer Anarchie wird

⁹Unterschiede sind auch bei den Begriffen „internationale Beziehungen“ und „Internationale Beziehungen“ vorzufinden. Während es sich bei dem Begriff „internationale Beziehungen“ um den Forschungsgegenstand (z.B. internationale Beziehungen zwischen der Slowakei und Österreich) handelt, treten „Internationale Beziehungen“ als Disziplin IB (z.B. Theorien der Internationalen Beziehungen) auf (Stahl 2014: 17).

allerdings nicht ausgeschlossen, dass Staaten in der internationalen Politik verbindliche Entscheidungen treffen oder eine Autorität für ihre Durchsetzung schaffen können. Von einer Anarchie ist deswegen auch dann noch die Rede, wenn sich Staaten freiwillig dazu entscheiden können, ob sie ihre Souveränitätsrechte an eine übergeordnete Instanz übertragen oder nicht. Dies gilt auch für internationale Organisationen wie z.B. die Europäische Union oder die Vereinten Nationen, die an die freiwillige Folgebereitschaft der Mitgliedstaaten angewiesen sind (vgl. Jetschke 2017: 116f.).

Der Begriff „internationale Beziehungen“ ist gegenüber dem Begriff „internationale Politik“ weiter gefasst und bezeichnet die Summe aller grenzüberschreitenden Interaktionen. Der wesentliche Unterschied liegt an erster Stelle in der Erweiterung des Gegenstandsbereichs auch auf nicht-staatliche Akteure, gesellschaftliche Gruppierungen, Individuen oder juristische Personen. Außerdem wird das Interaktionsmuster dadurch erstreckt, dass die Interaktionen über einen bestimmten Zeitraum hinweg entstanden sind (Lemke 2012: 3f.). Dabei ist es jedoch wichtig zu beachten, dass die relevanten Akteure, deren Motive, typische Handlungs- und Interaktionsmuster sowie die Rolle sozialer Strukturen nicht einfach feststellbar sind, sondern diese Annahmen erst im Rahmen des Gegenstandsbereiches „internationale Beziehungen“ erkannt werden (vgl. Auth 2015: 1).

2.5 Neorealismus

Im vorangehenden Abschnitt dieser Arbeit wurden die wesentlichen Funktionen einer Theorie für das wissenschaftliche Arbeiten vorgestellt. Eine kausalanalytische Theorie eignet sich für die Feststellung der Ursache-Wirkungszusammenhänge und wird daher bei der Analyse der Forschungsfrage angewendet.

Anschließend wurde die Entwicklung der Lehre der Internationalen Beziehungen sowie deren Forschungsgegenstand präsentiert. Nachdem alle wichtigen Definitionen und das erforderliche Hintergrundwissen über die Rolle von Theorien im Allgemeinen sowie in Bezug auf den Gegenstandsbereich der Internationalen Beziehungen im Speziellen erläutert wurden, findet nun der Übergang auf die theoretische Perspektive der vorliegenden Arbeit statt.

In Folge wird erläutert, welche Rollen und Annahmen innerhalb des großen Spektrums von Theorien der Internationalen Beziehungen die Theorie des Neorealismus vertritt bzw. mit welchen Fragen sie sich beschäftigt. Es werden die Entwicklung, die wichtigsten Grundannahmen sowie die relevantesten Konzepte des Neorealismus, welche für die Untersuchung der Motive Russlands für die Krim-Annexion relevant sind, vorgestellt.

2.5.1 Grundannahmen und geschichtliche Entwicklung des Neorealismus

Die Theorie des Neorealismus entwickelte sich in den 70er Jahren auf den Grundsteinen des Realismus, der nach dem zweiten Weltkrieg zur Leittheorie im Bereich der Internationalen Beziehungen geworden ist. So werden unter dem Begriff des Neorealismus verschiedene neuere Theorieansätze verstanden, die sich ähnlich wie der Realismus als „große“ umfassende Theorie bzw. eine Großtheorie der Internationalen Beziehungen verstehen (Lemke 2012: 17). Abgesehen von dem tatsächlichen Verständnis einer Großtheorie (wie im Kapitel 2.1.1 erklärt wurde), sieht Niklas Schörnig (2010: 65) die Größe des Neorealismus auch in einer anderen Hinsicht. Er behauptet nämlich, dass die Theorie des Neorealismus die Disziplin der Internationalen Beziehungen mehr als alle anderen Theorien geprägt hat.

Die Weiterentwicklung des Realismus in Form der allmählichen Etablierung neorealistischer Ansätze wurde durch die Globalisierung, die besonders seit den 70er Jahren rapide in Schwung kam, vorangetrieben. Die neuen transnationalen Akteure, die plötzlich in dem internationalen System präsent waren, prägten die veränderte Sicht der Neorealisten auf das Menschenbild. So widersprechen die Vertreter des Neorealismus den Realisten in deren Ansicht über die Natur der Menschen und deren angeborenem Machttrieb. Diese von den Realisten geprägte individual-psychologische Begründung des außenpolitischen Handelns der Staaten anhand der Natur der Menschen und dem individuellem naturbezogenen Streben der Staaten nach Macht wird in den neorealistischen Theorieansätzen grundsätzlich bestritten. Das Verhalten der Staaten und die Ursachen von Krieg werden vielmehr mit der Struktur des internationalen Systems und nicht aus der menschlichen Natur begründet (vgl. Puglierin 2015: 397).

Der wesentliche Unterschied zu dem klassischen Realismus liegt somit darin, dass die neorealistischen Ansätze bei der Analyse den Fokus verstärkt auf den Einfluss der Umwelt auf

die Akteure der internationalen Politik legen. Auf diese Weise sollen die Lücken der bereits vorhandenen systematischen Theorien bei der Erklärung der Ursachen für das Verhalten von Staaten entfernt werden. Weil die Neorealisten bei dieser Erklärung besonders auf den Begriff der „Struktur“, der einen systematischen Einfluss auf das Verhalten der Staaten hat, zurückgreifen, wird der Neorealismus auch als struktureller Neorealismus bezeichnet (vgl. Auth 2015: 55).

Als Gründer des Neorealismus gilt Kenneth Waltz, der im Jahre 1979 sein Buch „Theory of International Politics“ veröffentlichte. In seinem Werk forderte er die Entwicklung einer systemischen Theorie der internationalen Politik anstatt einer Formulierung der internationalen Politik als Außenpolitiktheorie, die als solche durch die traditionellen Realisten dargestellt wurde (vgl. Schörnig 2010: 66). Trotz der Ansichtsunterschiede zwischen den Vertretern des Neorealismus und Realismus, wurden viele der Grundannahmen des Realismus auch im Neorealismus beibehalten. Zu den wichtigsten Gemeinsamkeiten gehören vor allem die zentrale Rolle der Nationalstaaten, welche die primären Akteure des internationalen Systems darstellen, sowie die anarchische Struktur der Weltpolitik (vgl. Lemke: 2012: 17f.).

2.5.2 Akteure und Struktur des internationalen Systems

Zu den relevanten Akteuren sowohl des Realismus als auch des Neorealismus gehören ausschließlich souveräne Staaten. Der Unterschied der beiden Ansätze liegt darin, dass es sich im klassischen Realismus dabei um zweckrationale, egoistische und nach Macht strebende Akteure handelt, während im Neorealismus das Machtstreben von Staaten als Strukturwirkung des anarchischen politischen Systems und nicht als Disposition der Akteure bzw. ihr grundlegendes Bedürfnis verstanden wird. Die Staaten können im klassischen Realismus als Menschen betrachtet werden, die in der internationalen Politik mit einem einheitlichen Willen und einer kohärenten Handlungsweise agieren (vgl. Schimmelfennig 2015: 67f.)

Anhand des Neorealismus sind Staaten als Bestandteil des internationalen Systems zu betrachten. Demzufolge besteht das internationale System laut Waltz aus zwei Elementen: zum einen aus der Struktur des Systems (**„structure“**) und zum anderen aus den Akteuren des Systems (**„units“**), den Staaten. Systeme agieren nicht selbst, sondern bilden eine Struktur, die

das Handeln der Akteure beeinflusst. Auch wenn die Struktur das Handeln der Akteure voraussetzt, unterliegt sie nicht ihrer Kontrolle. Die Struktur des internationalen Systems übt einen eigenständigen, funktionalen Einfluss aus und bewirkt, dass sich unterschiedliche Akteure dennoch außenpolitisch ähnlich verhalten (vgl. Ten Brink 2008: 132f.). Dabei ist darauf hinzuweisen, dass es ein wechselseitiges Beeinflussungsverhältnis zwischen „units“ und „structure“ gibt, in dem sowohl die Struktur die Einheiten als auch die Einheiten die Struktur beeinflussen (vgl. Masala 2005: 42).

Laut Waltz wird die politische Struktur des internationalen Systems anhand von drei Elementen bestimmt:

1. dem Ordnungsprinzip,
2. der Funktionsspezifizierung oder Eigenschaften der Akteure und
3. der Ressourcen- bzw. Machtverteilung zwischen den Akteuren (vgl. Schörnig 2010: 73).

1) Das Ordnungsprinzip drückt aus, wie die einzelnen Einheiten innerhalb des internationalen Systems geordnet sind. Die Systeme können nach Waltz entweder hierarchisch oder anarchisch organisiert werden. Eine hierarchische Struktur ist bei den nationalen politischen Systemen, die über eine übergeordnete Instanz mit Sanktionsgewalt verfügen, vorhanden. Im Gegensatz zum hierarchischen Prinzip innerhalb eines Staates wird die internationale Ebene durch ein anarchisches Ordnungsprinzip gekennzeichnet (vgl. ebd.; Ten Brink 2008: 133).

2) Das zweite Element, das die Struktur des internationalen Systems charakterisiert, ist die Frage nach der Funktionsspezifizierung oder funktionalen Differenzierung der Einheiten. Sie bezeichnet eine spezifische Arbeitsteilung zwischen den Akteuren, die jeweils unterschiedliche Funktionen zu erfüllen haben. Nach Waltz liegt keine „funktionale Differenzierung“ der Akteure vor. Demzufolge entsteht zwischen den Staaten keine Arbeitsteilung innergesellschaftlichen Typs. Dies hängt auch mit der anarchischen Struktur des internationalen Systems zusammen, in welcher die Akteure permanent unsicher sind. Die Staaten sind daher dazu gezwungen, sich um den Erhalt ihrer Souveränität und ihr Überleben zu kümmern. Sie

vertrauen keinen äußeren Akteuren und es liegt daher vielmehr eine Art Selbsthilfesystem vor (vgl. Schörnig 2010:74).

3) Das dritte Strukturmerkmal des internationalen Systems ist die Macht- und Ressourcenverteilung zwischen den einzelnen Staaten. Laut Waltz besteht eine spezifische Machtverteilung zwischen den Akteuren, die jedoch als eine Eigenschaft der Struktur des Systems zu verstehen ist. Die Machtrelationen beeinflussen maßgeblich die internationale Politik. Waltz beschreibt drei konkrete Machtverteilungen bzw. internationale Systeme: eine unipolare, bipolare oder multipolare Machtverteilung. Das unipolare internationale System sieht die Existenz eines besonders mächtigen Staates vor, in dem bipolaren internationalen System stehen sich zwei besonders mächtige Staaten gegenüber, während sich im multipolaren System mehr als zwei besonders mächtige Staaten gegenüberstehen (vgl. ebd.; Ten Brink 2008: 133). Waltz bezeichnet die unipolare Systemstruktur als internationale Konfiguration mit der geringsten Stabilität (vgl. Masala 2005: 61).

2.5.3 Zentrale Frage des Neorealismus

Warum hat sich die bipolare Welt als stabil und kriegsabgeneigt erwiesen? Diese Frage gehört zu den zentralen Fragen des Neorealismus, deren Beantwortung im Rahmen dieser Theorie angestrebt wird. Die bipolare Welt geht auf den Ost-West-Konflikt zurück, der mit der Entstehung des Neorealismus in Zusammenhang gebracht wird (vgl. Schörnig 2010: 66).

Die internationale Politik wurde in dem Zeitraum zwischen den Jahren 1947 und 1989 maßgeblich durch die Bedingungen des Kalten Krieges geprägt. Der Kalte Krieg als ein globaler Konflikt trennte die Welt in zwei konkurrierende und rivalisierende Machtblöcke unter der Hegemonie von Moskau und Washington. Dieser Konkurrenzkampf zwischen dem Osten und dem Westen führte zu einem gewaltigen Rüstungswettlauf. Auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs wurde ein Arsenal von nuklearen Waffen angesammelt, das zur Vernichtung der Erde ausreichen würde und so fortlaufend eine Bedrohung für die Menschheit darstellte. Obwohl diese Waffen nicht eingesetzt wurden, waren die Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Paktes permanent in Bereitschaft für eine Konfrontation. Diese Angstpsychose aus der Zeit des Kalten Krieges konnte in ihrem Ausmaß bis dahin mit keiner anderen Situation

verglichen werden (vgl. Martens 2009: 67f.). Trotz der Hochspannung und Unsicherheit beider Machtblöcke zeichnete sich diese Zeit aber gleichzeitig durch relative Stabilität und die Abwesenheit von Kriegen aus.¹⁰ Warum dies so war, versucht der Neorealismus als Theorie der Internationalen Beziehungen durch die Betrachtung von sowohl Phasen des Friedens als auch Phasen des Krieges zu erklären (vgl. Schörnig 2010:66f.).

Für die Erklärung von Krieg und Frieden führte Kenneth Waltz drei Analyseebenen, sogenannte „*images*“, ein (Hofmann/Dose/Wolf 2007: 225):

- Individuelle (oder innergesellschaftliche) Ebene (*first image*)
- Staatliche Ebene (Staatsregierungen) (*second image*)
- Systematische Ebene des internationalen Systems souveräner Staaten (*third image*)

Wie bereits erwähnt, spielt die Struktur des internationalen Systems bei den Neorealisten eine fundamentale Rolle. Daher analysiert Waltz das Verhalten der Akteure auf der dritten Analyseebene, der Struktur des internationalen Systems bzw. des *third image*. Die Struktur stellt seiner Meinung nach somit den entscheidendsten Faktor im Hinblick auf die Beeinflussung des Verhaltens der Akteure dar (Feske 2014: 13).

Wie im Kapitel Feststellung der Ursache-Wirkungszusammenhänge erläutert, können in der Korrelationsanalyse die Ursachen als „unabhängige Variablen“ (X) und Wirkungen als „abhängige Variablen“ (Y) festgestellt werden. In den neorealistischen Ansätzen stellt die Struktur eine unabhängige Variable dar. Die Struktur des internationalen Systems wirkt auf das Verhalten der Staaten und entfaltet in einer bestimmten Richtung eine kausale Wirkung auf die Staaten (vgl. Schörnig 2010: 75).

Nachdem die wichtigsten Grundannahmen und Bausteine des Neorealismus erläutert wurden, werden im Folgenden ausgewählte Konzepte der neorealistischen Ansätze erläutert, welche das

¹⁰ Die bipolaren Systeme mit zwei besonders mächtigen Staaten neigen Waltz's Meinung nach am wenigsten zu Kriegen und erweisen sich langfristig als stabil, weil die bipolaren Machtverhältnisse übersichtlich sind (vgl. Schörnig 2010: 76).

Verhalten von Staaten erklären. Diese sind auf die Grundannahmen des Neorealismus, insbesondere der anarchischen Struktur der internationalen Systeme und der zentralen Rolle des Staates, zurückzuführen. Dabei werden aus dem weiten Spektrum von neorealistischen Verzweigungen und Weiterentwicklungen insbesondere die politischen Prozesse herausgehoben, welche für die Erklärung der Motive Russlands für die Krim-Annexion von Relevanz sind.

2.5.4 Sicherheitsdilemma

Das Konzept des Sicherheitsdilemmas liefert eine der wichtigsten neorealistischen Erklärungen, wie und warum Staaten im internationalen System in einer bestimmten Weise agieren. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler und Entwickler dieses Konzepts John H. Herz sieht gerade in dem Sicherheitsdilemma die Ursache für die Machtkonkurrenz von Staaten. Die Grundlage des Dilemmas stellt eine „anarchische“ Gesellschaft dar, welche von keiner übergeordneten Instanz geschützt wird. Aus diesem Grund müssen die einzelnen Gruppen oder Individuen ständig um ihre Sicherheit vor Angriffen, Unterwerfung, Beherrschung oder Vernichtung durch die Anderen fürchten. Ihr kontinuierliches Streben nach Sicherheit vor Angriffen der gegnerischen Akteure zwingt sie gleichzeitig dazu, immer mehr Macht zu gewinnen, nur um der Macht der Anderen entgegenzutreten zu können. Gleichzeitig fühlen sich die Anderen auch unsicher und sehen sich dazu gezwungen, sich zu schützen und nach ihrer Sicherheit zu streben. Die gegenseitigen Verdächtigungen und die gegenseitige Furcht verhindern damit auch eine Kooperation zwischen den Staaten. Aufgrund des Fehlens einer übergeordneten Schutz- und Sanktionsmacht, bleiben die Staaten daher permanent unsicher. Die Staaten werden letztlich zur Selbsthilfe gezwungen, was wiederum zur Verstärkung ihres Sicherheitsdilemmas und zum Teufelskreis führt (vgl. Ten Brink 2008: 131). Ein vereinfachtes Schema dieses Prozesses wird in Abbildung 1 dargestellt.

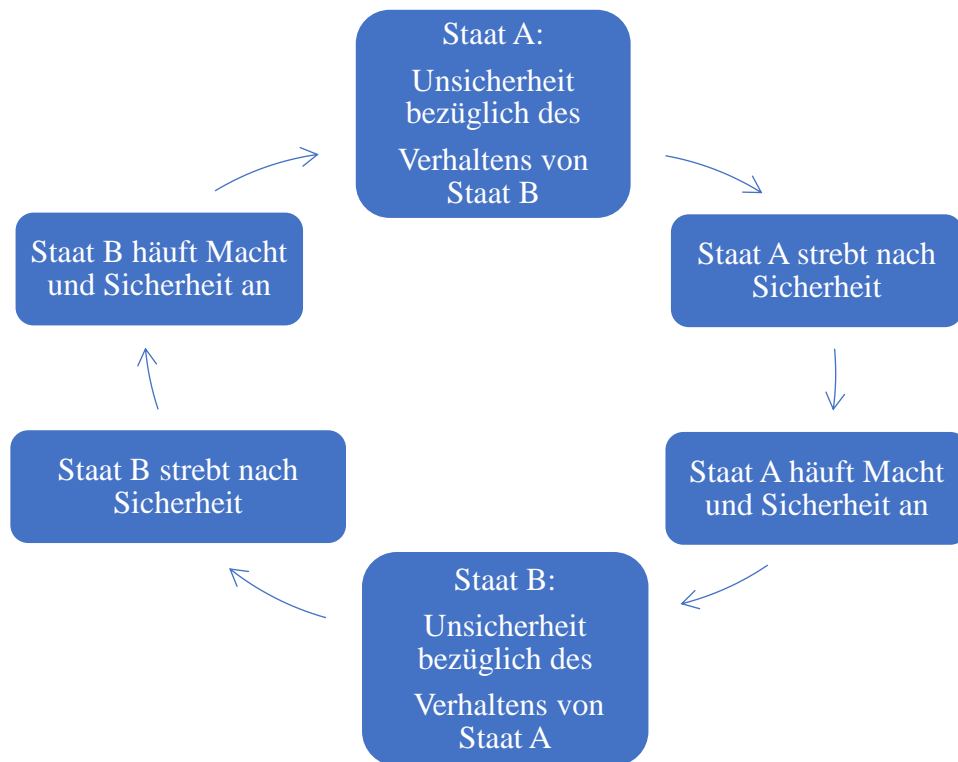


Abbildung 1: Sicherheitsdilemma nach John Herz (1950) (Jetschke 2017: 144)

Kenneth Waltz sieht auch in dem anarchischen System den Grund dafür, warum sich Staaten stets bedroht fühlen und sogar befreundeten Staaten nicht vertrauen können. Damit die Staaten ihre Handlungsfähigkeit nicht verlieren, streben sie zwingend nach ihrer Autonomie um nicht unter die Kontrolle von anderen Staaten oder internationalen Institutionen zu fallen. Waltz behauptet allerdings, dass das Sicherheitsdilemma durch eine Politik der Gleichgewichtsbildung¹¹ abgemildert werden kann (vgl. Puglierin 2015: 398).

Stephen Walt, der zu den defensiven Neorealisten zählt, sieht die permanente Bedrohung und Unsicherheit der Staaten jedoch anders als Kenneth Waltz. Er behauptet, dass ein Staat nicht unbedingt andere Staaten als Bedrohung wahrnehmen muss. Dies ist besonders dann der Fall, wenn sie geographisch weit entfernt voneinander sind, der Feindstaat über beschränkte

¹¹ Die Politik der Gleichgewichtsbildung oder sog. „balance of power“ steht in enger Verbindung mit dem Sicherheitsdilemma der einzelnen Staaten. Dem Konzept des Machtgleichgewichts widmet sich ein einzelnes Unterkapitel (2.5.6). Daher wird es an dieser Stelle nicht ausführlicher behandelt.

militärische Machtressourcen verfügt oder wenn sie schon über längeren Zeitraum Verbündete waren (vgl. Puglierin 2015: 399).

2.5.5 Machtmaximierung

Zwischen den Vertretern der neorealistischen Ansätze kann die Herausbildung von zwei Lagern beobachtet werden, die unterschiedliche Meinungen bezüglich des Interesses der Staaten an ihrer Sicherheitsmaximierung teilen. So sind nicht alle mit dem Konzept des Sicherheitsdilemmas einverstanden, sondern vertreten die Ansicht, dass Staaten vielmehr ihre Macht maximieren wollen. In diesem Zusammenhang wird von einer Zweiteilung in offensive und defensive Neorealisten gesprochen, wobei es im Wesentlichen um die Frage geht, ob Staaten uneingeschränkt nach Macht streben oder sie danach nur in jenem Umfang streben, wie es notwendig ist, um die eigene Sicherheit und Autonomie zu garantieren (Schörnig 2010: 82).

Einer der wichtigsten Vertreter des offensiven Neorealismus, John Mearsheimer, geht bei seinen Behauptungen von den neorealistischen Grundannahmen aus. Staaten befinden sich in einem anarchischen System und handeln unter dem Einfluss der Unsicherheit bezüglich des Verhaltens anderer Staaten. Ihre oberste Priorität ist die Herstellung von Sicherheit. Diese wird aber nur dann erreicht, wenn die jeweiligen Staaten am mächtigsten sind. Daher resultiert aus dem Sicherheitsdilemma ein andauerndes Streben nach Hegemonie. Unter Hegemonie wird eine Situation verstanden, in der ein Staat durch seine Macht alle anderen Staaten im internationalen System beherrscht. Neben dem Streben nach der absoluten Sicherheit der Staaten wird somit auch ihre Machtmaximierung zum Hauptmerkmal der internationalen Politik (vgl. Ten Brink 2008: 190).

Im Gegensatz zu Kenneth Waltz, der zu den defensiven Neorealisten zählt und behauptet, dass die Sicherheit und nicht Macht die oberste Priorität der Staaten ist, führt Mearsheimer das Streben der Staaten nach Machtmaximierung als Überlebensstrategie ein. Den Grund dafür sieht er in den systematischen Faktoren. Die Staaten streben aufgrund ihrer Unsicherheit so lange nach Macht, bis sie ihren hegemonialen Status erreicht haben oder aber bis sie daran scheitern. Ihr Machtstreben hört auf, wenn der hegemoniale Status erreicht wird und sie daher nicht mehr an die Selbsthilfe angewiesen sind (vgl. Schörnig 2010:83).

Offensive Neorealisten nehmen daher an, dass Staaten im anarchischen System ständig gezwungen sind, Macht zu akkumulieren, weil die Sicherheit und ihr Überleben im internationalen System nie garantiert ist. Dabei ist das Streben der Staaten nach relativen Gewinnen gegenüber Konkurrenten zentral, mit welchen die Staaten nie zufrieden werden (vgl. Gärtner 2005: 116).

Die Annahmen der offensiven Neorealisten bezüglich der Gründe für das Machtstreben von Staaten können jedoch zweideutig ausgelegt werden. Auf der einen Seite maximieren einige Staaten Macht um der Sicherheit Willen. Auf der zweiten Seite akkumulieren andere Staaten Macht, weil sie andere Staaten dominieren und ihr Sicherheitsdilemma minimieren wollen. Obwohl es auf den ersten Blick scheint, dass der offensive Neorealismus vom defensiven Neorealismus scharf zu trennen ist, kann er auch als eine hilfreiche Ergänzung betrachtet werden (vgl. Masala 2005: 113).

2.5.6 Machtgleichgewicht

Auch das Prinzip des Machtgleichgewichts ist ein zentraler Bestandteil des Neorealismus. Es geht aus dem primären Interesse der Staaten an der Aufrechterhaltung ihrer Autonomie hervor. Damit Staaten ihre Souveränität behalten, ist es für sie wichtig, dass kein Staat stärker als alle anderen Staaten, welche ein Gegengewicht bilden könnten, wird (Gärtner 2005: 90).

Waltz behauptet, dass die Akteure des internationalen Systems zu einer Politik des Machtgleichgewichts tendieren. Dadurch werden aggressive Staaten durch eine mögliche Niederlage abgeschreckt. Dieser Prozess der Machtgleichgewichtspolitik wird auch als „balancing“ bezeichnet. Obwohl eine elementare Grundtendenz zu so einer Politik vorliegt, heißt dies allerdings nicht, dass alle Staaten diese tatsächlich betreiben (vgl. Schörnig 2010: 75).

Dass die Welt zu einer Gleichgewichtspolitik tendiert, veranschaulicht Waltz am Beispiel des Ost-West -Konfliktes nach 1945. Die Entstehung des bipolaren internationalen Systems, wo sich der Osten und der Westen als zwei besonders mächtige Akteure gegenüberstanden, bewertet er als positiv. Die Gleichgewichtspolitik sorgt nach Waltz für eine Stabilität. Wenn

nämlich alle Staaten gleich stark oder sich zu gleich starken Allianzen zusammenschließen, sind beide Seiten nicht mehr so unsicher bezüglich ihrer Fähigkeit, sich zu verteidigen. Dies führt somit zur Vergewisserung der Staaten über die eigene Stärke und zur gleichzeitigen Abschreckung der anderen Akteure. Aus diesem Grund wird diese Politik auch als Gleichgewicht des „Schreckens“ bezeichnet (vgl. Puglierin 2015: 398).

Der Grundgedanke hinter der Gleichgewichtspolitik ist die Tatsache, dass die Staaten permanent ihre eigene Position im internationalen System bewerten und ihre Machtressourcen mit anderen Akteuren vergleichen. Damit sie diese verbessern oder ausgleichen können, haben sie zwei Möglichkeiten: interne oder externe Machtsteigerung. Als interne Machtsteigerung wird die eigene Aufrüstung, Stärkung der Volkswirtschaft oder Entwicklung besserer Strategien verstanden. Die externe Machtsteigerung kann in Form einer Allianzbildung oder Eroberung stattfinden. Dabei betont Waltz, dass die Staaten im Fall einer Allianzbildung von anderen Staaten eher unabhängig bleiben wollen (vgl. Masala 2005: 56ff.)

John Mearsheimer widerspricht den Annahmen von Waltz, dass das primäre Interesse der Staaten, der Erhalt ihrer Stellung im Staatensystem sei. Er vertritt die Ansicht, dass Staaten nicht nur ein Interesse am Ausbalancieren haben, sondern vielmehr eine offensivere Politik führen, um eine noch bessere Position zu erlangen. Staaten können dabei im Wesentlichen auf folgende Strategien zur Steigerung ihrer Macht zurückgreifen:

- die Schwächung der Rivalen (sog. „buck-passing“), oder
- die Politik der Gegenmachtbildung

Mearsheimer stellt im Gegensatz zur Waltzschen These der Balancierung die These von „buck-passing“ auf, anhand welcher sich schwache Staaten gegenüber starken Staaten zur Allianz zusammenschließen. Unter „buck-passing“ wird eine Konstellation verstanden, in der ein starker Staat das Aufkommen anderer starker Staaten dadurch abwendet, dass er regionale Nachbarn der jeweiligen aufsteigenden Macht schwächt und so deren Machtmaximierung vermindert. Wenn die Strategie von „buck-passing“ nicht gelingt, sind starke Staaten bzw. Großmächte dazu bereit, eigenständig eine Gegenmacht zu bilden (vgl. Ten Brink 2008: 191). Buck-passing bezeichnet das Abschieben der Hauptverantwortung eines Staates, eine

existierende Bedrohung zu beseitigen oder ein Gleichgewicht herzustellen, auf andere Staaten. Als historisches Beispiel kann die Politik einiger Staaten, insbesondere Großbritanniens gegenüber Hitlerdeutschland, gesehen werden (vgl. Gärtner 2005: 22).

„Bandwagoning“ stellt in der neorealistischen Theorie einen Gegenbegriff zu „balancing“ dar. Während bei „balancing“ Staaten eine Gegenallianz gegen aufsteigende Mächte bilden, wird unter „bandwagoning“ die Anlehnung von kleineren Staaten an eine aufsteigende Großmacht verstanden. „Bandwagoning“ ist somit eher eine Strategie für kleinere Staaten, die sie dann verfolgen, wenn sie keine Partner zur Gegenmachtbildung finden (vgl. Ten Brink 2008: 192). Die Widersprecher der „balance of power“ Theorie behaupten sogar, dass Staaten zum „bandwagoning“ greifen, auch wenn keine unmittelbare Bedrohung festgestellt werden kann. Eine Anlehnung an stärkere Mächte stellt für sie nämlich eine Perspektive von Vorteilen dar, die sie sonst versäumen könnten (Gärtner 2005: 20).

Der deutsche Vertreter des Neorealismus Werner Link weist bei der Gleichgewichtspolitik in Form der Allianzbildung darauf hin, dass diese zwischen der Differenzierung und Vereinheitlichung vermittelt. Am Beispiel von regionalistischen Arrangements und Regionalverbänden erläutert er, dass diese Allianzen durch Vereinheitlichungstendenzen zwischen den Staaten aufgrund der Zunahme der Wirtschaftsverflechtungen und internationalen strategischen Verbündeten gekennzeichnet werden. Neben der Vereinheitlichung zwischen einzelnen Akteuren der Allianz findet jedoch gleichzeitig eine Differenzierung zu den anderen, nicht in den Allianzen einbezogenen Staaten statt. Diese Tendenzen vollziehen sich nicht nur auf der wirtschaftlichen, sondern auch auf der politischen Ebene. So wird die Gleichgewichtspolitik neben den ökonomischen Allianzen auch in Form der Bildung von politischen Allianzen betrieben (vgl. Ten Brink 2008: 187f.).

Mit dem Ende des Kalten Krieges gewannen auch andere modifizierte Konzepte des Machtgleichgewichts an Bedeutung. Steven Walt führte den Begriff „balance of threat“ ein, dessen Ziel es ist, eine bestehende bzw. wahrgenommene Bedrohung auszubalancieren. Bei der Gleichgewichtspolitik sind somit nicht nur Macht und Potenzial eines Staates bedeutsam, sondern auch seine Absichten (Feske/Hegemann-Rockel 2014: 25f.).

2.5.7 Nullsummenspiel

Die internationalen Beziehungen werden in den neorealistischen Ansätzen auch als Nullsummenspiel dargestellt. Dies geht erneut auf die anarchische Struktur des internationalen Systems zurück, in dem alle Staaten aufgrund ihrer ständigen Unsicherheit unabhängig voneinander agieren und sich gegenseitig behindern wollen. Die gegenseitige Kooperation zwischen den Staaten, die stets mit Bedenken angesehen wird, erfolgt nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip. Die Akteure des internationalen Systems kalkulieren ständig ihre Chancen für die Verbesserung ihrer eigenen Position. Wenn eine Kooperation mit anderen Staaten vorgesehen wird, werden auch die relativen Gewinne der anderen Akteure berechnet. So stellen sich die internationalen Beziehungen als ein Nullsummenspiel dar, in dem sobald eine Partei gewinnt, die andere Partei verliert (Lemke 2014: 17f.).

In den Theorien der Internationalen Beziehungen werden unter den relativen Gewinnen Vorteile verstanden, die einzelne Partner aus einer gemeinsamen Kooperation gegenüber anderen haben können. Das Gesetz der relativen Gewinne besagt, dass Staaten mit anderen zusammenarbeiten, wenn sie nicht nur absolute, sondern auch verhältnismäßig höhere Gewinne als der andere Staat, mit dem sie eine Kooperation abschließen möchten, erzielen können. Diese Gewinne können dabei nicht nur auf der ökonomischen Ebene, sondern auch auf der Sicherheitsebene stattfinden, wo Staaten nach der Erhaltung und dem Ausbau ihrer relativen Positionierung im internationalen System streben (vgl. Gärtner 2005: 117).

Laut Werner Link hängt die Einschätzung relativer Gewinne nicht nur direkt mit der Entwicklung von Kooperationen zwischen einzelnen Staaten, sondern auch mit der Entstehung von Konflikten zusammen. Wenn die relativen Gewinne gleichmäßig verteilt sind, findet eine Kooperation statt. Falls es jedoch zu Machtverschiebungen kommt, kann es zu einem Konflikt führen. Die daraus folgende Regulierung eines solchen Konfliktes kann dann entweder kooperativ-integrativ oder regressiv-konfrontativ ausgerichtet werden. Dies hängt auch von den vereinbaren bzw. unvereinbaren Tendenzen zwischen den Staaten zusammen. Die unvereinbaren Interessen bzw. Tendenzen zwischen den Akteuren des internationalen Systems, welches Link als anarchisch-dezentrales Wettbewerbssystem bezeichnet, können zu Konflikten führen. Auf der anderen Seite kann auch die Kooperation zwischen den Staaten durch die

Störung des Gleichgewichts der gemeinsamen und gegensätzlichen Interessen zwischen unterschiedlichen Staaten verhindert oder gebrochen werden (vgl. Ten Brink 2008: 184f.).

2.5.8 Zusammenfassung und Entwicklung der Unterfragen

Das Sicherheitsdilemma erklärt das Verhalten von Staaten in der Umgebung des internationalen Systems, das vor allem von Furcht, Verdächtigungen und einem Vertrauensmangel zwischen den Staaten geprägt ist. Die Staaten fühlen sich durch andere überlegenere Staaten bedroht und streben daher permanent nach ihrer Sicherheit. Die Sicherheit können sie nur durch eigene Machtakkumulation gewährleisten, was wiederum bei anderen Staaten zum Gefühl der Unsicherheit führt.

Das Konzept der Machtmaximierung erscheint zwar in bestimmten Punkten ähnlich wie jenes des Sicherheitsdilemmas, doch weist es ein offensiveres Verhalten der Staaten auf. Diese streben primär nach der Erreichung ihrer Hegemonie, wodurch sekundär auch ihre absolute Sicherheit gewährleistet werden soll. Der hegemoniale Status ermöglicht ihnen die Beherrschung aller anderen Staaten im internationalen System, womit sie automatisch nicht mehr auf das Selbsthilfesystem angewiesen sind.

Aus dem defensiven bzw. offensivem Neorealismus können im Grunde zwei unterschiedliche Grundkonzepte gewonnen werden: das Sicherheitsdilemma auf der einen Seite und das Machtdilemma auf der anderen Seite. Während bei offensiven Realisten die Machtmaximierung der Staaten zentral ist, wodurch diese ihre Hegemonität und letztendlich auch Sicherheit gewährleisten, wiegt bei den defensiven Realisten die Sicherheitsmaximierung vor. Um diese zu erlangen, sind sie vom internationalen System dazu gezwungen, ihre Macht anzuhäufen.

Das Konzept des Machtgleichgewichts analysiert das Verhalten der Staaten anhand ihres Strebens nach Machtgleichgewicht. Die Staaten sind ununterbrochen mit der Bewertung ihrer eigenen Position im internationalen System und dem Vergleich mit anderen Staaten beschäftigt. Sofern kein Machtgleichgewicht vorhanden ist oder sich dieses vermindert, versuchen die Staaten die neu entstandene Lage auszubalancieren. Dafür können sie zu mehreren

Möglichkeiten greifen: Sie können Allianzen schließen, nach anderen Verbündeten suchen oder ihre Gegner schwächen. Zu der Politik des Ausbalancierens können Staaten auch im Falle einer wahrgenommenen Bedrohung greifen. In dem Fall sind für sie auch die Absichten anderer Staaten zentral.

Im Rahmen des Nullsummenspiels der internationalen Beziehungen spielt die Kalkulierung der eigenen Position im internationalen System eine Rolle. Nach dem Nullsummenspiel der internationalen Beziehungen sind Staaten mit der Berechnung ihrer relativen Gewinne okkupiert. Sie analysieren nicht nur ihre eigenen Schritte nach dem Kosten-Nutzen Prinzip, sondern auch jene von anderen Staaten. Ein Gewinn eines anderen Staates kann nämlich einen Verlust für sie und umgekehrt bedeuten.

Aus den aufgezählten neorealistischen Konzepten lassen sich nun Unterfragen herausbilden, welche auf die Beantwortung der Hauptforschungsfrage abzielen.

- 1.) Wie kann die Krim-Annexion durch Russland mit dem Konzept des Sicherheitsdilemmas erklärt werden?
- 2.) Wie kann die Krim-Annexion durch Russland mit dem Konzept der Machtmaximierung erklärt werden?
- 3.) Wie kann die Krim-Annexion durch Russland mit dem Konzept des Machtgleichgewichts erklärt werden?
- 4.) Wie kann die Krim-Annexion durch Russland mit dem Konzept des Nullsummenspiels erklärt werden?

Ausgehend von den theoretischen Annahmen und den internationalen Prozessen des Neorealismus, die das Verhalten der Staaten erklären, kann festgestellt werden, dass diese Fragen miteinander verknüpft sind. Daher werden diese Fragen nicht ausschließlich gesondert behandelt, sondern vielmehr in Verbindung zueinander diskutiert und beantwortet. Es wird im Sinne der deduktiv-nomologischen Forschungslogik vorgegangen. Auf diese Weise ist es möglich, aus dem Allgemeinen das Besondere zu erschließen. Die Beantwortung der oben angeführten Unterfragen erfolgt in der analytischen Phase mit Rekurs auf die erhobenen Daten aus dem forschungsbezogenen Material.

3. Erkenntnisse aus dem forschungsbezogenen Material

Im folgenden Teil dieser Arbeit werden die erhobenen Daten zu dem Untersuchungsgegenstand, d.h. den Motiven Russlands für die Krim-Annexion, präsentiert. Wie bereits in der Einleitung erwähnt, vollzog sich die Krim-Annexion im Kontext mehrerer internationaler Ereignisse und komplexer Beziehungen, was die Untersuchung der Motive komplex gestaltet. Weil das Thema der Untersuchung noch immer sehr aktuell ist und die Motive Russlands noch nicht explizit erforscht wurden, wurde eine multidimensionale Herangehensweise gewählt. Bei dem Textmaterial wurde auf Bücher, wissenschaftliche Artikel, Reports, offizielle Seiten sowie Online Zeitungen zurückgegriffen. Es wurde nach Quellen mit den Schlagwörtern „Krim-Annexion“, „Krim-Konflikt“, „Ukraine-Krise“ sowie deren englischer Übersetzung gesucht. Anschließend wurde in diesen Quellen nach den Motiven, Gründen sowie Ursachen der Krim-Annexion gesucht. Dabei wurden die Motive nach deren Kernaussagen kategorisiert und folglich nach deren allgemeinem Sinn interpretiert. Aus dem untersuchten Material konnten folgende inhaltlich-thematische Kategorien betreffend die Motive Russlands für die Krim-Annexion gebildet werden:

- Schutz der russischen Bevölkerung,
- neosowjetische Revisionsversuche Russlands und
- expansive Politik des Westens.

Bevor diese ausführlich analysiert werden, wird die geopolitische Situation zur Zeit vom Ende des Kalten Krieges thematisiert. In diesem Zeitraum wurden nämlich grundlegende Änderungen im internationalen System vorgenommen und Grundsteine der internationalen Beziehungen zwischen dem Westen und Russland gelegt. Wie im theoretischen Teil erläutert, hat die Struktur bzw. das internationale System anhand der neorealistischen Ansätze einen systematischen Einfluss auf das Verhalten der Staaten. Kombiniert mit den Befunden der kausalanalytischen Theorie stellt somit die Struktur eine unabhängige Variable dar und entfaltet eine kausale Wirkung auf das Verhalten der Staaten. Die neue geopolitische Lage nach dem Ende des Kalten Krieges schuf neue Rahmenbedingungen für die künftige Kooperation der zuvor getrennten und konkurrierenden Blöcke und führte zur Entwicklung einer neuer

paneuropäischen Sicherheitsarchitektur, auf deren Basis die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland neugestaltet werden konnten. Damit soll veranschaulicht werden, in welchem Kontext und unter welchen Rahmenbedingungen die Motive Russlands eingebettet waren. Daran anknüpfend wird die Position der Ukraine als Grenzland zwischen Russland und dem Westen im historischen sowie geopolitischen Kontext dargestellt, um die Interessen der unterschiedlichen Akteure in der Ukraine zu untersuchen. Zuletzt werden die Motive Russlands in einzelnen Kapiteln analysiert.

3.1 Internationales System nach dem Ende des Kalten Krieges

Das Ende des Kalten Krieges und das offizielle Dahinschwinden des Ost-West-Konflikts im Jahr 1989 initiierte große Veränderungen in einer neu geschaffenen Weltordnung. Der Zerfall des Warschauer Paktes und der Rückzug der Sowjetunion¹² mit dem gleichzeitigen Zusammenbruch der kommunistischen Regierungssysteme bedeutete auch offiziell das Ende des bipolaren, konfrontativen Sicherheitssystems der beiden dominanten Hegemonialmächte. Die Auflösung der Sowjetunion begann mit den schrittweisen Unabhängigkeitserklärungen aller 15 Unionsrepubliken im Jahr 1990 (vgl. Jetschke 2017: 92).

Dieser Umbruch hat dementsprechend auch die Sicherheitslage für Europa und die NATO tiefgreifend verändert. Das Ende der Teilung Europas, darunter auch Deutschlands, sowie die demokratische Entwicklung der Ostblockstaaten veränderte nicht nur die Natur der Sicherheitsgefahren, sondern auch die sich daraus ergebende sicherheitspolitische Aufgabenstellung der Akteure. Während des Kalten Krieges waren die Sicherheitsgefahren für das westliche Bündnis von einer militärisch-politischen Natur. Die militärische Teilnahme des Warschauer Pakts an der innerdeutschen Grenze stellte eine reale Bedrohung für die territoriale und politische Integrität des Atlantischen Bündnisses dar. Die zentrale Aufgabe der NATO, die in der Gewährleistung der Sicherheit für Westeuropa bestand, verlor mit dem Rückzug der

¹² Die Sowjetunion wurde von Lenin als eine Föderation entworfen, in welcher neben der größten russischen Republik weitere 14 Staaten- die Ukraine, Weißrussland, Moldau, kaukasische Republiken wie Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan, Aserbaidshan, Armenien, Georgien und Tadschikistan existierten. Im Jahr 1940 wurden an die Sowjetunion auch baltische Staaten Estland, Litauen und Lettland angeschlossen (Gaddis 2006: 198).

sowjetischen Streitkräfte aus den osteuropäischen Ländern und der Wandlung der Bedrohung, ihre Legitimität (vgl. Broer 1997: 291ff.).

Aus diesem Grund wurde auch die zentrale Strategie der NATO entsprechend angepasst. Die Ursprungsfunktion der NATO, d.h. die Abschreckung und Verteidigung, welche in Art. 5 des NATO Vertrags völkerrechtlich verankert ist, ist seit dem Ende des Kalten Krieges lediglich zu einer Reservefunktion geworden. Diese Ursprungsfunktion geht auf die realistische Sichtweise der internationalen Beziehungen zurück, anhand derer Staaten als Objekte anarchisch organisiert sind. Die NATO tritt nach dieser Ansicht als eine rein militärische Allianz auf, die die Sicherheit zwischen den Staaten durch die Anwendung militärischer Macht generiert. Da die zentrale Funktion der Abschreckung und Verteidigung der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr legitim war, musste die NATO eine neue Strategie für ihre Existenz entwerfen (vgl. Teutmeyer: 2014:433).

Die neue Strategie der NATO lässt sich durch folgendes Zitat erklären:

Im Rahmen der Partnerschaften etablieren die Partnerstaaten der NATO vorgegebene interne Strukturen und verpflichten sich auf Werte, die den demokratisch-rechtstaatlichen Vorstellungen der NATO-Staaten entsprechen. Darüber hinaus sollen eine institutionalisierte Kooperation und integrierte Strukturen zwischen den Partnern helfen, Konfliktpotenziale im Wege eines Interessenausgleichs aufzulösen.“ (Teutmeyer: 2014: 434)

Die neue Strategie bestand somit darin, dass die NATO allmählich eine Reihe von Partnerschaftsinitiativen¹³ initiierte, die Instrumente zur Sicherheitsgenerierung implizierten. Zu den Partnerschaftsinstrumenten gehörten die Adaption demokratischer Prinzipien sowie das Betreiben einer friedensaffinen Außenpolitik, welche nunmehr als neue Funktion den Stabilitätsexport durch Transformation repräsentierten (vgl. Teutmeyer: 2014:433).

Die großen Veränderungen innerhalb Europas führten zur allmählichen Entwicklung einer neuen Sicherheitsarchitektur Europas, die eine kooperative und freundschaftliche Zusammenarbeit mit den ehemaligen Ländern der Sowjetunion und allen anderen europäischen

¹³ Zu den Partnerschaftsinitiativen der NATO gehören unter anderem die Partnerschaft für den Frieden (Pfp), die Istanbul Kooperationsinitiative, der NATO-Mittelmeerdialog, der NATO-Russland Rat, die NATO-Ukraine-Kommission sowie die NATO-Beitrittsprozesse (vgl. Teutmeyer 2014: 433).

Ländern vorsah. Der Grundgedanke der neuen Sicherheitsstruktur war, dass niemand aus dem Kalten Krieg als strategischer Verlierer ausgehen soll und stattdessen ein neues Europa der Sicherheitskooperation entstehen soll (vgl. Richter 2014: 2).

Die Grundlage für die neue Sicherheitsordnung Europas stellen die seit den 1990er Jahren getroffenen Vereinbarungen dar. Der politische Grundstein für die neue europäische Ordnung wurde durch die „Charta von Paris“ im Jahr 1990 gelegt (vgl. Richter 2014: 2). Zu ihren wesentlichen Prinzipien gehörte die umfassende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Zusammenarbeit aller Staaten in Gesamteuropa auf der Grundlage von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft. Sie wurde noch im Rahmen des KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) entwickelt und verabschiedet. Die KSZE transformierte sich später zur heutigen OSZE, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (vgl. Kaim/Maull/Westphal 2015: 3). Militärisch wurde die neue Sicherheitsarchitektur im „Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (KSE-Vertrag) verankert (vgl. Richter 2014: 2). Der KSE-Vertrag umfasste umfangreiche Begrenzungen in der Anzahl von konventionellen Waffen und Ausrüstungen und wurde von den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Paktes im Rahmen des Abrüstungsprozesses am 19. November 1990 unterzeichnet (vgl. Luňák/Pečenka 1999: 464f.).

Hintergedanke der westlichen Regierungen war es auch zu verhindern, dass Moskau seine Sicherheitsinteressen als bedroht ansehen könnte (vgl. Richter 2014: 2). Die Behandlung der Frage über die Wiedervereinigung Deutschlands war eine sehr emotional aufgeladene Debatte, auch weil sie noch vor der Auflösung der Sowjetunion stattfand. Der Gedanke an eine Wiedervereinigung Deutschlands wurde damals nicht nur durch die noch existierende Sowjetunion als beunruhigend wahrgenommen. Diese Furcht war auf beiden Seiten Europas präsent. Nämlich sowohl aufseiten Gorbatschows als auch aufseiten Margaret Thatchers, die von Bush folgendermaßen gewarnt wurde: „Wenn wir nicht vorsichtig sein werden, wird Deutschland im Frieden das gewinnen, was Hitler im Krieg nicht gewinnen konnte.“ (vgl. Gaddis 2006: 196f.)

3.1.1 Russlands Position zur neuen Sicherheitslage in Europa

Die Beunruhigung seitens Moskau bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands wurde mit möglichen neuen NATO-Aktivitäten verbunden. Die Wiedervereinigung Deutschlands war trotz der russischen Besorgnis unbestritten. Dennoch blieb für Russland die wichtigste Frage offen und zwar, ob die um Ostdeutschland (d.h. das DDR-Territorium und damaliges Mitglied des Warschauer Paktes) vergrößerte Bundesrepublik ein NATO-Mitglied bleiben bzw. werden kann. Die Regierung der Sowjetunion war strikt gegen den Verbleib des vereinigten Deutschlands in der NATO und schlug stattdessen den neutralen Status für das wiedervereinigte Deutschland vor (vgl. Gaddis 2006: 196f./ Kronauer 2014: 62f.).

Trotz mehrerer weiterer Vorschläge auch seitens anderer europäischer Staaten setzte sich der primäre Gedanke des wiedervereinigten Deutschlands als NATO-Mitglied durch. Die Führung der Sowjetunion stimmte dem allerdings nur unter einer Bedingung zu, nämlich dass sich die NATO nicht ostwärts verschieben würde. Die Zustimmung der Sowjetunion bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands und NATO-Mitgliedschaft geht auf das Gespräch zwischen dem damaligen US-Außenminister James Baker und dem damaligen Staats- und Parteichef der Sowjetunion Michail Gorbatschow vom 9. Februar 1990 zurück. In diesem Gespräch versprach James Baker Michail Gorbatschow mündlich, dass die NATO nicht in den Osten eindringen würde (vgl. ebd.).

3.1.2 Von der bipolaren zur unilateralen Welt?

Trotz des Fehlens einer weltweiten Konferenz, die ein neues internationales oder einzelne regionale Friedenssicherungssysteme einführen würde, wurde die Ära des Kalten Krieges zu guter Letzt konfrontationslos beendet (vgl. Jetschke 2017: 92). Das Ende des Kalten Krieges und die integrativen Bemühungen führten dennoch nicht zur Auflösung der Konfliktfelder, die in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen während des Kalten Krieges ihren Höhepunkt erfahren hatten (vgl. Pradetto 2014: 31).

Ein Indiz dafür war, dass die Beendigung des Ost-West-Konfliktes durch den Sieg von Demokratie und freier Marktwirtschaft auf der einen Seite und den wirtschaftlichen und

politischen Niedergang der Sowjetunion auf der anderen Seite erreicht wurde. Die deutsche Politikwissenschaftlerin und Fachexpertin für Internationale Beziehungen Anja Jetschke (2017) behauptet in diesem Zusammenhang, dass das Ende der bipolaren Welt nach 1989 durch einen unipolaren Moment der USA, bzw. der NATO bewirkt wurde. Die neue Ordnung der Post-Ost-West-Konflikt-Ära wurde dadurch charakterisiert, dass die USA als die einzig verbleibende Macht hervorgingen und sich so zu einer Supermacht oder gar Hypermacht entwickelten (vgl. Jetschke 2017: 92f.).

Die Hegemonie der USA und deren besondere Position in der globalen Hierarchie wurde laut eines der einflussreichsten Washingtoner Strategen und Ratgeber sowie anerkannten US-Politologen Zbigniew Brzezinski¹⁴ im Laufe der Globalisierung verstärkt. Dies erklärt er folgendermaßen: Seit dem Jahr 1880 erschienen in dem Vergleich der mächtigsten Weltmächte (basierend unter anderem auf der ökonomischen und militärischen Stärke, dem Einkommen, der Population) immer lediglich sieben Staaten, die wechselseitig die ersten fünf Plätze belegten: die USA, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Frankreich, Russland, Japan und China. Die Vereinigten Staaten besetzten dabei immer einen der ersten fünf Plätze, wobei besonders seit dem Jahr 2000 ihr Vorsprung gegenüber den restlichen Staaten größer als je zuvor wurde. Die hegemoniale Rolle der Vereinigten Staaten begründete sich in deren politischer, militärischer, ökonomischer, technologischer sowie soziokultureller Überlegenheit (vgl. Brzezinski 2004: 13ff.).

Die überragende Rolle der USA, die wichtige Strukturveränderungen unilateral herbeiführten, wurde auch anhand einer Reihe von Initiativen seitens der USA sichtbar. Solche Initiativen der Vereinigten Staaten waren einerseits die Unterstützung von Demokratisierungsprozessen in anderen Staaten, die globale Abrüstung und der Stopp der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Andererseits drückten sie sich in der Ignoranz gegenüber bestimmten internationalen Organisationen aus. Als Beispiel für Letzteres führt Jetschke das

¹⁴ Zbigniew Brzezinski bekannt als wichtiger US-Stratege aus der Zeit des Kalten Krieges wurde das erste Mal mit seiner Schrift „Totalitarian Dictatorship and Autocracy“ (1956) bekannt, die eine Art Klassiker der antikommunistisch inspirierten Totalitarismusforschung wurde und vor allem ideologisches Rüstzeug für den Kampf gegen die Sowjetunion lieferte. In den Jahren 1977 und 1981 war er als Sicherheitsberater von US-amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter tätig (vgl. Kronauer 2014: 58).

Umgehen der USA des VN-Sicherheitsrates als eines der höchsten multilateralen Entscheidungsgremien der internationalen Gemeinschaft beim NATO-Einsatz im Kosovo 1999¹⁵ oder dem von den USA und Großbritannien geführten Krieg gegen den Irak 2003¹⁶ an (Jetschke 2017: 92f.). Die ausschließliche Deutungshoheit des Westens darüber, unter welchen Umständen Ausnahmen von den Regeln des Völkerrechts erlaubt seien, stellte Russland mehrmals infrage. Darüber hinaus wurden die militärischen Interventionen westlicher Staaten unter der Führung der USA in Serbien 1999, im Irak 2003 sowie in Lybien 2011 von Russland als „[...] Verletzung des Völkerrechts, Schwächung des Sicherheitsrates und antirussische Interessenspolitik [...]“ (Richter 2014: 4) bezeichnet (vgl. ebd).

Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass das Ende des Ost-West-Konfliktes Veränderungen mit sich brachte und sich infolge dessen auch die Sicherheitslage in Europa veränderte. Das Ende der Jahrzehnte andauernden Konkurrenz konfrontativen Charakters zwischen den zwei Weltmächte markierte auch den Anfang für Gespräche bezüglich deren gegenseitiger Kooperation. Die Anfangsdiskussion über das neue internationale System wurde aber mit sensiblen Themen wie der Wiedervereinigung Deutschlands oder der Mitgliedschaft der neu entstandenen Staaten in der NATO verbunden. So wurde bereits in den 90er Jahren von der russischen Seite bekundet, dass eine Erweiterung nach Osten nicht gewünscht wird. Von der NATO wurde die Osterweiterung jedoch durch die Verbreitung demokratischer Prinzipien und einem Stabilitätsexport begründet. Gleichzeitig wurde mit dem Ende der bipolaren Welt der Anfang von einem unipolaren Moment der USA begründet. Daraus ergeben sich auch die möglichen Konfliktfelder, die der Gedanke einer neuen Sicherheitsarchitektur mit sich brachte. So wurde zwar ein Wunsch nach kooperativen und

¹⁵ Bei der NATO-Intervention im Kosovo-Krieg handelte es sich um einen humanitären und militärischen Einsatz in Serbien, der überwiegend durch die USA geführt wurde. Der NATO-Einsatz wurde von Russland kritisiert, weil er gegen das Veto Russlands erfolgte. Einerseits wies Russland darauf hin, dass die NATO bzw. die USA aktiv unterstützt von der EU gelegentlich militärische Interventionen durchführen, um einen Regimewechsel in Ländern zu beeinflussen, in denen sie es für richtig halten oder es ihren Interessen entspricht. Zweitens nahm Russland Anstoß daran, dass eine einseitige militärische Intervention auch ohne ein ausdrückliches Mandat des UN-Sicherheitsrats und gegen den Einwand der Russischen Föderation im Besonderen durchgeführt werden kann. Russland zählt noch heutzutage zu den Staaten, welche die Unabhängigkeit von Kosovo nicht anerkennen (vgl. Haukkala 2015: 29)

¹⁶ Das Vorgehen der USA und ihrer „Koalition der Willigen“ im Irak-Krieg, welche zum Sturz des Diktators Saddam Hussein und zum politischen Regimewechsel führte, wurde von Russland als völkerrechtswidrig bezeichnet (vgl. Krone-Schmalz 2015: 106).

freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Westen und Russland ausgedrückt, die Vorstellungen des Westens und Russlands wiesen jedoch maßgebliche Differenzen auf.

3.1.3 Position der Ukraine in der neuen Weltordnung

Im Folgenden wird untersucht, welche Rolle in dem Dreieck von Interessen der unterschiedlichen globalen Player die Ukraine spielte, in welcher Position sie sich nach der Auflösung der Sowjetunion befand und welchen Herausforderungen sie sich gegenüberstand. Am 24. August 1991 erklärte die Ukraine ihre Unabhängigkeit und reihte sich damit in den Kreis der ehemaligen Mitgliedstaaten der Sowjetunion ein. Die Existenz der Ukraine als souveräner Staat hatte zur Folge, dass die Ukraine seit diesem Zeitpunkt zu einem der wichtigsten Pufferstaaten zwischen dem Westen und Russland wurde (vgl. Androsch/Ruttensteiner-Poller 2016: 4).

In welche Richtung sich der neu entstandene ukrainische Staat bewegen sollte, ob in Richtung des Westens oder des Ostens, war zu dieser Zeit jedoch noch unklar. Die Ukraine selbst wurde mit zwei Herausforderungen konfrontiert: Auf der einen Seite mit der Verfolgung des Wunsches, endlich ein Teil des friedlichen Europas zu werden, auf der anderen Seite stabile Beziehungen mit ihrem Nachbarland Russland, dessen wichtiger Bestandteil sie bis vor kurzem war, aufrechtzuhalten (vgl. Arabs'kyj 2003: 37).

Die Ambivalenz bezüglich der Ausrichtung der Ukraine kann historisch bereits aus dem Namen der Ukraine „ukraina“, was übersetzt „Grenzland“ bedeutet, abgeleitet werden. Die Ukraine als Grenzland stellte seit dem Mittelalter das Grenzgebiet zur Steppe dar und schützte gegen die Überfälle der Reiternomaden, seit dem 15. Jahrhundert vor allem vor den Krimtataren. Ein Grenzland war jedoch die Ukraine auch in dem Sinne, dass sie über längere Perioden ihrer Geschichte eine periphere Region und ein Bestandteil großräumiger Imperien war. Die Ukraine gehörte vor 1991 unter anderem zu Polen-Litauen, dem Russländischen Reich, dem Habsburger Reich und zuletzt der Sowjetunion. Dementsprechend sind auch die für die Ukraine maßgeblichen Entscheidungen bis zu deren Unabhängigkeit außerhalb der Ukraine – in Vilnius,

Krakau, Warschau, St. Petersburg, Wien und Moskau – getroffen worden (vgl. Kappeler 2003: 15, 18).

Obwohl die Ukraine im Jahr 1991 ihre Unabhängigkeit erklärte und seitdem historisch gesehen kein Grenzland in dem Sinne mehr ist, nimmt sie aus einem geographischen Standpunkt seitdem die Rolle eines Pufferstaates ein. Geographisch betrachtet, stellt die Ukraine nach Russland anhand der Größe ihres Territoriums das zweitgrößte Land Europas dar. Sie grenzt im Süden an das Schwarze Meer, im Osten an Russland und im Westen an die Europäische Union¹⁷. Seit der Auflösung der Sowjetunion ist sie zum zentralen Trenngebiet zwischen dem Ost und West bzw. zwischen Russland und der EU/ NATO geworden. Die Ukraine ist damit nunmehr inmitten von drei großen geopolitischen Gebilden gelegen. Gerade die Zugehörigkeit zu dem einen oder anderen dieser Gebilde wurde zum zentralen Thema in der Frühphase der ukrainischen Neustaatlichkeit (Koval' / Semenov 1997: 136; ARTE 2005: o.S.).

Durch den Erwerb ihrer Unabhängigkeit wurde die Ukraine zu einem Akteur, der seine internationale Politik selbst bestimmen kann. Die Interessen der Ukraine in ihren Außenbeziehungen wurden jedoch am Beginn ihrer Neustaatlichkeit nicht eindeutig ausgedrückt. Die Ukraine unter dem Präsidenten Leonid Kutschma deklarierte im Zeitraum nach ihrer Unabhängigkeitserklärung 1991 eine „multivektorale Außenpolitik“. Das äußerte sich in ihrem Wunsch nach einer engen Zusammenarbeit mit Russland und anderen GUS¹⁸Staaten, gleichzeitig strebte sie aber auch an, mit transatlantischen Strukturen zusammenzuarbeiten und rasch der EU beizutreten (vgl. Arabs'kyj 2003: 37).

Es fehlte jedoch an einem ausgewogenen Gleichgewicht zwischen West und Ost. Dieses Ungleichgewicht machte sich in Differenzen bezüglich der östlichen oder westlichen Richtung der Ukraine in den einzelnen Regionen des Staates bemerkbar. Die unterschiedliche

¹⁷ Im Jahr 2004 traten der Europäischen Union im Rahmen deren größten Erweiterungsrunde neben Estland, Litauen, Lettland und Tschechien auch die westlichen Nachbarstaaten Russlands, nämlich die Ukraine Polen, die Slowakei und Ungarn bei.

¹⁸ Unter GUS wird die Gemeinschaft unabhängiger Staaten verstanden, die am 8. Dezember 1991 von den Präsidenten Russlands, Weißrusslands und der Ukraine gegründet wurde. Elf der ausgetretenen Staaten der Sowjetunion traten (alle ehemaligen Sowjetrepubliken bis auf die baltischen Staaten und Georgien) zu der Zeit der GUS ein (vgl. Jetschke 2017: 92).

Orientierung und die divergierenden Interessen innerhalb der Ukraine können auf die historische, kulturelle, ethnische, konfessionelle und wirtschaftliche Vielfalt der Ukraine¹⁹ zurückgeführt werden. Die Heterogenität der Ukraine wird durch die stärkere Orientierung der südlichen und östlichen Ukraine auf Russland und der traditionellen Zuneigung der Regionen West- und Nordukraine zum Westen geprägt (vgl. Kappeler 2003: 28).

Diese differenzierte Ausrichtung der West-, Nord-, Ost- und Südukraine spiegelt sich auch in dem Gebrauch der ukrainischen bzw. russischen Sprache, in unterschiedlicher Kultur der Bevölkerung sowie in den unterschiedlichen historischen Traditionen wider. Die Nord- und Westukraine²⁰ mit ihrem Zentrum in Kiew wurde durch die Entwicklung von eigenständigen historisch-ukrainischen Traditionen geprägt. Aus diesem Gebiet stammten auch die meisten Aktivisten der ukrainischen Nationalbewegung im 20. Jahrhundert. Im Gegensatz dazu sind die Regionen der Ost- und Südukraine erheblich stärker vom russischen Einfluss geprägt, da sie als Kolonisationsgebiete erst seit dem 17. Jahrhundert von Ukrainern und anderen ethnischen Gruppen besiedelt wurden. Sowohl die Ostukraine, in der etwa 40% der Bevölkerung russisch ist, als auch das sogenannte „Neurussland“, wie die südukrainische Region historisch genannt wurde, sind kulturell stark russifiziert (vgl. ebd. 2003: 26f.).

Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass die Ukraine mit Erlangen ihrer Unabhängigkeit zum Pufferstaat zwischen dem Westen und Russland wurde. Obwohl sie eine multivektorale Außenpolitik deklarierte, welche neutrale Beziehungen sowohl mit dem Westen als auch Russland vorsah, war die Ukraine selbst aufgrund ihrer regionalen Heterogenität bezüglich der Ausrichtung des Staates traditionell uneinig. Nicht nur die innere Heterogenität der Ukraine sowohl im Sinne der Ausrichtung der Ukraine als auch ihrer demographischen sowie kulturellen Differenzen, sondern auch die Position der Ukraine in der

¹⁹ Diese Vielfalt spiegelte sich auch in ihrer polyethnischen Bevölkerung wider. Am Ende des 19. Jahrhunderts setzte sich die Bevölkerung der Ukraine aus etwa 74% der Ukrainer, 10% Russen, 9% Juden, 1,5% Deutsche und Polen und einer weiteren Anzahl von sowohl ethnischen als auch religiösen Minderheiten zusammen. Ihr Vielvölkercharakter änderte sich jedoch allmählich seit dem Jahr 1941 und mit dem Zweiten Weltkrieg. Die bis zu diesem Zeitpunkt polyethnische Ukraine wurde bi-ethnisch. Im Jahr 1989 ergab sich aus der Bevölkerungszählung, dass in der Ukraine 37,4 Millionen Ukrainer (72,7% der Bevölkerung) und 11,5 Millionen Russen (22,1% der Bevölkerung) lebten. Somit standen die Russen als einzige nennenswerte Bevölkerungsminderheit der ukrainischen Mehrheit gegenüber (vgl. Kappeler 2003: 21).

neuen Weltordnung als Puffer-Staat zwischen West und Ost, spielen eine erhebliche Rolle bei den untersuchten Motiven für die Krim-Annexion durch Russland. Im Folgenden werden die Motive Russlands für die Krim-Annexion beleuchtet.

3.2 Motive Russlands für die Krim-Annexion

Wie bereits erläutert, wird der Fokus insbesondere auf drei in der untersuchten Literatur vorherrschende Motive Russlands für die Krim-Annexion gerichtet. Diese Motive basieren neben wissenschaftlichen Analysen auf offiziellen Aussagen der betroffenen Parteien sowie auf den Inhalten der über die Krim-Annexion berichtenden Medien. Die Motive lassen sich in folgende zentrale Kategorien einleiten und werden in dieser Reihenfolge präsentiert:

- Schutz der russischen Bevölkerung auf der Krim
- Neosowjetische Revisionsversuche Russlands
- Expansive Politik des Westens

3.2.1 Schutz der russischen Bevölkerung auf der Krim

[...] we expected Ukraine to remain our good neighbour, we hoped that Russian citizens and Russian speakers in Ukraine, especially its southeast and Crimea, would live in a friendly, democratic and civilised state that would protect their rights in line with the norms of international law. However, this is not how the situation developed. (Putin 2014a: o.S.)

Das erste zu untersuchende Motiv Russlands für die Krim-Annexion ist der Schutz der russischen Bevölkerung auf der Krim. Russland beruft sich dabei auf den Schutz der russischen Bevölkerung auf der Krim, deren Menschenrechte im Zuge der Auflösung der Ukraine Krise 2014 gefährdet waren. Im Vordergrund dieser Begründung steht auch der Verweis auf die gemeinsame Geschichte und die gemeinsamen Werte sowie die besondere Bedeutung der Krim für Russland. Daher werden an dieser Stelle die historischen Hintergründe der Halbinsel behandelt, auf welche sich der russische Präsidenten Putin in seinen offiziellen Aussagen zur Krim-Annexion beruft.

Die Halbinsel Krim hat schon immer einen besonderen Status innerhalb der Ukraine genossen, was auf ihre Geschichte, ihre Bevölkerungszusammensetzung und ihre geographische Lage

zurückzuführen ist. Die südukrainische Halbinsel Krim wurde bereits vor der Annexion als die Region mit dem größtem Konfliktpotenzial bezeichnet. So wie die Ukraine war auch die Halbinsel Krim selbst ein Bestandteil mehrerer Imperien. Im Jahre 1783 wurde sie im Rahmen des Khanats der islamischen Krimtataren, auf die der Name der Halbinsel zurückzuführen ist, von Russland annektiert. Die Annexion hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die ursprüngliche Bevölkerungszusammensetzung der Krim. Sie hatte zur Folge, dass nicht nur zahlreiche Russen, Ukrainer und Deutsche einwanderten, sondern auch die überwiegende Bevölkerung der Halbinsel, die Krimtataren, zur Minderheit²¹ wurden (vgl. Kappeler 2003: 17, 28).

Zu einem Bestandteil der Ukraine wurde die Halbinsel Krim erst im Jahr 1954, als diese zu Zeiten der Sowjetunion von der Russländischen Sowjetrepublik und deren Parteichef Chruschtschow der Ukrainischen Republik geschenkt wurde. Diese Schenkung an die Ukraine, die oft als eine großzügige Geste von Chruschtschow gesehen wird, hatte jedoch Auswirkungen auf spätere Ereignisse und politische Entwicklung dieser Region. Mit der Selbständigkeit der Ukraine, welche sie im Zuge der Auflösung der Sowjetunion erreichte, begannen zwischen der Ukraine und Russland die Auseinandersetzungen darüber, wem die Halbinsel Krim gehört. Russland fing an, sich mit der Rechtmäßigkeit der Schenkung zu beschäftigen (vgl. Wydra 2003: 338ff., 341). Auch die ethnischen Russen²² auf der Krim begannen mit ihrer Kampagnenarbeit für die Unabhängigkeit der Halbinsel und eine darauffolgende Wiedervereinigung mit der Russischen Föderation zu mobilisieren. Die nationalistischen Stimmen in Russland zeigten Unterstützung gegenüber den Plänen der russischen Gemeinschaft auf der Halbinsel (vgl. Yeşilot 2014: 176).

Schließlich gelang es Kiew jedoch, diese problematische Interessenszone zwischen Russland und der Ukraine gesetzmäßig unter Kontrolle zu bringen. Dabei räumte das ukrainische Parlament am 30. Juni 1992 der Krim weitgehende Autonomie ein. Ein Resultat davon war

²¹ Den Krimtataren wurden (ausgenommen im Zeitraum der autonomen Krimrepublik in der Zwischenkriegszeit) keine kulturellen Rechte gewährt. Im Zweiten Weltkrieg wurden sie unter Stalin nach Sowjetasien deportiert. Obwohl Ende der 1980er Jahre ungefähr 250.000 Krimtataren wieder heimkehrten, mussten sie sich mit großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen auseinandersetzen. Dies hängt auch mit der traditionellen Zuneigung der auf der Krim lebenden russischen Mehrheit gegenüber Russland zusammen, wobei sich die Krimtataren an Kiew zugeneigt fühlen (vgl. Kappeler 2003: 28).

²² Bei der letzten Volkszählung der Sowjetunion stellten die Russen 67,04% der Krimbevölkerung, von der nur 25,75% die Ukrainer waren (vgl. Wydra 2003: 339).

unter anderem auch, dass ein künftiger Anschluss der Krim an ein anderes Land die Zustimmung der Parlamente der Ukraine und der Krim erfordern würde (vgl. Wydra 2003: 338ff., 341). Zusätzlich verpflichteten sich die Vereinigten Staaten, Großbritannien sowie die Russische Föderation im Budapester Memorandum vom 5. Dezember 1994 als Kompensation für den Verzicht auf ein Atomwaffenarsenal durch die Unterzeichnerstaaten, darunter die Ukraine, deren territoriale Unversehrtheit nicht zu verletzen (vgl. Yeşilot 2014: 176).

Trotz dieser Regelungen und der scheinbaren Lösung der Krim-Frage zwischen der Ukraine und Russland, verletzte Russland die territoriale Integrität der Ukraine und holte sich die Halbinsel, die vormals einen Teil des russischen Staatsgebiets bildete, 60 Jahre später zurück. Diese Situation kommentierte der russische Präsident Putin mit folgender Aussage: „Die Lage in der Ukraine hat sich in einer Weise entwickelt, dass wir gezwungen sind, die Arbeit zur Rückgabe der Krim an Russland anzufangen.“ (Höller 2015: o.S.)

Diese Aussage bezog sich auf die Entwicklung der Maidan-Protteste, die Flucht und die darauffolgende Absetzung des ukrainischen Präsidenten Janukowytsch, welcher am 26. Februar 2014 durch eine neue Interimsregierung unter der Führung von Arseniy Yatsenyuk ersetzt wurde. Die Interimsregierung setzte sich vorwiegend aus Mitgliedern der rechtsextremen Partei „Svoboda“ zusammen, wobei die Partei der Regionen, welcher Janukowytsch angehörte und besonders unter den russischstämmigen und russischsprachigen Ukrainern Unterstützung fand, ausgeschlossen war. Von Russland wurde die Übergangsregierung nicht anerkannt und deren Legitimität bestritten. Ein Grund dafür war eine der ersten Initiativen der neuen Regierung, die ein Gesetz zur Abschaffung von russisch als gleichberechtigter Sprache in der Ukraine einführte. Dies führte zu Protesten der russischsprachigen Bevölkerung in der östlichen Ukraine und auf der Halbinsel Krim. Russland mobilisierte als Reaktion darauf seine Truppen an seiner Westgrenze sowie auf der Krim. Im Gegenzug sagte die EU bilaterale Konsultationen mit Russland ab, deren Thema die russische Visa-Frage und weiterführende Gespräche über ein neues Abkommen mit Russland sein sollten (vgl. Böttger 2014:100).

Die Lage auf der Krim eskalierte weiter, indem es zu Auseinandersetzungen zwischen den prorussischen Protestanten und den proukrainischen Krimtataren kam. Pro-russische Gruppen besetzten mehrere amtliche Gebäuden, einschließlich des Parlaments, in dem sie die

ukrainische durch die russische Flagge ersetzt. Schließlich organisierten die pro-russischen Aktivisten am 16. März ein Referendum über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation. Das Referendum wurde von 99% der Krimtataren boykottiert und die Wiedervereinigung wurde mit 97% Unterstützung beschlossen (vgl. Yeşilot 2014: 177).

Obwohl Russland im Zuge der Krim-Annexion vom 16. März 2014 offensichtlich völkerrechtswidrig handelte, stellte es sich selbst als Akteur dar, der völkerrechtskonform handelte und dabei humanitäre Absichten verfolgte. Dass Russland aktiv in den Konflikt eingriff oder Konfliktpartei war, wurde von russischer Seite bestritten. Das auf der Krim abgehaltene Referendum über die Abspaltung wurde als legitimes Recht der dortigen Bevölkerung erklärt, die dem russischen Handeln zusammen mit der vorgebrachten Schutzverantwortung gegenüber der russischen Minderheiten eine Rechtfertigung lieferte. Während Russlands Vorgehen von der ukrainischen Regierung als Bedrohung und Russland als Aggressor bezeichnet wurde, wurde es im russischen Diskurs als Befreiung von Neurussland von den Faschisten in Kiew deklariert (vgl. Tamminga: 2015: 3). Dies wurde in der offiziellen Rede Putins im Kreml am 18. März 2014, die an die Abgeordnete der Staatsduma und des Föderationsrats adressiert war, mehr als deutlich. Putin wies darauf hin, dass hinter dem Putsch in Kiew ukrainischen Nationalisten, Neonazis, Russophoben und Antisemiten standen, welche die Macht durch die Regierungsübernahme sowie Terror, Mord und Aufstände ergreifen wollen. Zudem führte Putin aus, dass ihre Politik auf die Verletzung der Rechte der ethnischen Minderheiten in der Ukraine und der russischen Bevölkerung auf der Krim gerichtet sei (vgl. Putin 2014a):

The new so-called authorities began by introducing a draft law to revise the language policy, which was a direct infringement on the rights of ethnic minorities. [...] Those who opposed the coup *were* immediately threatened with repression. Naturally, the first in line here was Crimea, the Russian-speaking Crimea. In view of this, the residents of Crimea and Sevastopol turned to Russia for help in defending their rights and lives, in preventing the events that were unfolding and are still underway in Kiev, Donetsk, Kharkov and other Ukrainian cities. (Putin 2014a)

Aus russischer Sicht war die Krim-Annexion daher die logische Konsequenz bzw. die erforderliche Maßnahme angesichts der Ereignisse in der Ukraine. So die offizielle Aussage Putins am 18. März 2014: “Naturally, we could not leave this plea unheeded; we could not abandon Crimea and its residents in distress. This would have been betrayal on our part.” (ebd.)

In der Rede vom 18. März 2014 wies der russische Präsident neben dem Schutz der russischen Bevölkerung auch darauf hin, dass die Krim historisch betrachtet ein russisches Land und Sewastopol eine russische Stadt ist. Die Argumentation dieses Motives basiert dabei auf den geschichtlichen Hintergründen und wird auch aufgrund der divergierenden Perzeption seitens der Ukraine dort anders betrachtet. Dabei wird besonders auf Rolle der Krimtataren und die Tatsache, dass die Krim ursprünglich dem Krimkhanat gehörte, hervorgehoben. Bei den Äußerungen der russischen Seite im Hinblick auf die geteilte Geschichte der Krim wurde auf damit verbundene Emotionen nicht verzichtet: „In the hearts and minds of people, Crimea has always been and remains an inseparable part of Russia.“ Präsident Putin fügte hinzu, dass sich die ethnischen Russen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion isoliert vom Mutterland befanden und dies sowohl auf der Krim als auch anderswo: „Millions of Russians went to sleep in one country and woke up living abroad, as a national minority in former republics of the union. The Russian people became one of the biggest, if not the biggest, split-up nation in the world.“ (Putin zit. nach Walker/Traynor 2014: o.S)

In diesem Zusammenhang kann angeführt werden, dass der Schutz der russischen Bevölkerung auf der Krim als russische Begründung für die Krim-Annexion sowohl auf der gemeinsamen Geschichte als auch auf der regionalen Heterogenität der Ukraine beruht. Die innere Inhomogenität der Ukraine stellte immer wieder und besonders nach dem Ende des Kaltes Krieges eine sicherheitspolitische Herausforderung dar. Die regionsabhängigen Differenzen, welche unter anderem in den Reaktionen auf sprachpolitische Streitpunkte, politische und wirtschaftliche Reformen auftraten, wurden im Zuge der Ukraine-Krise manifest. Die Festlegung der außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten durch die Kiewer Zentrale führte zu Spannungen und Meinungsunterschieden zwischen den Bevölkerungsteilen im Westen und im Süden sowie Osten der Ukraine. Der unterschiedliche geschichtliche Hintergrund, die nicht-einförmige Mentalität²³, sowie ein anderes kollektives Gedächtnis der einzelnen ukrainischen Regionen wirkten sich dementsprechend auf die politischen und ideologischen Differenzen aus (vgl. Malek/Pavlenko 2003: 63f.).

²³ So genießen zum Beispiel in dem stark russifizierten Osten und Süden der Ukraine Kollektivismus und autoritäre Regierungs- und Verwaltungsformen mehr Hochachtung als Privateigentum, Marktwirtschaft und Demokratie, die andersrum im Westen der Ukraine populärer sind (vgl. Malek/Pavlenko 2003: 63f.).

Der „Schutz der russischen Bevölkerung auf der Krim“ als Motiv Russlands für die Krim-Annexion lässt sich somit folgendermaßen zusammenfassen: Die Krim-Annexion durch Russland war lediglich die Antwort Russlands auf die Eskalation der innerukrainischen Probleme, welche in ihrer regionalen Heterogenität wurzelten. Dabei spielt die geschichtliche sowie kulturelle Verbindung zwischen der Ukraine und Russland eine zentrale Rolle. Insbesondere geht daraus die vorwiegend russisch-stämmige Bevölkerung auf der Krim hervor, deren Schutz Russland als Rechtfertigung entsprechend hervorbrachte.

Der russische Standpunkt zur Erklärung seines Verhaltens im Zuge der der Krim-Annexion und zwar, dass es sich bei den Maidan Demonstranten um Faschisten und rechtradikale Gruppen handelte, weswegen die russische Minderheit auf der Krim in Gefahr war und durch Russland geschützt werden musste, wurde von anderen Seiten jedoch auch dementiert. Stattdessen wurde darauf verwiesen, dass es sich lediglich um eine russische Propagandainszenierung handelte, welche die wirklichen Ziele kaschieren oder verdecken sollte (vgl. Wergin 2014: o.S.).

3.2.2 Neosowjetische Revisionsversuche Russlands

Im Folgenden wird das zweite zu untersuchende Motiv Russlands für die Krim-Annexion, nämlich die neosowjetischen Revisionsversuche Russlands, behandelt. Statt der Pflicht zum Schutz der Menschenrechte und der russischen Bevölkerung soll es sich bei der der Krim-Annexion um die Absicht der russischen Führung unter Präsident Putin handeln, Russland als Quasi-Sowjetunion zu restaurieren und wieder eine Großmachtrolle einzunehmen. Diese Erklärung für die Krim-Annexion wird insbesondere auf westlicher Seite vertreten. Dass es sich um eine geplante Strategie von Putin handelte, soll durch die aktive Unterstützung separatistischer Kräfte im Osten und Südosten der Ukraine durch Russland untermauert werden (vgl. Pradetto 2014:31).

Die „neosowjetischen Revisionsversuche“ als Motiv Russlands für die Krim-Annexion beruht auf der Annahme, dass der Zerfall der Sowjetunion und der damit eingehende Verlust der Ukraine für Russland nicht leicht zu verkraften war. Ein relativ großer Teil der Moskauer politischen Elite konnte sich vom Syndrom des „Großmacht-Denkens“ nicht lösen und zeigte

Inaktivität hinsichtlich der Wahrnehmung neuer, unabhängiger Staaten, einschließlich der Ukraine, als gleichberechtigte Partner (vgl. Koval' / Semenov 1997: 136).

Besonders bemerkbar wurde dies in der Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der nach Boris Jelzin zum zweiten Präsident der Russischen Föderation nach 1991 wurde. Sehr bald nach seinem Amtsantritt im Jahr 1999 fing Putin an, einen nationalistisch-imperialistischen Diskurs aufzunehmen. Äußerst deutlich wurde dies in seiner vom Fernsehen landesweit ausgestrahlten Rede im April 2005, in der er den Zerfall der Sowjetunion als „die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“ bezeichnete. Aus einem geopolitischen Standpunkt bedeutete nämlich der Zerfall der Sowjetunion für Russland eine Abschaffung der Pufferzone, welche früher durch die „befreundeten“ osteuropäischen Staaten gebildet wurde und für Russland erhebliche geopolitische Vorteile gewährte. Nicht nur schützte diese Pufferzone Russland vor Eroberung bzw. möglichen Angriffen aus westlicher Richtung, sondern sorgte gleichzeitig für die Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs weit nach Westen. Aufgrund des Zerfalls der Sowjetunion schrumpfte Russland auf sein Gebiet aus vorkommunistischer Zeit zurück und ließ es aufgrund des Verlusts der Ukraine gegenüber dem Westen offen (vgl. Androsch/Ruttensteiner-Poller 2016: 4).

Die Sichtweise, dass es sich bei der Krim-Annexion um Putins Kurs in die Richtung der Revision der größten geopolitischen Katastrophe handelte, soll durch Putins Neoimperialismus und sein „national-ethnische[s], historisch-romantisierende[s] oder gar mythologisch-verklärende[s]“ (Dembinski/Schmidt/Spanger 2014: 3) Argumentationsmuster bestärkt werden, welches vor 2005 im offiziellen Diskurs noch abwesend war.

Russlands führender Außenpolitik-Experte und Direktor des Carnegie Moscow Center²⁴ Dmitri Trenin charakterisierte die russische Außenpolitik, die auf der Wiedererlangung ihrer Stärke im globalen Spektrum abzielt, folgendermaßen:

²⁴ Carnegie Moscow Center als ein regionales think tank und Forschungszentrum in Russland gehört mit fünf weiteren Regionen zum globalen Netzwerk von Politikforschungszentren Carnegie Endowment for international Peace, siehe unter <http://carnegieendowment.org/>

Russia has been defining itself as a self-standing great power with global reach. Its current ambition is to become a full-fledged world power, one of a handful of more or less equal key players in the twenty-first century global system. Seen from that perspective, the former imperial borderlands of Russia are deemed to be both elements of its power center and a cushion to protect Russia itself from undesirable encroachments by other great powers. (Trenin 2009a: 4).

Laut Trenin spielten daher die Grenzländer des ehemaligen russischen Imperiums im Rahmen der russischen außenpolitischen Strategie eine zentrale Rolle. Ein weiteres Ziel der stärkeren geo- und machtpolitischen Orientierung Russlands unter der Führung von Putin war die Wiederherstellung der „Würde der Nation“, wobei die legitimen Interessen Russlands berücksichtigt wurden. Russland sollte wieder seinen Einfluss in den ehemaligen Staaten der Sowjetunion, eine globale Machtstellung sowie Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte in internationalen Angelegenheiten gewinnen. Aufgrund der militärischen Stärke des Westens und der eigenen Schwäche bezüglich der militärischen Ressourcen verfolgte Russland diese Zielsetzungen durch die Stärkung seiner Wirtschaft und den Aufbau einer strategischen Energiepolitik, die auf dem Reichtum seiner natürlichen Ressourcen, Öl und Gas, basierte (vgl. Pradetto 2014: 39). Dies war eine starke Wende Putins von der Politik seines Vorgängers Boris Jelzin, der während der 90er Jahre noch die Integration mit dem Westen angestrebt hatte. Dies wurde unter der Führung Putins endgültig aufgegeben wurde (vgl. Trenin 2009b: o.S.).

„Die Rückkehr Russlands als eines aktiven und vollwertigen Akteurs in Weltpolitik, Weltwirtschaft und Finanzwelt“ (Dembinski/Schmidt/Spanger 2014: 5) wurde auch in Putins Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 offiziell verkündet. In dieser Rede stellte Putin Russland als Gegenpol zum Westen dar und beanspruchte die Geltung Russlands als Großmacht (ebd.: 4f.).

Einen Beweis für den revisionistischen Kurs von Russland soll auch das russische Verhalten während des Georgienkrieges im Jahre 2008 und die Anerkennung der abtrünnigen Provinzen Südossetien und Abchasien bilden. Der georgische Angriff auf Südossetien, auf welchen Russland im August 2008 mit dem Einsatz seiner Friedenstruppen reagierte, soll bestätigt haben, dass Russland das „nahe Ausland“ wieder in sein Machtzentrum integrieren möchte (vgl. Richter 2014: 5).

Im Georgienkrieg ging es zunächst um Südossetien, ein kleines Gebiet im Kaukasus an der Grenze zu Russland. Der Zerfall der Sowjetunion führte zum Streit über die Zugehörigkeit dieses Territoriums, welches völkerrechtlich Georgien zugeordnet wurde. Südossetien strebte jedoch seine Sezession von Georgien an. In der Nacht vom 7. auf den 8. August 2008 griffen georgische Truppen Südossetien an. Die georgischen Truppen wurden jedoch von russischen Einheiten zurückgeschlagen, die im Rahmen der Verstärkung stationierter internationaler „Friedenstruppen“, an denen auch Russland beteiligt war, in den Krieg interveniert hatten. Der russisch-georgische Krieg dauerte fünf Tage und endete mit einem Patt (vgl. Kronauer 2014: 74). Russland begründete seine Intervention im Georgienkrieg durch seine Pflicht zum Schutz der russischen bzw. russischsprachigen Bevölkerung, durch die Abwehr einer „humanitären Katastrophe“ sowie durch das Recht auf „Selbstbestimmung“ der kaukasischen Staaten Südossetien und Abchasien. Beide Staaten wurden international nicht anerkannt (vgl.: Dembinski/Schmidt/Spanger 2014: 7).

Die russische Invasion in Georgien wird auch mit russischen Bestrebungen in Verbindung gesetzt, Georgiens Vorhaben der NATO beizutreten, zu verhindern. Dabei wird angeführt, dass Russland in den Georgienkrieg einmarschierte und somit Georgiens Offensive zur Rückgewinnung der Kontrolle über den kaukasischen separatistischen Regionen Abchasien und Südossetien durchbrach, um Georgien schwach, geteilt und somit außerhalb der NATO zu halten (vgl. Mearsheimer 2014: o.S.).²⁵

An dieser Stelle ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass das russische Verhalten und die Argumentationsmuster Russlands im Rahmen des Georgienkriegs mehrere Ähnlichkeiten mit dem russischen Verhalten im Zuge der Krim-Annexion aufweisen. Ähnlichkeiten sind auch in den Reaktionen der Medien im Zusammenhang mit dem russischen Einsatz im Georgienkrieg und der Krim-Annexion durch Russland bemerkbar. Als Beispiel kann der am 18. August 2008 im Spiegel veröffentlichte Artikel unter dem Titel „Der gefährliche Nachbar. Wladimir Putin

²⁵ Diese Argumentationsweise fällt jedoch in die dritte Kategorie der Motive Russlands für die Krim-Annexion und wird daher im Kapitel 3.2.3 ausführlicher analysiert.

und die Ohnmacht des Westens“ angeführt werden, in dem von „Putins Kalten Krieg“ geschrieben wird (vgl. Kronauer 2014: 75).

Über den russischen Einsatz in Georgien berichtet der Artikel folgendermaßen: „Der Westen empört sich über den Akt imperialer Willkür in Georgien - und offenbart so seine Ohnmacht. Russland betrachtet den Kaukasus als seine Einflussosphäre und beansprucht Ebenbürtigkeit mit der Weltmacht Amerika.“ (Darnstädt u.a. 2008: o.S.) Zusätzlich zu russischen Ansprüchen auf eine Großmachtposition neben den Vereinigten Staaten wird angeführt, dass Russland den Verlust seines Supermachtstatus nie verkraftete. Via Georgien teilte Putin dem Westen somit mit, dass Russland zurück auf der Weltbühne ist, nach neuer Macht strebt und die Bedingungen seiner Integration in die neue Weltordnung selbst bestimmen will (vgl. ebd.).

Der russische Einsatz auf der Halbinsel Krim kann dabei als Zeichen dieses Machtstrebens gewertet werden. Die Ukraine und die gesamte Region, in der sie sich befindet, stellt eine wichtige Sphäre der strategischen Interessen Russlands dar. Durch die Ukraine verlaufen wichtige Transitwege in der Form von Gas- und Ölpipelines sowie Auto- und Eisenbahnen, die Russland mit Mittel- und Westeuropa verbinden. Außerdem erhält Russland über die Ukraine den kürzesten Zugang zum Balkan, zum Mittelmeer und zum Dnjestr-Gebiet; Regionen, in denen Russland seine Präsenz erhalten will (Koval' / Semenov 1997: 136; ARTE 2005: o.S.). Wolfgang Richter stellt die Krim-Annexion durch Russland nicht nur mit der Ukraine selbst sondern auch mit der strategischen Wichtigkeit der Halbinsel für Russland in Zusammenhang. Die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte²⁶ sowie der Marinestützpunkt Sewastopol auf der Krim spielen nämlich eine zentrale Rolle für die Südkomponente der maritimen Strategie Russlands. Auf der Krim sind etwa 70% der Schwarzmeerflotte, strategisch wichtige Flug- und Übungsplätze, Logistik und Sanitätszentren, Radar- und Kommunikationsanlagen stationiert. Außerdem stellt die Schwarzmeerflotte auf der Krim Russlands Zugang zum Mittelmeer sicher und verstärkt somit seine wirtschaftspolitische Einflussnahme im Nahen

²⁶ Die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim wurde 1783 durch die russische Zarin Katharina II. gegründet. Die Russen verteidigten ihren Flottenstützpunkt unter anderem gegen die Osmanen 1787 sowie gegen die Franzosen und Briten während des Krim-Krieges 1853 und 1856. Nach der Auflösung der Sowjetunion wurde die russische Flotte mit der Ukraine aufgeteilt, wobei Russland den Kern der Flotte behielt (vgl. Klußmann 2014: o.S.).

Osten sowie Nordafrika. Die Halbinsel Krim und ihre strategische Lage zum Schwarzen Meer ist daher für Russland von erheblicher Bedeutung (vgl. Richter 2014: 5).

In diesem Zusammenhang ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass das Schwarze Meer mit dem Zerfall der Sowjetunion auch für westliche Energiefirmen und das Militär stark an Bedeutung gewonnen hat. Dies drückte sich im Bau von Gas- und Ölpipelines vom Kaspischen Meer in die Richtung Westen aus. Deren Ziel war eine neue Alternative für die westliche Energieversorgung durch Russland zu schaffen. Russland reagierte auf die neuen westlichen Pipelines, die mit Hilfe von US-Energiekonzernen gebaut wurden, mit seinen eigenen Pipeline-Projekten, so wie z.B. dem Blue Stream, der seit 2005 die Türkei mit russischem Gas versorgt. Außerdem gewannen am Schwarzen Meer auch weitere wichtige globale Player an Bedeutung: einerseits die EU durch ihre Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien, andererseits die NATO, die zusätzlich durch die Türkei den Zugang zum Schwarzen Meer herstellte (vgl. Heyden 2015: 117f.).

Aus diesem Grund ist es wesentlich, bei der Krim-Annexion auch die Verbindung mit der strategischen Wichtigkeit der Krim für Russland zu berücksichtigen. Die Schwarzmeerflotte garantierte Russland nämlich, einen Einfluss bei dem Machtspiel um das Schwarze Meer zu erhalten. Im Jahr 1997 unterschrieben der russische Präsident Boris Jelzin und sein ukrainischer Amtskollege Leonid Kutschma „das Abkommen über den Status und die Aufenthaltsbedingungen der Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation auf dem Territorium der Ukraine“. In dieser für 25 Jahre geltenden Vereinbarung wurde festgesetzt, dass Russland seine Truppenstärke auf der Krim der Ukraine jährlich zu melden hat. Außerdem wurde die russische Flotte zur Hochachtung der ukrainischen Souveränität und Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine verpflichtet (vgl. Klußmann 2014: o.S).

Im Jahr 2010 unterschrieben der russische Präsident Dmitri Medwedew und sein ukrainischer Amtskollege Wiktor Janukowytsch die neue „Charkower Vereinbarung“, durch die sich Russland die Nutzung des Hafens und die Flottenstationierung auf der Krim bis 2042 sicherte (vgl. Klußmann 2014: o.S). Trotz der vertraglichen Regelungen über die Schwarzmeerflottenstationierung nahm Russland diese nicht als garantiert an. In diesem

Zusammenhang ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass im Zuge des Georgien Krieges 2008 der ukrainische Präsident Juschtschenko damit drohte, das Schwarzmeerflottenabkommen zu kündigen (vgl. Richter 2014:5). Eine neue westlich-orientierte ukrainische Regierung könnte dementsprechend die strategische Position der russischen militärischen Stärke wieder gefährden. Der Beitritt der Ukraine in die NATO würde nämlich aus dem Schwarzen Meer ein „NATO-Meer“ machen, da es ohnehin schon von drei NATO-Staaten und den NATO-Kandidaten Georgien und der Ukraine umgeben ist. Was das dann für Russland bedeuten würde, fasste Wolfgang Richter folgendermaßen zusammen: „Die Schwarzmeerflotte hielt sich dann als „Gast“ auf NATO-Gebiet auf, ihre Operationsfreiheit wäre eingeschränkt, Russland strategisch vom Süden her eingeschnürt.“ (Richter 2014:5)

Diese Ansichtweise leitet auch schon auf das nächste Motiv Russlands für die Krim-Annexion über, bei welcher nicht nur die Rolle der NATO, sondern die allgemeine Expansion des Westens nach Osten und in die unmittelbare russische Interessensphäre zentral ist.

3.2.3 Expansive Politik des Westens

Die letzte Kategorie, welche als ein Motiv Russlands für die Krim-Annexion erarbeitet wurde, basiert auf der Argumentationsgrundlage, dass der Westen eine verstärkt expansive Politik betrieb, welche gegen russische Interessen gerichtet war und die russische Stimme in der internationalen Weltordnung ignorierte. So behauptet Wolfgang Richter, dass es zu kurz greift, die Erklärung der Krim-Annexion lediglich in einem neosowjetischen Revisionismus zu suchen. Das Motiv Russlands für die Annexion der Krim besteht demgegenüber in seiner Defensive gegenüber einer westlichen Vorwärtsstrategie, durch die Russland seine Sicherheitsinteressen als gefährdet empfand. Dieser Ansicht nach haben westliche Staaten zur Entwicklung einer Bedrohungsperzeption Russlands beigetragen, indem sie internationale Sicherheitsvereinbarungen marginalisiert oder umgangen haben (vgl. Richter 2014: 1).

Während einige Autoren besonders auf die Verantwortlichkeit der NATO für das russische Vorgehen während der Ereignisse in der Ukraine hinweisen, beschäftigen sich andere vorwiegend mit der Rolle der EU im Hinblick auf Krim-Annexion bzw. verbinden die Rolle dieser beiden Institutionen miteinander. Beide Argumentationsmuster weisen jedoch

Gemeinsamkeiten auf, die das Ende des Kalten Krieges thematisieren. Demnach führte die Zeitwende um 1990 zu einer polarisierenden Machtverschiebung in Europa. Trotz der Intention eine neue kooperative und freundliche Sicherheitskooperation zwischen dem Westen und dem Osten zu schaffen, wurde nämlich nicht beiden Seiten, in diesem Fall Russland, in bestimmten sicherheitsbezogenen Fragen in ausreichendem Ausmaß entgegengekommen. Tatsächlich kam es nicht nur zu einer mehrfachen NATO-Ostweiterung, sondern auch zu der Erweiterung der Europäischen Union. Die Erweiterungspolitik legitimierten die westlichen Bündnisse als logische Folge ihres Sieges über den Kommunismus und die dadurch vorangetriebene Demokratisierung osteuropäischer Staaten (vgl. Hacke 2014: o.S.).

Um die expansive Politik des Westens als Motiv Russlands für die Krim-Annexion analysieren zu können, wird zunächst der Blick auf die traditionelle Beziehungskonstellation zwischen dem Westen und Russland sowie den Einfluss, den das Ende des Kalten Krieges hatte auf die gegenseitigen Beziehungen hatte, gerichtet. Darauf folgend wird auf die hegemoniale Position der USA und die Bedeutung der Ukraine eingegangen. Zuletzt werden die potentiellen Konfliktfelder zwischen der NATO und der EU mit Russland, herausgearbeitet. Ein besonderer Fokus wird dabei auf die Ost-Erweiterung seitens der NATO sowie der EU gestellt sowie die Reaktionen Russlands darauf.

3.2.3.1 Beziehungskonstellation zwischen Russland und dem Westen

Die Sichtweise, dass die Krim-Annexion auf der expansiven Politik des Westens beruht, hat nach der Meinung von August Pradetto (2014:31) ihre Wurzel in der Begegnung der Konfliktfelder zwischen dem Westen und Russland, nämlich der Identität und Geopolitik. Um dies zu erklären, ist der Rückblick auf das traditionelle Beziehungssystem zwischen dem Westen und dem Osten erforderlich.

Seit dem ersten Weltkrieg waren die Beziehungen zwischen dem Westen und dem Osten von der gegenseitigen Konkurrenz geprägt, wobei bei beiden Seiten die Politik der Abgrenzung und Exklusivität überwog. Ihre eigenen Identitäten festigten beide Parteien auch mittels Zuteilung negativer Images. Die gegenseitige Erzeugung von Feindbildern über die „Anderen“ diente auch der Mobilisierung politischer Unterstützung und Ressourcen zur Durchsetzung der

eigenen Interessen und Ziele, zu denen beispielsweise Kriege gehörten. Das 20. Jahrhundert und die katastrophalen Folgen der beiden Weltkriege zeigten jedoch, dass „die Anderen“ nicht eliminiert werden können und sie lernen müssen, miteinander u.a. aufgrund ihrer geographischen Nähe umzugehen. Mit der Auflösung der Sowjetunion und des gleichzeitigen Zusammenbruchs der kommunistischen Systeme in Osteuropa fingen schließlich beide Seiten an, sich um integrative Entwicklungen und eine Kooperation zu bemühen. Dies wurde durch die allmähliche Etablierung von Institutionen des Interessenausgleichs sowie wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Kooperation bemerkbar (vgl. Pradetto 2014: 31, 35ff.).

3.2.3.2 Hegemoniale Rolle der USA

Um konfliktfrei kooperieren zu können, wird jedoch auch ein relatives Gleichgewicht zwischen den einst großen Rivalen und damaligen Feinden benötigt. Dass die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges durch einen unipolaren Moment der USA gekennzeichnet wurde, führte dementsprechend nicht dazu, dass die Konfliktfelder zwischen dem Westen und dem Osten endgültig beseitigt wurden. Brzezinski, der auch noch unter dem US-Präsidenten Barack Obama über einen beträchtlichen Einfluss im außenpolitischen Establishment der USA verfügte, entwickelte in seinem Werk „The Grand Chessboard“ (1997) die geopolitische Strategie der USA als der einzigen globalen Supermacht. Damit die Vereinigten Staaten ihre Position als die alleinige Weltmacht gegenüber ihren künftigen Rivalen, der Volksrepublik China und möglicherweise der EU behalten können, sei ihre Kontrolle über „Eurasien“ zentral (Kronauer 2014: 59).

Dass Eurasien ein mögliches Konfliktfeld mit Russland darstellt, wird bereits aus der Definition „Eurasien“ deutlich. „Eurasien bezieht sich [...] auf eine geographische, ethnische und kulturelle Identität Russlands, die [...] von der russischen Politik entwickelt und gefördert werden soll.“ (Kaiser 2003: 81) In das Gebiet „Eurasien“ fallen die Länder der ehemaligen Sowjetunion mit zusätzlichen Teilen der Mongolei, China, des Kaukasus und des nördlichen Irans. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde im Allgemeinen der Sinngehalt von Eurasien mehr und mehr mit der realpolitischen Interessensphäre der Sowjetunion identifiziert. Viele Autoren stellen den eurasischen Raum auch mit dem Raum des „nahen Auslands“ von Russland bzw. der von Russland beanspruchten Einfluss- bzw. Interessenszone gleich (vgl. Kaiser 2001: 3, 5).

In Brzezinskis Buch „The Grand Chessboard“ stellt gerade Eurasien ein wichtiges Schachbrett dar, auf dem der Kampf um die globale Vorherrschaft in Zukunft ausgetragen werden wird. Bei dem Kampf um Eurasien spielt auch Westeuropa eine wichtige Rolle. So führt Brzezinski aus, dass die NATO die wichtigsten (bzw. die produktivsten und einflussreichsten) europäischen Staaten an die USA binden wird, wodurch die Vereinigten Staaten selbst eine wichtige Stimme in innereuropäischen Angelegenheiten gewinnen. Den Kampf um Eurasien verbindet Brzezinski auch mit der Osterweiterung Europas. Durch die Osterweiterung sei die Einbeziehung immer weiterer Staaten in die bestehenden westlichen Bündnisse, also in die NATO und in die EU möglich. Dies schafft wiederum die Voraussetzung dafür, immer weiter in Eurasien einzudringen und diesen Raum dauerhaft zu kontrollieren (Kronauer 2014: 59).

Die Unabhängigkeit der Ukraine stellt daher für die USA eine erhebliche geopolitische Veränderung und im Hinblick auf Brzezinskis Sichtweise über Eurasien eine große strategische Chance dar. Laut Brzezinski war der russische Verlust der Ukraine zentral für die Sicherung der globalen Hegemonie der USA. Das geostrategische Ziel der USA, den eurasischen Raum zu kontrollieren und eine größere NATO im Sinne ihrer Erweiterung zu bilden, konnte nun mithilfe der Ukraine und ihrer potentiell reichen industriellen und agrarischen Wirtschaft, bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer ermöglicht werden. Die Ukraine stellte Brzezinski's Meinung nach einen geopolitischen „Dreh- und Angelpunkt“ dar, weil ohne die Ukraine ein Versuch Moskaus drohen könnte, das eurasische Reich wiederaufzubauen. Die Ukraine ist aus Brzezinskis Sicht somit zentral dafür, Russlands Aufstieg zu neuer Größe nachhaltig zu verhindern (vgl. Kronauer 2014: 60).

3.2.3.3 Rolle der NATO

Um die Rolle der expansiven Politik des Westens im Sinne der NATO-Osterweiterung sowie der Dominanz dieses Bündnisses als Motiv Russlands für die Krim-Annexion zu verstehen, wird im Folgenden auf das Ende des Kalten Krieges Bezug genommen, welches die Grundlage für diese Sichtweise bildet. Diese Sichtweise basiert grundsätzlich auf der Annahme, dass nach dem Kalten Krieg zwischen den russischen und US-amerikanischen Präsidenten vereinbart wurde, dass die NATO ihre Grenzen nicht weiter nach Osten verschieben wird. Zunächst gingen die russischen Staatsvertreter davon aus, dass ihre Bedenken auch von den westlichen

Diplomaten verstanden wurden. Mit der Regierung unter Bill Clinton wurde jedoch das Gegenteil vorgezogen und zwar wurde Mitte der 90er Jahre begonnen, darauf zu drängen, das NATO Bündnis zu expandieren (vgl. Mearsheimer 2014: o.S).

Die republikanische US-Regierung unter George Bush Senior (1989-1993) stand einer Erweiterung der NATO noch zurückhaltend gegenüber. Erst mit der internationalistisch positionierten Administrative von Bill Clinton (1993-2001) wurde die Erweiterung angestrebt. Die erste NATO-Erweiterung 1999 umfasste Tschechien, Polen und Ungarn, die zweite NATO-Erweiterung erfolgte 2004 und nahm neben der Slowakei, Bulgarien, Rumänien und Slowenien mit den baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland erstmals auch Gebiete der ehemaligen Sowjetunion auf. Russland stand diesen ersten zwei NATO-Erweiterungsrunden nicht sorglos gegenüber und wies auf die Missachtung der russischen Sicherheitsinteressen hin (vgl. Hacke 2014: o.S)

Die ersten Überlegungen zur Osterweiterung und die damit verbundenen russische Bedenken wurden anfangs mit dem Angebot einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland kompensiert. So wurde 1997 das Verhältnis mit Russland in einem Abkommen, der „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit“ geregelt. Für die fortdauernde Zusammenarbeit wurde damals der „Ständige Gemeinsame NATO-Russland-Rat“ geschaffen, aus welchem 2002 der „NATO-Russland-Rat“ entstanden ist. Jedoch wurde für Moskau immer deutlicher, dass diese Kompensationsangebote praktisch nichts bedeuteten. Russland wurde in die Entscheidungsfindung nicht einbezogen und seine Interessen wurden nicht berücksichtigt. Neben dem Kosovo-Krieg können als Beispiel die seit 1999 in den USA diskutierten Pläne für ein neues Raketenabwehrsystem, das vor allem in Polen und Tschechien installiert werden sollte, dienen. Nicht nur war Russland in diese Gespräche nicht eingebunden, sondern trug diese Vorgehensweise auch zu seinem Gefühl bei, dass diese Maßnahmen gegen die Interessen Russlands gerichtet sind (vgl. Krone-Schmalz 2015: 105).

Auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz 2007 äußerte der russische Präsident Putin seine Sicherheitsbedenken bezüglich des Prozesses der NATO-Osterweiterung sowie des dominanten unilateralen Verhaltens der Vereinigten Staaten (Dembinski/Schmidt/Spanger 2014: 6) folgendermaßen:

Ich denke, es ist offensichtlich, dass der Prozess der NATO-Erweiterung keinerlei Bezug zur Modernisierung der Allianz selbst oder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa hat. Im Gegenteil, das ist ein provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt. Nun haben wir das Recht zu fragen: Gegen wen richtet sich diese Erweiterung? Und was ist aus jenen Versicherungen geworden, die uns die westlichen Partner nach dem Zerfall des Warschauer Vertrages gegeben haben? Wo sind jetzt diese Erklärungen? An sie erinnert man sich nicht einmal mehr. Doch ich erlaube mir, vor diesem Auditorium daran zu erinnern, was gesagt wurde. Ich möchte ein Zitat von einem Auftritt des Generalsekretärs der NATO, Herrn Wörner, am 17. Mai 1990 in Brüssel bringen. Damals sagte er: „Schon der Fakt, dass wir bereit sind, die NATO-Streitkräfte nicht hinter den Grenzen der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.“ Wo sind diese Garantien? (Putin 2007: o.S.)

Die dritte NATO-Erweiterungsrunde, die auf Initiative der USA unter der Bush junior-Administration geplant wurde, sah u.a. auch die Aufnahme von Georgien und der Ukraine vor und forderte Russland zusätzlich heraus (Hacke 2014: o.S.). Trotz der Tatsache, dass sich die Ukraine in ihrer Souveränitätserklärung von 1990 für bündnisfrei und eine multivektorielle Außenpolitik erklärte, glich das Verhältnis der Ukraine zur NATO in der Wirklichkeit „[...] einer Berg- und Talfahrt.“ (Dembinski/Schmidt/Spanger 2014: 14). Die Ukraine trat frühzeitig und als erster der GUS-Staaten dem Programm „Partnerschaft für den Frieden“²⁷ der NATO bei. Am 16. September 1995 wurde in Brüssel das Individuelle Programm für die Partnerschaft NATO-Ukraine vom Nordatlantokrat offiziell genehmigt und 1997 wurde die NATO-Ukraine-Charta²⁸ unterzeichnet (vgl. Koval‘/Semenov 1997: 135; Dembinski/Schmidt/Spanger 2014: 14).

Eine Reaktion Russlands auf die geplante dritte NATO-Osterweiterungsrunde sahen Androsch und Ruttensteiner-Poller (2016: 5) in dem Georgienkrieg. So behaupten sie zwar zunächst in ihrem Artikel, dass der Konflikt mit Georgien über die Regionen Südossetien und Abchasien „der erste Schritt Putins auf seinem auf territoriale Restauration des russischen Einflussbereichs abzielenden Weg“ war. Jedoch fügen sie hinzu, dass es auch ein Warnsignal an die NATO war, ihren Machtbereich nicht noch weiter nach Osten auszudehnen. Als Wurzel hinter dem

²⁷ Die Partnerschaft für den Frieden erlaubte den nicht NATO-Ländern bzw. den sog. „Partnern“ Informationen mit den NATO-Verbündeten auszutauschen und ihre Streitkräfte im Einklang mit modernen demokratischen Standards zu modernisieren. Die Partner wurden ermutigt, ihr eigenes Maß an deren Beteiligung in der Allianz zu bestimmen (Domaradzki 2014: 269). Die aktive Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden wurde als Voraussetzung für die künftige Mitgliedschaft festgesetzt, wobei jedoch die Zusammenarbeit keinen Anspruch auf eine spätere Aufnahme begründen sollte (vgl. Broer 1997: 306)

²⁸ Die NATO-Ukraine Charta ist das grundlegende Dokument, das den rechtlichen und institutionellen Rahmen der gegenseitigen Beziehungen, einschließlich Bereiche der Konsultation und Zusammenarbeit, definiert. (Domaradzki 2014: 269)

aggressiven Handel Russlands sehen Androsch und Ruttensteiner-Poller den territorialen Verlust, welchen die Auflösung der Sowjetunion Russland verursachte. Mit der Aufnahme früherer „Bruderstaaten“ wie Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien sowie sogar ehemals sowjetischer Gebiete wie den baltischen Staaten in die NATO, standen nur mehr Weißrussland, Moldawien und die Ukraine zwischen der NATO und Russland (vgl. Androsch/Ruttensteiner-Poller 2016: 5).

Der NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens scheiterte allerdings im Rahmen des NATO-Gipfels 2008 in Bukarest. Die Aufnahme Georgiens stieß auf den Widerstand Deutschlands und Frankreichs, die auf die ungelösten Territorialkonflikte Abchasien und Südossetien verwiesen. Die Nicht-Aufnahme der Ukraine wurde durch die fehlende Unterstützung ukrainischer Bevölkerung²⁹ begründet. Der Bukarest Gipfel ließ jedoch die Frage rund um die Aufnahme von Georgien und der Ukraine in die NATO offen. Es wurde weder die Möglichkeit einer Mitgliedschaft der Ukraine und Georgien in der NATO ausgeschlossen, noch ein konkretes Datum über weitere Schritte genannt (vgl. Dembinski/Schmidt/Spanger 2014: 14).

Im Hinblick auf diese offene Frage äußerte sich der damalige russische Außenminister Alexander Grushko folgendermaßen: „Georgia’s and Ukraine’s membership in the alliance is a huge strategic mistake which would have most serious consequences for pan-european security.“ (vgl. John/Solovyov 2008: o.S.) Zu diesem Thema teilte auch Putin seine dezidierte Meinung mit, in der er die Aufnahme dieser zwei Staaten als „direct threat to Russia“ bezeichnete. (vgl. Mearsheimer 2014: o.S.)

August Pradetto (2014) sieht jedoch nicht nur die NATO-Osterweiterung als Wurzel der erneuten Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. Er behauptet, dass der Zustand der gegenseitigen Konkurrenz und Gegnerschaft nach dem Kalten Krieg zwar anfangs relativiert wurde, jedoch nicht ganz abgeschafft war. Die Außenpolitik beider Seiter war weiterhin durch negative Perzeptionen und

²⁹ In der Ukraine wurde ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO durchgeführt. In dem Referendum stimmten nur 10% der Befragten uneingeschränkt für den NATO-Beitritt, 45% sprachen sich strikt dagegen aus (vgl. Dembinski/Schmidt/Spanger 2014: 14)

Abgrenzungsmaßnahmen geprägt. Diese Abgrenzungsmaßnahmen konnten beispielsweise in der Stilisierung der NATO zur „einzig funktionierenden Sicherheitsorganisation“ auf dem europäischen Kontinent bemerkt werden, wobei Russland aus diesem Sicherheitsbündnis exkludiert wurde. Russland erhielt lediglich einen Platz bei dem Russland-NATO-Rat, wo jedoch „[...] vor allem jene Themen besprochen werden sollten, bei denen Russland der NATO nützlich sein konnte.“ Außerdem wurden jegliche russischen Vetos im Sicherheitsrat seitens Westens als „Blockade“ und die Haltung Russlands als „demokratiedefizitär“ charakterisiert. Aus diesem Grund setzte Russland allmählich den Westen mit dessen „imperialistischen Tradition“ gleich, gegen die es sich wehren musste (vgl. Pradetto 2014: 36f., 38f.).

Russlands Bedenken zur expansiven Rolle der NATO spiegelten sich auch in der offiziellen Sicherheitspolitik Russlands wider, welche durch Russlands Militärdoktrin evaluiert werden kann (vgl. Haas 2011: 1). Ab den 1990er Jahren drückte sich die verschlechternde Beziehung Russlands mit dem Westen in der allmählichen Entwicklung der Militärdoktrin der Russischen Föderation und in deren folgenden Anpassungen aus. Es erschienen unter anderem neue Aufsätze über „die Einmischung in die internen Angelegenheiten der Russischen Föderation; die Erweiterung der militärischen Blocks und Allianzen; Versuche, die russische Interessen in der Lösung internationaler Sicherheitsprobleme zu ignorieren“, die öfter auch als „threats to Russia’s security“ bezeichnet wurden. Zudem wies die verwendete Sprache auf eine Verschlechterung der Beziehung hin, indem sie das Gefühl vermittelte, von den Feinden umgeben zu sein. Ein weiteres Indiz für die Zuspitzung der Beziehungen Russlands mit dem Westen war das allmähliche Verschwinden der Erwähnung von internationalen militärischen Kooperation, insbesondere der Kooperation mit der NATO, aus den militärischen Doktrinen (vgl. Haas 2011: 5).

Besonders deutlich wird die Veränderung der Einstellungen Russlands in der Militärdoktrin der Russischen Föderation vom Jahr 2010. Unter der Aufzählung der NATO als externe militärische Gefahr an erster Stelle wurden in der Militärdoktrin folgende externe militärische Gefahren genannt:

- die weltweiten Einsätze der NATO (abgesehen von ihrer Verteidigungsfunktion und außerhalb des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen),

- das Streben der NATO nach Verstärkung ihres Machtpotentials mit globalen Funktionen, die als Verletzung des Völkerrechts und der UN-Charta bewertet werden,
- die Annäherung der militärischen Infrastruktur der NATO-Truppen an die Grenze der Russischen Föderation (z.B. der Aufbau eines strategischen Raketenabwehrsystems, das die globale Stabilität unterminiert),
- internationale Versuche, die Lage in individuellen Staaten/Regionen zu destabilisieren und somit die strategische Stabilität zu unterminieren
- der Aufbau von ausländischen Truppen auf den Territorien von den an Russland und seinen Verbündeten benachbarten Staaten (vgl. Schneider 2015: 2; Haas 2011: 41).

In der Militärdoktrin der Russischen Föderation, die am 5. Februar 2010 veröffentlicht wurde, stellt Klein (2015) eine weitere Veränderung fest. Im Vergleich zu den vorherigen Militärdoktrinen (aus den Jahren 2000, 2003 und 2003-2008) wurde anstelle der „militärischen Gefahren“ der stärkere Begriff der „militärischen Bedrohungen“ verwendet. Während die militärischen Gefahren „lediglich“ eine potentielle Vorstufe für externe militärische Bedrohungen darstellen, können die militärischen Bedrohungen zu einem realen bewaffneten Konflikt führen (vgl. Klein 2015: 1).

Koval' und Semenov führten bereits im Jahr 1997 an, dass die Pläne der NATO, ihre Einflussosphäre durch die Aufnahme einiger mittel- und osteuropäischer Länder zu erweitern, zu einer schweren Krise in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen, sogar zu einer ersten derartigen Krise nach Ende des Kalten Krieges, führen können (vgl. Koval'/ Semenov 1997:163). Die Öffnung oder Erweiterung des Nordatlantikpaktes nach Osten widersprach nämlich den russischen Sicherheitsinteressen auf ganzer Linie (vgl. Hacke 2014: 2). Insgesamt wurde von russischer Seite an mehreren Anlässen vermittelt, dass die Erweiterung westlicher Organisationen, von Russland nicht begrüßt wurden. Dies kam insbesondere in der Realpolitik Russlands zum Vorschein, insbesondere in Russlands Sicherheitspolitik, wobei des Öfteren das Bedrohungsgefühl geäußert wurde, dass Russland unter nachteiligen Bedingungen von militärischen Angriffen seitens Westens stehen könnte (vgl. Pradetto 2014: 38f.).

In diesem Sinn äußerte sich auch der russische Präsident Putin am 18. März 2014, also 3 Tage bevor die ukrainische Halbinsel Krim offiziell von Russland annektiert wurde:

“Let me note too that we have already heard declarations from Kiev about Ukraine soon joining NATO. What would this have meant for Crimea and Sevastopol in the future? It would have meant that NATO’s navy would be right there in this city of Russia’s military glory, and this would create not an illusory but a perfectly real threat to the whole of southern Russia.” (Putin 2014b: o.S.)

Die Bedenken Russlands sollten auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass EU- und NATO-Beitritt in vielen Ländern Hand in Hand einhergingen und daher der ukrainische Regime-Wechsel „[...] die russische Perzeption einer drohenden doppelten Erweiterung [...]“ erweckte (vgl. Lippert 2014:3). Obwohl die Annäherung der Ukraine an die NATO mit der Wahl des prorussischen Wiktor Janukowytsch zum Präsidenten im Jahr 2010 in den Hintergrund rückte (vgl. Dembinski/Schmidt/Spanger 2014: 15), gewann diese Frage durch die Entwicklungen in der Ukraine 2013, die Euro-Maidan Proteste und den Sturz des Präsidenten Janukowytsch, erneut an Aktualität. Der Euro-Maidan und die innenukrainischen Entwicklungen im Jahr 2013, welche als vom Westen inspirierte und finanzierte Proteste³⁰, die einen Regimewechsel erzielen wollten, dargestellt wurden, nahm Russland als eine weitere Ausdehnung von Einflussphären und „ein weiteres und definitives Heranrücken“ des Westens an die russischen Grenzen wahr. August Pradetto sieht die folgenden Entwicklungen³¹ und die darauffolgende Krim-Annexion als eine Chance für Russland, „[...] nicht mehr nur gegen die Expansion der anderen Seite zu protestieren, sondern auch selbst praktische Geopolitik zu machen [...]“ (Pradetto 2014: 45). Die Krim-Annexion sei nach dieser Ansicht letztendlich die russische Antwort auf die expansive Politik des Westens, die fortsetzende NATO-Osterweiterung, die sich bis an die russischen Grenzen vollziehen sollte sowie die westliche Unterstützung „farbiger Revolutionen“, deren Ziel der Regimewechsel in ehemaligen Republiken der Sowjetunion war (vgl. ebd.: 31, 44f.).

Heyden fasste die Krim-Annexion durch Russland folgendermaßen zusammen: „Dass es [Russland] sich die Krim zurückholte, war eine Antwort auf die NATO-Osterweiterung und die Furcht, nach dem Staatsstreich in Kiew auch noch die strategisch wichtige Flottenbasis auf der Krim zu verlieren.“ (Heyden 2015:34)

³⁰ Von Russland wurde öfters behauptet, dass es sich bei Maidan Demonstranten um Faschisten und rechtradikale Gruppen oder sogar Agenten des Westens handelte (vgl. Wergin 2014: o.S.).

³¹ August Pradetto (2014: 44) erwähnt unter anderem die Auftritte europäischer PolitikerInnen auf dem Maidan; die westlichen Versicherungen, dass die Ukraine bei ihrem NATO-Beitritt unterstützt sowie finanziell gefördert wird, den vom Westen unterstützten Machtwechsel in Kiew, die Unzufriedenheit im Osten und Süden des Landes über den westlichen Kurs der Übergangsregierung, die Unabhängigkeitserklärung des Parlaments auf der Krim sowie das darauf folgende Referendum auf der Krim über die Eingliederung in die Russische Föderation.

3.2.3.4 Rolle der EU

Für die expansive Politik des Westens, welche bei der Krim-Annexion Russlands von großer Relevanz ist, ist nach der Meinung von Wenger (2015) nicht nur die NATO, sondern auch die EU stellvertretend. Die Tatsache, dass Russland nicht mehr bereit war, die Ausweitung in „sein nahes Ausland“ zu tolerieren, kann anhand von zwei Konflikten beobachtet werden und zwar im Georgienkrieg und Ukraine Konflikt. Während Russland im Georgienkrieg die strategische Integration Georgiens in die NATO verhindern wollte, soll es sich im Ukraine Konflikt um die Verhinderung einer politisch-wirtschaftlichen Integration der Ukraine in die EU gehandelt haben. Insofern erklärt Wenger die völkerrechtswidrige Annexion der Krim mit der Absicht Russlands, die Integration der Ukraine in die westlichen Strukturen zu blockieren. Die Veranlassung sei dabei der Konflikt zwischen zwei nicht zu vereinbarenden politisch-wirtschaftlichen Integrationsprojekten zwischen dem Westen mit der EU auf der einen Seite und Russland mit der Eurasischen Union auf der anderen Seite gewesen, welche jeweils einen Einfluss in der zwischeneuropäischen Region anstrebten (vgl. Wenger: 2015: 2).

Betreffend die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU verfolgte die ukrainische Regierung unter der Führung von Leonid Kutschma nach Unabhängigkeit der Ukraine eine multivektorale Außenpolitik, die durch einen Kurs des Ausgleichs zwischen Russland und der EU gekennzeichnet war. In diesem Zusammenhang unterzeichnete die Ukraine 1994 die Vereinbarung über Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU (ein vorläufiges Partnerschafts- und Kooperationsabkommen). Im Jahr 1995 folgte der Abschluss eines individuellen Handelsabkommens mit Russland sowie einer befristeten Vereinbarung über den Handel mit der EU. Ebenfalls wurde im Herbst 1995 von der parlamentarischen Versammlung des Europarates der Beitritt der Ukraine zum Europarat beschlossen und zugleich folgte 1997 der Freundschaftsvertrag mit Russland. Aus diesen Entwicklungen geht hervor, dass wengleich der EU-Beitritt vom ukrainischen Präsidenten Kutschma als strategisches Ziel der Ukraine anvisiert wurde, es gleichzeitig zentral war, die Beziehungen mit Russland zu pflegen. So sollte darauf geachtet werden, dass die bilaterale Beziehung der Ukraine mit der EU nicht zur Gefährdung der guten Beziehungen zu Russland führt (vgl. Krone-Schmalz 2015: 122; Koval' / Semenov 1997: 135).

Nachdem aber Präsident Kutschma nach Ablauf seiner zweiten Amtsperiode nicht wiedergewählt werden durfte und 2005 Wiktor Juschtschenko sein Nachfolger wurde, betrieb dieser nicht mehr eine multivektorale Politik nach der Art seines Vorgängers. Stattdessen wurde eine ausschließliche Orientierung auf die EU propagiert und der NATO-Beitritt angestrebt. Dies geschah, obwohl sich laut Umfragen nicht einmal ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung für den Beitritt in die NATO aussprach (vgl. Krone-Schmalz 2015: 125).

Dass die Ukraine ein potentielles Konfliktfeld zwischen der EU und Russland darstellt, wurde gerade bei den ukrainischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 deutlich. Diese Präsidentschaftswahlen führten zum Ausbruch von Massenprotesten, die heutzutage als „Orangene Revolution“ bekannt sind und bei welchen die EU und Russland unterschiedliche Standpunkte im Hinblick auf den Wahlausgang vertraten. Zunächst ging Wiktor Janukowytsch als Sieger der Präsidentschaftswahl hervor. Die Orangene Revolution begann nachdem Vorwürfe über Wahlverstöße erhoben wurden, was zu Massenprotesten in Kiew führte. Die Proteste hielten länger als zwei Monate an, schließlich führten sie zur Wiederholung der Wahlen, deren Ausgang der Sieg des Oppositionskandidaten Wiktor Juschtschenko war. Die Präsidentschaftswahlen und die darauffolgende Orangene Revolution zog viel Aufmerksamkeit sowohl seitens der EU als auch seitens Russlands auf sich. Die EU, die anfänglich keinen „Hund im Kampf“ hatte, äußerte sich kritisch gegenüber dem ersten Wahlausgang, indem sie erklärte, dass die erste Wahlrunde nicht die internationalen Standards erfüllte. Schließlich spielte die EU, zusammen mit den USA, eine wichtige Rolle dabei, dass die Wahlen wiederholt werden, indem sie u.a. pro-Juschtschenko NGOs proaktiv finanzierten. Russland dagegen zog Janukowytsch als präferierten Präsidentschaftskandidaten vor. Dies drückte sich u.a. in dem Angebot größerer Gasförderungen seitens des russischen Erdgasförderungsunternehmens Gazprom, sowie 300 Millionen Dollar als Unterstützungsfond von russischen staatlichen Ressourcen an Janukowytsch aus. Im Gegensatz zu den kritischen Äußerungen der EU bezüglich der ersten ukrainischen Präsidentschaftswahl wurde diese von Russland als „demokratisch, frei, transparent und legitimiert“ bezeichnet und die Orangene Revolution von Putin als „nicht verfassungsgemäß“ kritisiert. Smith betrachtet die ukrainischen Präsidentschaftswahlen aus dem Jahr 2004 als ein Ereignis, in dem die konkurrierenden Regimepräferenzen zwischen der EU und Russland für die Ukraine zum Vorschein kamen (vgl. Smith 2015: 528f.).

Der Wahlsieg von Juschtschenko wurde von Russland als Ergebnis der westlichen Einflussnahme an der „Orangen Revolution“ wahrgenommen, während die ukrainische Bevölkerung auf dem Maidan-Platz aufgrund der Vermutung einer Wahlfälschung wochenlang protestierte. In den ursprünglichen Wahlen, während derer ein (bis heute noch ungeklärter) Giftanschlag an Wiktor Juschtschenko verübt wurde, ging der pro-russische Wiktor Janukowytsch mit einer knappen Mehrheit als Sieger hervor. Die darauffolgende Revolution wurde besonders in der Süd- und Ostukraine als westlicher Umsturzversuch bzw. westliche Einflussnahme an dem Regimewechsel angesehen. In der Regierungszeit des neugewählten Juschtschenko erreichten die ukrainisch-russischen Beziehungen ihren Tiefstand. Ein Indiz dafür stellt die russische Ankündigung dar, die Preise für die Erdgaslieferungen in die Ukraine anzupassen. Dieses Thema wurde wiederholt zwischen der ukrainischen und russischen Regierung diskutiert, ohne dass eine wirksame Lösung gefunden wurde und führte zu mehrfachen Lieferstopps von Erdgas in die Ukraine. Im Rahmen des Georgienkrieges 2008 drohte Juschtschenko Russland, einerseits damit, die russische Flottenbasis in Sewastopol auf der Krim bzw. der Schwarzmeerflotte den Durchgang zu blockieren. Gleichzeitig drohte er damit, den bis 2017 geltenden russischen Pachtvertrag für die Stationierung der Schwarzmeerflotte in Sewastopol nicht mehr zu verlängern (vgl. Krone-Schmalz 2015: 122, 125f.).

Aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage, die u.a. auf die Korruption innerhalb der politischen Führung zurückzuführen war, wurde 2010 die ukrainische Regierung mit den führenden Politikern Juschtschenko, Tymoschenko und Jazenjuk abgewählt (vgl. Pradetto 2014: 41). Bei der Wahl 2010 gelang es Janukowytsch von der Partei der Regionen gewählt zu werden. In seiner Antrittsrede wies er auf eine Änderung des Kurses von Juschtschenko hin, indem er die Ukraine als Verbindung zwischen Ost und West schilderte. Dies wurde bald auch im Rahmen seiner Politik erkennbar. Es wurden einerseits die im Jahre 2008 angefangenen Gespräche der Ukraine mit der EU über ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen fortgesetzt, andererseits wurde eine Annäherung an Russland veranlasst. Dies erfolgte u.a. durch die Verlängerung des konfliktgeladenen Pachtvertrags für die russische Schwarzmeerflotte auf der Krim bis 2042 und durch die von russischer Seite veranlasste Senkung des Gaspreises für die Ukraine. Außerdem verhandelte die Ukraine neben der EU auch

mit Russland über ein Freihandelsabkommen, das den Beitritt der Ukraine in eine gemeinsame Zollunion vorsah (Krone-Schmalz 2015: 131ff.).

Samokhvalov beurteilt die politische Vorgehensweise von Janukowytsch als pragmatisch und bezeichnet sie daher als „Europragmatismus“. Dies erklärt er anhand der Entwicklung des politischen Prozesses der Ukraine seit 1991, der durch konstante Schwankung und Wechsel zwischen zwei Paradigmen geprägt wurde. Beim Prozess der ukrainischen Staatenbildung dominierte diesbezüglich entweder die pro-unabhängige oder die pragmatische Bewegung. Während die pro-unabhängige Bewegung das Ende der ökonomischen Abhängigkeit der Ukraine von der Russischen Föderation und die Verankerung der nationalen Sicherheit durch die Anbindung an die Euro-atlantischen Institutionen anstrebte, sah der pragmatische Ansatz die strategische Kooperation der Ukraine mit Russland als wesentlichen Bestandteil für wirtschaftliches Wachstum und Prosperität der Ukraine. Von mehreren Beobachtern wurde jedoch die Art, mit welcher Janukowytsch seinen außenpolitischen Standpunkt vertrat, weniger als multivektoral sondern mehr als pro-russisch betrachtet (vgl. Samokhvalov 2007: 8ff.).

Dies sollte sich gerade in der Ukraine-Krise 2013 bestätigen. Der Beweggrund für die Eskalation der innenukrainischen Proteste auf dem Maidan-Platz war der Rückzug des regierenden ukrainischen Präsidenten Janukowytsch von dem schon festgelegten Assoziierungsabkommen mit der EU, welches am Ende November 2013 in Vilnius auf einem EU-Gipfel unterzeichnet werden sollte (vgl. Pradetto 2014: 42). Die Proteste sahen das Abkommen zur gleichen Zeit als „[...] Symbol für eine politische Richtungsentscheidung: für Russland oder für Europa.“ (Richter: 2014: 7) Daher ging es um die zentrale Frage, wie sich die Ukraine zwischen Europa oder Russland entscheiden wird³². Viele Akteure des Euromaidans griffen bei den Protesten auf die traditionellen Motive von Beitrittsaspiranten zurück. So wie auch bei den Staaten der EU-Osterweiterung vom Jahre 2004 betonten sie folgende Vorteile des Beitritts der Ukraine in die EU: eine „Abstützung der nationalen Demokratisierungsbemühungen, [...] Wohlstandmehrung durch Teilhabe am Binnenmarkt sowie Transfers aus dem EU-Budget und [...] mehr Sicherheit durch Zugehörigkeit zu einer

³² Neben dem Euro-Maidan, bei welchem Protestierenden den EU-Beitritt der Ukraine befürworteten bildete sich auch eine Gegenströmung zum Euro-Maidan. Diese sind auch als Anti-Maidan Proteste bekannt.

solidarischen politischen Gemeinschaft [...]“ (Lippert 2014: 2). Außerdem würde die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU eine Stärkung der internationalen Stellung und des Einflusses der Ukraine und die Befreiung von ihrer Vergangenheit und eine Sicherheitsgarantie für die Zukunft bedeuten (vgl. ebd.).

Nach der Meinung von Richter wies das Assoziierungsabkommen mit der EU eine erheblich geopolitische Bedeutung auf. Vorab initiierte die EU bereits Gespräche für eine Östliche Partnerschaft als Teilprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik³³ mit sechs Staaten im nahen Ausland von Russland, zu denen Weißrussland, Armenien, Aserbeidschan, Moldau, die Ukraine und Georgien gehörten. Das Ziel dieser Partnerschaft war die allmähliche Annäherung der erwähnten Länder und schließlich der Beitritt zur EU. Das EU-Freihandelsabkommen, welches die EU-Mitgliedschaft versprach, stand in exkludierender Konkurrenz mit der russischen Zielvorstellung einer Eurasischen Union und war daher mit dem russischen Vorhaben, seine Zollunion mit Kasachstan und Weißrussland zu erweitern, nicht im Einklang (vgl. Richter 2014.: 6f.).

Dass die Ukraine sowohl in der russischen Zollunion ein Mitglied wird als auch mit der EU ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet, waren miteinander unvereinbar Vorgänge. Vom Westen wurden die Bestrebungen Russlands im Zusammenhang mit der Eurasischen Union mit der Ukraine als Mitglied äußerst kritisch betrachtet. Dies wurde auch ausdrücklich vom EU-Kommissionspräsidenten Barroso im April 2011 erklärt (vgl. Krone-Schmalz 2015: 132ff.). Im Jahr 2013 wiederholte Barroso eine entsprechende Aussage: “What we have to be clear about is one country cannot at the same time be a member of a customs union and be in a ... free trade area with the European Union. This is not possible.“ (Barroso zit. nach Lewis/Croft 2013: o.S.)

³³ Die Europäische Nachbarschaftspolitik wurde von der EU im Jahr 2003 eingerichtet. Im Jahr 2008 wurde die Östliche Partnerschaft (ÖP) geschaffen, die so wie die Erweiterungspolitik der EU auf dem Export des EU-Regelwerks basiert. Der Fokus liegt auf dem Freihandel für Produkte aus Industrie und teils Landwirtschaft, der Wettbewerbspolitik und Sektoren wie Verkehr und Umwelt. Außerdem wird der Aufbau einer vertieften Demokratie angestrebt. Im Gegensatz zur Erweiterungspolitik der EU sieht die ÖP insbesondere die wirtschaftliche Integration und keine explizite Beitrittsperspektive vor (vgl. Lippert 2014: 2).

Im Jahr 2014 kommentierte der russische Außenminister Lavrov die Gründe der innenukrainischen Auseinandersetzung vom Jahr 2013 folgendermaßen:

Brussels told Ukraine to choose between the West and Russia. Everybody knows the root causes of the crisis: we were not being listened to, Kiev was forced into signing arrangements with the European Union, which had been drafted behind the scene and, as it eventually turned *out*, were undermining Ukraine's obligations on the CIS free trade area. When Viktor Yanukovich took a pause for a closer look at the situation, the Maidan protests were staged. Then there followed the burning tires, the first casualties and an escalation of the conflict. (Lavrov zit. nach Haukkala 2015 34)

Pradetto sieht auch hinter den Ursachen der Krim-Annexion die internationale Uneinigkeit zwischen dem Westen und Russland darüber, ob die Ukraine ein Bestandteil des Westens wird oder ihre neutrale Position zwischen Russland und dem Westen erhalten kann. Als Grundfehler sieht er die absichtliche „Geopolitisierung der Neugestaltung der post-bilateralen Ordnung.“ (Pradetto 2014: 51) und die Verminderung geopolitischer Vorsicht bei der Berücksichtigung der Interessen Dritter. Die EU-Nachbarschaftspolitik war gegenüber Osteuropa vorherrschend bilateral und ohne eine regional-multilaterale Strategie, in welche Russland einbezogen wäre, gestaltet. Dies wiederum führte zur Schwächung der russischen Identifizierung mit Europa und seiner Affinität zu internationalen Normen (vgl. ebd.: 49, 50ff.).

Haukkala (2015) analysiert den Konflikt in der Ukraine als Anhäufung der langfristigen Krise in den Beziehungen zwischen der EU und Russland. Als Grund dafür sieht er die Bestrebungen der EU, Russland in hoch institutionalisierte, tatsächlich post-souveräne Vereinbarungen zu verriegeln, die auf die Schaffung eines im Wesentlichen unipolaren Europas auf der Grundlage liberaler Normen und Werte abzielen. Er beschreibt die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Russland nach dem Kalten Krieg in drei Phasen:

1. Die „*formative phase*“ im Zeitraum zwischen 1992 bis 1994 war durch einen relativen Optimismus und die Etablierung kooperativer Strukturen gekennzeichnet.
2. Die „*time of trouble*“ im Zeitraum von 1994 bis 2000 bezeichnet Haukkala als die Zeit der Schwierigkeiten.
3. Die „*Putin era*“, die sich seit 2000 fortsetzt, wird von Haukkala als hybride Ära bezeichnet. Sie war durch einen optimistischen Anfang gekennzeichnet, resultierte jedoch nicht in einer aufrichtigen Partnerschaft. Vielmehr wandelte sie sich allmählich

in wachsende gegenseitige Enttäuschungen oder gar Desillusionen, welche im Ukrainekonflikt kulminierten (vgl. Haukkala 2015: 26).

Die formative Phase wurde durch die Verhandlung über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen³⁴ gekennzeichnet, welche im November 1992 begannen und mit der Unterzeichnung des Abkommens am 24. Juni 1994 in Korfu endeten. Jedoch verschwand die optimistische Stimmung schon bald nach der Unterzeichnung des Abkommens. Statt einer schnellen Ratifizierung und Implementierung des PKA erfroren die Beziehungen zwischen der EU und Russland für mehrere Jahre (vgl. ebd.: 27ff.). Der Beginn des russischen Krieges in Tschetschenien im Dezember 1994, welches nach Unabhängigkeit strebte, resultierte in der ersten großen Krise der Beziehungen zwischen der EU und Russland und verzögerte die nationalen Ratifizierungsprozesse. Das Abkommen trat schließlich am 1. Dezember 1997 für die vorläufige Dauer von zehn Jahren in Kraft. Das PKA initiierte den Dialog zwischen der EU und Russland und basierte auf der Grundlage einer Partnerschaft, die sich den Prinzipien der Demokratie und des Menschenrechtsschutzes verpflichtete. Außerdem regte sie eine gegenseitige Annäherung bei den unterschiedlichen Standpunkten zu internationalen Fragen an, was zur Stabilitätserhöhung führen sollte (vgl. Blanck 2005: 325). Das Abkommen thematisierte auch die Frage des post-sowjetischen Raums. Russland und die EU einigten sich zur Entwicklung enger Beziehungen und regionaler Kooperationen zwischen den ehemaligen UdSSR Ländern und zur Förderung der Ordnung und Prosperität in der Region. Es mangelte jedoch an der Definition einer spezifischen Kooperation in dieser Region (vgl. Samokhvalov 2007: 7).

Nach der Phase der „time of trouble“, welche durch den Tschetschenienkrieg, den Georgienkrieg sowie den zweiten Tschetschenienkrieg geprägt war und zu einer Verschlechterung der Beziehungen führte, folgte schließlich die „Putin era“. Diese fing mit der Wiederaufnahme des Gesprächs über die Europäisierung Russlands an. Diese

³⁴ Bei dem PKA handelte es sich primär um eine ökonomische Vereinbarung. Darüber hinaus legte es jedoch auch das Fundament für einen politischen Dialog, die soziale und kulturelle Kooperation, sowie Kooperationsfelder in anderen Sektoren wie z.B. Bildung, Wirtschaft, Technologie, Energie oder Transport fest. Insofern bildet das PKA das grundlegende rechtliche Rahmenabkommen der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Russland (vgl. Haukkala 2015:27)

Gespräche hielten jedoch nicht lange an. Vielmehr begann Putin von der Idee gemeinsamer Werte mit der EU abzuweichen. Als Grundursache wurden dafür vor allem die eigene Entwicklung Russlands und die „farbigen Revolutionen“ im nahen Ausland Russlands angesehen (vgl. Haukkala 2015: 30f.). Im Gegensatz zu Russland wurde der Ausgang der Orangen Revolution von der EU begrüßt. Brüssel sah darin die Gelegenheit für eine neue Qualität in der Kooperation mit der Ukraine und ihren offenen pro-europäischen politischen Eliten in Kiew (vgl. Domaradzki 2014: 284).

Im Jahr 2004 traten der EU die mittel- und osteuropäischen Staaten Polen, Ungarn, Tschechien Slowakei, Slowenien, Zypern, Malta und die baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen bei. Im Juli 2013 kamen Bulgarien und Rumänien hinzu. Es ist hervorzuheben, dass es an dieser Stelle keinen Widerstand seitens Russland gegen die EU-Erweiterung gab. Für Russland stellten diese EU-Erweiterungen allein keine Sicherheitsbedrohung dar. Erst als die NATO-Erweiterung und die aggressive Förderung der westlichen Demokratie hinzukam, stieß die Expansion auf russischen Widerstand (vgl. Sakwa 2015: 39ff.). Die Europäische Union wurde bald von Russland als „Trojan horse“ für die Expansion der NATO angesehen (vgl. Götz 2015: 4).

Erste Bedenken äußerte Russland im Rahmen der Entwicklung der Östlichen Partnerschaft bei der Frage, welche Staaten in seiner unmittelbaren Einflussphäre sie inkludieren würden. Der russische Außenminister Sergei Lavrov äußerte sich dazu folgendermaßen: „[...] what is the Eastern Partnership, if not an attempt to extend the EU's sphere of influence?“ Die führenden russischen politischen Eliten begannen die Absichten der EU und deren gesteigerten Aktivismus zu verdächtigen (vgl. Götz 2014:4). Traditionell stand Russland der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der EU und den post-sowjetischen Staaten nicht entgegen. Die Östliche Partnerschaft stellte jedoch ein qualitativ unterschiedliches Niveau an Interaktion dar und schloss damit eine weitere Zusammenarbeit der betroffenen Länder an den Eurasischen Projekten aus. Die Beziehungen zwischen Russland und der EU gewannen an einer tiefgreifenden Dynamik mit dem Ergebnis, dass die EU nunmehr in der russischen Wahrnehmung eine ähnliche Sicherheitsgefährdung wie die NATO für Russland darstellte (vgl. Sakwa 2015: 39ff.).

Die Bemühungen des ukrainischen Präsidenten Janukowytsch das Handelsabkommen mit der EU abzuschließen, betrachtete Russland daraufhin nicht mehr als Akt der Friedenssicherung, sondern als Überschreiten einer roten Linie (vgl. Androsch/Ruttensteiner-Poller 2016: 5). Sakwa (2015: 43f.) bezeichnet die Lage, in der sich Russland befand als „integration dilemma“, welches entsteht wenn: „[...] one state perceives as a threat to its own security or prosperity its neighbor’s integration into military alliances or economic groupings that are closed to it.“ Die Ausdehnung der EU ins östliche Europa vollzog sich innerhalb eines bereits existierenden Netzwerks von ökonomischen und anderen Partnerschaften und betrat daher ein strittiges Territorium. Die Politik der EU berücksichtigte nicht die Interessen anderer Akteure und agierte stattdessen mit einer eurozentrischen Haltung. Die EU beanspruchte Exklusivität, welche jedoch ein Nullsummenspiel für das in diesem Fall ausgeschlossene Russland bedeutete. Obwohl Russland keine fundamentale Unvereinbarkeit zwischen seinem Integrationsprojekt, der Eurasischen Union, und der EU sah, beharrte die EU darauf, dass sich die Kandidatenländer zwischen den beiden Projekten entscheiden müssen (vgl. ebd.).

Abschließend lässt sich die Rolle der EU im Rahmen der Krim-Annexion durch folgende Aussage Haukkala’s zusammenfassen:

The rhetorical flirtations with Russia’s basic incompatibility with Western/European ‘repugnant liberalism’ already evident before the crisis [...] have been followed with an all-out rhetorical assault combined with determined steps to use the full spectrum of Russian power to counter the EU’s influence in Ukraine. To a degree, the crisis in Ukraine is in fact a proxy conflict between the EU and Russia. It can also be seen as a parting of ways with Russia clearly putting its foot down and renouncing its willingness to find its place in the unipolar EU-centric Europe. (Haukkala 2015: 37)

4. Analytischer Teil

An dieser Stelle folgt die analytische Phase, in der die Forschungsfrage in Bezug auf die Theorie unter Berücksichtigung der erhobenen Daten beantwortet werden.

Die Forschungsfrage wurde folgendermaßen formuliert:

Wie können die Motive Russlands für die Krim-Annexion anhand der Theorie des Neorealismus erklärt werden?

Die Beantwortung der Forschungsfrage erfolgt im Rahmen der einzelnen Analyseeinheiten der gewählten neorealistischen Konzepte, nämlich des Sicherheitsdilemmas, der Machtmaximierung, des Machtgleichgewichts und des Nullsummenspiels. Jede Analyseeinheit beginnt mit der sie betreffenden Unterfrage, einer kurzen Zusammenfassung jedes Konzeptes und einer Entwicklung einer kurzen (Hypo-)These wie das Motiv Russlands für die Krim-Annexion anhand dieses Konzeptes interpretiert werden kann.

4.1 Analyseeinheit Sicherheitsdilemma

Wie kann die Krim-Annexion durch Russland mit dem Konzept des Sicherheitsdilemmas erklärt werden?

Das Sicherheitsdilemma erklärt das Verhalten von Staaten in der Umgebung des internationalen Systems, das vor allem von Furcht, Verdächtigungen und einem Vertrauensmangel zwischen den Staaten geprägt ist. Die Staaten fühlen sich durch andere überlegenere Staaten bedroht und streben daher permanent nach ihrer Sicherheit. Die Sicherheit können sie nur durch die eigene Machtakkumulation gewährleisten, was wiederum bei anderen Staaten zum Gefühl der Unsicherheit führt.

(Hypo-)These: Die Krim-Annexion durch Russland war die Antwort auf die wahrgenommene Bedrohung durch andere Staaten.

Das Konzept des Sicherheitsdilemmas kann insbesondere durch die expansive Politik des Westens als Motiv Russlands für die Krim-Annexion erklärt werden. Dies geht dadurch hervor, dass das internationale Verhalten westlicher Staaten zur der Entwicklung einer Bedrohungsperzeption Russlands beitrug. In Kapitel 3.4.3 wurde dies einerseits durch die Politik der NATO sowie der USA und andererseits der EU begründet. Die NATO und die EU sind zwar keine Staaten, bilden jedoch Allianzen mehrerer Staaten und werden daher unter den Staatsbegriff subsumiert.

Im Folgenden wird dargelegt, warum Russland sich in der Umgebung des internationalen Systems durch die anderen überlegeneren Staaten bedroht fühlen konnte, was nach dem Konzept des Sicherheitsdilemmas dazu führt, dass der bedrohte Staat nach Sicherheit durch seine durch eigene Machtakkumulation strebt.

Der Kalte Krieg war durch die bipolare Welt und die militärische Konkurrenz zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt gekennzeichnet. Nach dem Ende des Kalten Krieges war deswegen auch eines der zentralen Themen in der Sicherheitspolitik Russlands, dass sich die NATO nicht in Richtung Osten ausdehnt und somit näher an Russland heranrückt. Zu diesem Zweck wurde von russischer Seite der Versuch unternommen, entsprechende verbindliche Vereinbarungen zu treffen. Als die NATO die getroffenen Vereinbarungen nicht einhielt, führte dies zum Wachstum des Vertrauensmangels Russlands. In den Jahren 1999 und 2004 wurden nicht nur die Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes wie Tschechien, Polen und die Slowakei, sondern auch ehemalige Republiken der Sowjetunion und direkte Nachbarstaaten Russlands Estland, Lettland und Litauen in die NATO aufgenommen.

Die Unsicherheit Russlands über das Verhalten der NATO konnte durch die Entwicklung einer neuen Strategie der NATO (Sicherheitsgenerierung und Stabilitätsexport statt Abschreckung und Verteidigung), wenn überhaupt nur kurzfristig beseitigt werden. Trotz der Kompensationsangebote im Gegenzug für die NATO-Erweiterung in Form einer stärkeren internationalen Einbindung Russlands sowie der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland empfand Russland, dass seine Stimme in der internationalen Politik nicht berücksichtigt wird und stattdessen der Westen lediglich dessen Interessen unter Umgehung internationaler Sicherheitsvereinbarungen verfolgt.

Spätestens als die NATO auch der Ukraine und Georgien eine NATO-Mitgliedschaft anbot, war Russlands unmittelbare Interessensphäre betroffen. Dies führte dementsprechend zur Verfestigung des Unsicherheitsgefühls Russlands gegenüber dem Verhalten der westlichen Allianz. Diese Unsicherheit drückte sich in unterschiedlichen Formen aus wie z.B. in den Anpassungen der Militärdoktrin Russlands sowie im russischen Engagement und seiner Intervention im Georgienkrieg 2008.

Die USA waren Russland im militärischen, ökonomischen, technologischen sowie politischen Bereich überlegen und hatten zugleich die führende Position innerhalb der NATO inne, weshalb ihrer Stimme in der internationalen Politik ein großes Gewicht zukam. Auch dies führte sicherlich nicht zur Dämmung der Bedrohungsperzeption Russlands. Laut dem US-amerikanischen Strategen und Berater Zbigniew Brzezinski war nämlich gerade die Kontrolle über den eurasischen Raum, welcher in der realpolitischen Interessensphäre Russlands liegt, für die Sicherung der globalen Hegemonie der USA zentral. Die Strategie dahinter sollte darin bestehen, dass die USA über die NATO immer weitere europäische Staaten an sich bindet und dadurch selbst Einfluss auf Entscheidungen in inneneuropäischen Angelegenheiten gewinnt.

Außerdem konnte sich auch die expansive Politik der EU auf die Unsicherheit Russlands über das Verhalten der westlichen Allianz auswirken. Die Verbreitung der Marktwirtschaft und demokratischer Werte im Rahmen der Erweiterungspolitik der EU wurde von Russland im Gegensatz zu den NATO Aktivitäten zunächst nicht explizit bestritten. Erst mit der Entwicklung des Konzepts der Östlichen Partnerschaft, welches Russlands nahes Ausland und damit dessen Einflusszone integrieren wollte, wurden Bedenken und Verdächtigungen von Russland geäußert. Einerseits deswegen, weil die Partnerschaft mit den betroffenen Staaten bilateral und ohne Einbindung Russlands gestaltet wurde, andererseits deswegen, weil die EU-Mitgliedschaft in den Fällen vieler Länder direkt mit der NATO-Mitgliedschaft verbunden wurde. Somit wurde die EU und deren expansive Erweiterungspolitik allmählich als eine ähnliche Sicherheitsbedrohung wie jene der NATO wahrgenommen.

Das Sicherheitsdilemma Russlands kann durch folgendes Zitat im Hinblick auf die Krim-Annexion gut beschrieben werden: „Der Westen wurde zunehmend mit seiner „imperialistischen Tradition“ gleichgesetzt, gegen das sich ein von Eindämmung und

Einkreisung bedrohtes Russland, das jetzt endgültig als europäischer und globaler Machtfaktor vernichtet werden soll, zu wehren habe.“ (Pradetto 2014: 38) Die Krim-Annexion war damit letztlich das Streben Russlands nach eigener Machtakkumulation, was nach dem Konzept des Sicherheitsdilemmas der einzige Weg ist, durch den Staaten ihre Sicherheit gewährleisten können. Die Krim-Annexion scheint in diesem Sinn eine Antwort Russlands auf die Bedrohung seitens des Westens und ein Mittel für die russische Machtakkumulation gewesen zu sein.

Während sich das Motiv der expansiven Politik des Westens anhand des Sicherheitsdilemmas passend darstellen lässt, ist dies beim Schutz der russischen Bevölkerung und den neosowjetischen Revisionsversuchen nicht der Fall. Im Fall des Motivs des Schutzes der russischen Bevölkerung auf der Krim wirken sich vor allem andere Faktoren auf die Beweggründe Russlands für die Krim-Annexion aus, wie die Identität und die kulturelle sowie historische Beziehungen der Halbinsel Krim zu Russland und deren Bevölkerung. Dagegen geht es dabei nicht darum, dass Russland sich als Staat bedroht fühlt. Im Fall des Motivs der neosowjetischen Revisionsversuche greift das Konzept des Sicherheitsdilemmas zu kurz, weil dabei Macht akkumuliert wird, um Sicherheit zu gewährleisten. Deshalb ist dafür vielmehr das Konzept der Machtmaximierung heranzuziehen, weil Staaten im Rahmen dieses Konzepts nicht nur nach einer Machtakkumulierung, sondern nach der Erreichung einer Hegemonie streben.

4.2 Analyseinheit Machtmaximierung

Das Konzept der Machtmaximierung erscheint zwar in bestimmten Punkten ähnlich wie jenes des Sicherheitsdilemmas, doch weist es ein offensiveres Verhalten der Staaten auf. Diese streben primär nach der Erreichung einer Hegemonie, wodurch sekundär auch ihre absolute Sicherheit gewährleistet werden soll. Der hegemoniale Status ermöglicht ihnen die Beherrschung aller anderen Staaten im internationalen System, womit sie automatisch nicht mehr auf das Selbsthilfesystem angewiesen sind.

Wie kann die Krim-Annexion durch Russland mit dem Konzept der Machtmaximierung erklärt werden?

(Hypo-)These: Die Krim-Annexion durch Russland war ein Zeichen dafür, dass Russland nach einer Hegemonie strebt und andere Staaten im internationalen System beherrschen will. Dadurch würde Russland nicht mehr auf das Selbsthilfesystem angewiesen sein und gleichzeitig seine absolute Sicherheit gewährleisten.

Das Konzept der Machtmaximierung kann insbesondere durch die neosowjetischen Revisionsversuche als Motiv Russlands für die Krim-Annexion erklärt werden. Dass Russland nach seiner Machtmaximierung strebte, kann vor allem auf die aggressive Realpolitik des Präsidenten Putin gestützt werden, die auch als Putins Neoimperialismus bezeichnet wird. Das Ziel seiner Politik war nach dieser Sichtweise Russland als Quasi-Sowjetunion zu restaurieren und eine Großmachtrolle einzunehmen.

Dass die Krim-Annexion durch Russland auf einem Machtstreben Russlands basiert, kann auch schon auf das Ende des Kalten Krieges und den Zusammenbruch der Sowjetunion, mit welchem sich Russland nicht abfind, zurückgeführt werden. Zunächst konzentrierte sich Russland auf die Transformation seines Systems und die Suche seines Platzes im internationalen System. Weil Russland mit seiner schwachen internationalen Position jedoch nicht zufrieden war, wurde in der russischen Außenpolitik der Wunsch nach der Erlangung der internationalen Stärke im globalen Spektrum geäußert. Diese internationale Position Russlands wurde als Gegenpol zum Westen gestellt, den Russland nach- bzw. überholen sollte.

Die Zielsetzung der Machtmaximierung verfolgte Russland durch Stärkung seiner Wirtschaft und den Aufbau einer strategischen Energiepolitik, die gleichzeitig zur Steigerung seiner geopolitischen Dominanz in der Region führte. Dies sollte auch dazu führen, dass Russland einen großen Einfluss auf seine Interessenszone bzw. sein nahes Ausland ausüben kann und dadurch seine hegemoniale Position im eurasischen Raum untermauert.

Der Verlust der Ukraine war für Russland jedoch besonders schwer. Nicht nur schrumpfte sein Gebiet um das zweitgrößte Land Europas, sondern verlor Russland einen wichtigen Verbündeten, der seine westliche Grenze vor Anderen schützte. Gleichzeitig verlor Russland auch die Halbinsel Krim, welche ihm im Rahmen der Sowjetunion gehörte und ein bedeutendes Machtsymbol des ehemaligen Imperiums darstellte. Aus diesem Grund forderten auch russische

politische Eliten direkt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Wiedervereinigung der Krim mit der Russischen Föderation und unterstützten deshalb die pro-russischen Separatisten in der Region, die eine Wiedervereinigung forderten.

Dass es bei der Krim-Annexion um die Machtmaximierung Russlands ging, kann auch aufgrund der geopolitischen Wichtigkeit der Halbinsel Krim begründet werden. Diese stellt strategisch für Russland einen sehr bedeutsamen Stützpunkt dar, vor allem aufgrund der Präsenz der russischen Schwarzmeerflotte und deren maritimen Stützpunkt in Sewastopol. Außerdem sichert die Krim für Russland den Zugang zum Schwarzen Meer und einen Einfluss auf die Länder des Nahen Ostens und Nordafrika.

Schlussendlich kann gesagt werden, dass Russland mit der Krim-Annexion sein Staatsgebiet und gleichzeitig seinen Machtbereich in seinem Streben nach der Bildung einer Hegemonie erweitern wollte. Dies geschah zulasten des Machtbereichs der Ukraine und deren verbündeter Staaten. Inwiefern jedoch Russland dadurch auch tatsächlich eine hegemoniale Rolle erreichte, ist im Hinblick auf die internationalen Konsequenzen verbunden mit der Krim-Annexion umstritten. Da Russland aus mehreren wichtigen internationalen Bündnissen ausgeschlossen wurde und darüber hinaus Sanktionen verhängt wurden, führte die Krim-Annexion letztendlich zur Schwächung der russischen Wirtschaft sowie zum Rückgang der internationalen Position Russlands. Die Krim-Annexion führte ebenfalls nicht zur Sicherung einer absoluten Sicherheit für Russland als Staates. Dies könnte nur im Hinblick auf die Halbinsel Krim betrachtet werden, welche sich Russland für sich „gesichert“ hat. Dennoch ist es nach dem Konzept der Machtmaximierung nicht erforderlich, dass die Erreichung eines hegemonialen Status auch tatsächlich eintritt. Vielmehr geht es um das Streben nach Machtmaximierung mit dem Ziel irgendwann eine hegemoniale Position zu erreichen, der absolute Sicherheit gewährleistet.

4.3 Analyseinheit Machtgleichgewicht

Das Konzept des Machtgleichgewichts analysiert das Verhalten der Staaten anhand ihres Strebens nach Machtgleichgewicht. Die Staaten sind ununterbrochen mit der Bewertung ihrer eigenen Position im internationalen System und dem Vergleich mit anderen Staaten beschäftigt. Sofern kein Machtgleichgewicht vorhanden ist oder dieses sich vermindert, versuchen die

Staaten die neu entstandene Lage auszubalancieren. Dafür können sie zu mehreren Möglichkeiten greifen. Sie können Allianzen schließen, nach anderen Verbündeten suchen oder ihre Gegner schwächen. Zu der Politik des Ausbalancierens können Staaten auch im Falle einer wahrgenommenen Bedrohung greifen. In dem Fall sind für sie auch die Absichten anderer Staaten zentral.

Wie kann die Krim-Annexion durch Russland mit dem Konzept des Machtgleichgewichts erklärt werden?

(Hypo-)These: Die Krim-Annexion war die Antwort Russlands auf das unausgeglichene internationale System und Russlands Mittel zu dessen Ausbalancierung.

Das Konzept des Machtgleichgewichts ist vor allem durch die Motive der expansiven Politik des Westens und der neosowjetischen Revisionsversuche Russlands zu erklären. Die Erklärung der Krim-Annexion anhand des Konzeptes des Machtgleichgewichts greift auf das fehlende Gleichgewicht des internationalen Systems. Dieses Ungleichgewicht kann einerseits auf die bereits erwähnte überlegene Rolle und dem Hegemoniestreben der USA nach dem Kalten Krieg, andererseits auf die vorangetriebene Expansion des Westens in den osteuropäischen Raum zurückgeführt werden. Die Politik dieser Akteure wurden von Russland als Unterminieren des internationalen Machtgleichgewichts in politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bereichen und gleichzeitig als Behinderung der Aufrechterhaltung russischer Autonomie wahrgenommen.

Das Konzept besagt, dass ein Machtgleichgewicht vorhanden ist, wenn Staaten gleich stark sind oder sich zu gleich starken Allianzen zusammenschließen. Sowohl die EU als auch die NATO dehnten ihren Machtbereich immer weiter in den Osten aus und vergrößerten ihre Allianzen zu Ungunsten Russlands. Aus diesem Grund gewann die Ukraine als Puffer-Zone zwischen Russland und den westlichen Akteuren seit dem Ende des Kalten Krieges an Bedeutung.

Da die Ukraine eine neutrale Zone zwischen dem Westen und dem Osten bildete, war ihre Entscheidung über die internationale Ausrichtung des Staates zentral, zumal sie große Auswirkungen für die Gestaltung bzw. Veränderung der Ordnung des internationalen Systems

mit sich bringen würde. Weil die Ukraine immer in die westliche Richtung tendierte und im Jahr 2013 bzw 2014 eine große Wahrscheinlichkeit bestand, dass die Ukraine die Entscheidung treffen würde, sich Europa zu öffnen, griff Russland schließlich ein. Zu der Politik des Ausbalancierens greifen Staaten nämlich auch im Falle einer wahrgenommenen Bedrohung, die in dem Fall als „balance of threat“ zu verstehen ist. Als eine solche Bedrohung wurde die expansive Politik des Westens und deren Ansprüche auf die Ukraine empfunden, was zu einem weiteren Anstieg des internationalen Ungleichgewichts führen würde. Die ukrainische Mitgliedschaft in der EU und NATO würde zur Schwächung der Position Russlands bzw. Stärkung der Position der westlichen Akteure führen. Die Krim-Annexion kann somit als Russlands Mittel, den Vorsprung anderer Akteure und die Bedrohungen auszugleichen, verstanden werden.

Bei der Krim-Annexion gewann die These von „buck-passing“ bzw. der Schwächung der Rivalen an Bedeutung. Sie stellt eine Strategie dar, mit welcher Staaten ausbalancieren und gleichzeitig bessere Position im internationalen System erlangen können. Sie besteht darin, dass ein Staat regionale Nachbarn einer aufsteigenden Macht schwächt und dadurch das Aufkommen anderer starker Staaten bzw. Allianzen abwendet und so deren Machtmaximierung entgegenwirkt. Dies kann am Beispiel der Krim-Annexion gesehen werden: Russland schwächte durch die Annexion der Halbinsel Krim die Ukraine, die eine potentielle Allianzbildung mit dem Westen anstrebte. Durch die Annexion der strategisch wichtigen Krim wollte Russland gleichzeitig die Machtmaximierung der an der Ukraine interessierten westlichen Akteure vermindern.

Dass es sich um eine Politik des Ausbalancierens handeln konnte, kann aufgrund des steigenden Einflusses der EU und der NATO in dem nahen Ausland Russlands begründet werden. Anhand des Konzeptes des Machtgleichgewichts kann die Krim-Annexion Russlands daher insbesondere durch mit ökonomischen und militärischen Anreizen vorangetriebene Expansion des „Westens“ in den postsowjetischen Raum erklärt werden, wodurch sich Russland genötigt sah, Maßnahmen zur Wiederherstellung eines relativen Machtgleichgewichts zu treffen.

Im Rahmen des Konzeptes des Machtgleichgewichts ist auch das Motiv der neosowjetischen Revisionsversuche Russlands von Relevanz. Da Russland anstrebte seine derzeitige Position

im internationale System zu verbessern, kann dies auch in dem Sinne verstanden werden, dass Russland versuchte seinen Großmachtstatus als Gegenpol zum Westen wieder zu erlangen und dadurch ein Machtgleichgewicht herzustellen. Das Motiv des Schutzes der russischen Bevölkerung auf der Krim kann mittels des Konzeptes des Machtgleichgewichts allerdings nicht erklärt werden.

4.4 Analyseinheit Nullsummenspiel

Im Rahmen des Nullsummenspiels der internationalen Beziehungen spielt die Kalkulierung eine wesentliche Rolle. Nach dem Nullsummenspiel der internationalen Beziehungen sind Staaten mit der Berechnung ihrer relativen Gewinne okkupiert. Sie analysieren nicht nur ihre eigenen Schritte nach dem Kosten-Nutzen Prinzip, sondern auch jene von anderen Staaten. Ein Gewinn eines anderen Staates kann nämlich einen Verlust für sie und umgekehrt bedeuten.

Wie kann die Krim-Annexion durch Russland mit dem Konzept des Nullsummenspiels erklärt werden?

(Hypo-)These: Russland annektierte die Halbinsel Krim aufgrund der Berechnung der durch relativen Gewinne für sich und der dadurch verursachten relativen Verluste für die anderen Staaten.

Da die Grundgedanken des Nullsummenspiels auf den Prinzipien des Sicherheitsdilemmas sowie des Machtgleichgewichts basiert, kann auch dieses Konzept vor allem durch die Motive der expansiven Politik des Westens und der neosowjetischen Revisionsversuche Russlands dargestellt werden. Im Rahmen des Motivs der expansiven Politik des Westens weil Russland aufgrund der ständigen Unsicherheit und Bedrohungen seitens des Westens nach seiner Sicherheit strebte. Nach dem Kosten-Nutzen Prinzip bedeutete die Krim-Annexion für Russland die beste Möglichkeit, wie es seine Sicherheit wiederherstellen und gleichzeitig die Bedrohungen abwenden kann. Im Rahmen des Motivs der neosowjetischen Revisionsversuche dagegen bedeutete die Krim-Annexion die Verbesserung der russischen Position im internationalen System. Da die neosowjetischen Revisionsversuche mit der Anhäufung von

Macht verbunden waren, implizierte dies dementsprechend auch Machtverluste der anderen Akteure im Sinne des Nullsummenspiels.

Aus der Sicht des Nullsummenspiels bedeutete der Gewinn der Krim-Halbinsel durch Russland einen Verlust für die Ukraine und gleichzeitig für die westlichen Bündnisse. Die Destabilisierung der Ukraine verhinderte oder verlangsamte zumindest den Prozess der unmittelbaren Eingliederung der Ukraine in die westlichen Strukturen und erzeugte daher sowohl relative Verluste für die „Gegner“ Russlands als auch relative Gewinne für Russland.

Die Entscheidung zur Annexion der Krim basiert nach dem Konzept des Nullsummenspiels auf einer Kalkulierung der eigenen Position sowie der Konsequenzen einer Handlung. Bei der von Russland vorgenommenen Kalkulierung könnten im Rahmen des Nullsummenspiels die strategische Bedeutung der Krim und die damit verbundenen Vorteile für Russland gegen die dadurch den anderen Akteuren entstehenden Verluste abgewogen werden. Letztlich führte diese Abwägung jedenfalls zum Ergebnis, dass die Annexion der Krim durch Russland im Ergebnis mehr Vorteile für Russland und Nachteile für die übrigen Akteure hätte. Auf Basis dessen erfolgte sodann die Annexion der Krim durch Russland, sofern die Entscheidung Russlands durch das Konzept des Nullsummenspiels betrachtet wird.

Die These des Nullsummenspiels ist mit den bereits analysierten Konzepten des Sicherheitsdilemmas und des Machtgleichgewichts eng verbunden. Im Rahmen des Sicherheitsdilemmas kann auf die wahrgenommenen Bedrohungen seitens des Westens und die Verluste, die die westliche Expansion für Russland verursachen würde, zurückgegriffen werden. Als Beispiel kann die mögliche Eingliederung der Ukraine in die Freihandelszone der EU angeführt werden, die automatisch für die russische Zollunion einen Verlust eines potenziellen wirtschaftlichen Partners und damit einhergehende ökonomische Schaden verursachen würde. Nach dem Konzept des Machtgleichgewichts bedeutet die Stärkung der eigenen Position auch die gleichzeitige Schwächung des Rivalen. Somit kann die Krim-Annexion so erklärt werden, dass der Gewinn der Krim für Russland automatisch einen Verlust für die anderen Akteure war. Im Hinblick auf die Sanktionen und die damit einhergehenden Konsequenzen für Russland, welche die Krim-Annexion verursachte, ist jedoch fraglich, inwiefern sie schlussendlich tatsächlich einen Gewinn für Russland darstellte.

5. Fazit

Die Untersuchung der Krim-Annexion hat offenbart, dass dieses Ereignis sehr komplex war und daher auch nicht einseitig betrachtet werden sollte. Vielmehr erfordert die Auseinandersetzung mit dieser Thematik eine mehrdimensionale Sichtweise. Wie bei den untersuchten Motiven Russlands für sein Vorgehen während der Ukraine-Krise festgestellt wurde, spielten bei der Krim-Annexion mehrere Faktoren eine Rolle, die miteinander verbunden sind. Es ist nicht möglich abschließend festzumachen, welches Motiv Russlands ein tatsächlich den bzw. einen Grund für die Krim-Annexion gebildet hat und welches nicht. Das war jedoch auch nicht das Ziel dieser Arbeit. Stattdessen sollten die Motive Russlands untersucht werden und diese anhand der Theorie der Internationalen Beziehungen, des Neorealismus, überprüft werden.

Die Motive Russlands für die Krim-Annexion können aber auch nicht isoliert untersucht werden. Dies wurde beispielsweise bei dem Schutz der russischen Bevölkerung auf der Krim sichtbar. Russland schützte nämlich die russische Bevölkerung auf der Krim, die aufgrund der Meinungsunterschieden bezüglich der Richtung der Ukraine in Gefahr geriet. Dies kann jedoch auch auf expansive Politik des Westens zurückgeführt werden, welche die Ukraine vor die Wahl zwischen Russland und den Westen brachte. Weiters kann auch die expansive Politik des Westens mit den neosowjetischen Revisionsversuchen Russlands in Verbindung gebracht werden. Im Vordergrund des Machtstrebens Russlands steht nämlich die Konkurrenz mit dem Westen, die durch das Ende des Kalten Krieges nicht beendet wurde. Beide strebten nach der Erweiterung ihrer Einflussphären, dies jedoch auf die Kosten des Anderen.

Das Machtstreben Russlands ist auch durch das Ausbalancieren des Ungleichgewichts, welches nach dem Ende des Kalten Krieges vorhanden war, geprägt worden. Es kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob die Krim-Annexion Russlands Antwort auf ein Gefühl der Bedrohung durch den Westen war oder vielmehr eine Antwort darauf, dass Russland sich nicht damit abfand, nicht mehr einer der zwei Supermächte in der internationalen Politik zu sein. Die Krim-Annexion konnte nämlich Russlands Weise sein zu zeigen, dass nicht nur der Westen seine Einflussphäre erweitert, sondern auch Russland selbst. Gleichzeitig konnte die Krim-

Annexion als ein drastisches Mittel angesehen werden, mit dem Russland zeigt, dass es sich die NATO und die EU nicht direkt neben sich wünscht. Letztlich dürfen auch die komplizierten ukrainisch-russische Beziehungen nicht vergessen werden. Dass die Ukraine für einen sehr langen Zeitraum ein wichtiger Bestandteil Russlands war, spielt bei dem Konflikt auch eine Rolle. Dies hatte einen erheblichen Einfluss auf die Identität und die damit einhergehende Spaltung einzelner Bevölkerungsteile der Ukraine, welche bei der Krim-Annexion Einfluss ausübten. In diesem Zusammenhang sollte nicht vernachlässigt werden, dass pro-russische Kräfte auf der Krim ein Referendum über deren Eingliederung in die Russische Föderation abhielten. Der Identitätsfaktor lieferte Russland schließlich den Grund dafür, den ethnischen Russen auf der Krim Schutz und dadurch einen Ausweg aus dem innenukrainischen Konflikt anzubieten.

Die Unabhängigkeit der Ukraine von der Sowjetunion platzierte die Ukraine auch in die Pufferzone, die Russland vom Westen trennte. Aus politischer Sicht stellte die Ukraine eine Barriere zwischen der EU und Russland dar, aus sicherheitspolitischer Sicht ein Territorium zwischen der NATO und Russland. Das Ende des Kalten Krieges war nämlich auch durch geprägt, dass der Westen und Russland das gegenseitige Bedrohungsgefühl abbauen sollten. Dies sollte u.a. durch die Nichterweiterung der NATO in den Osten garantiert werden. Das neue internationale System sollte durch integrative und kooperative internationale Politik gekennzeichnet werden. Die unterschiedlichen internationalen Präferenzen und Meinungsunterschiede, wie z.B. zwischen der NATO und Russland und deren Interventionen in anderen Staaten wurden jedoch zu Konfliktthemen. Die fortschreitende Osterweiterung sowohl der NATO als auch der EU wurde von Russland dementsprechend auch nicht begrüßt.

Dies konnte von Russland einerseits als die Nichteinhaltung internationaler Vereinbarungen gewertet werden, was einen Bedrohungsalarm aktivierte und unangenehme Erinnerungen an die bipolare Welt hervorrief. Andererseits konnte das Heranrücken des Westens als eine nicht erwünschte Konkurrenz interpretiert werden, die als ein Nullsummenspiel betrachtet wird. Der Gewinn des Konkurrenten bedeutet einen Verlust bei sich selbst. Der Westen trat nämlich immer näher in Russlands nahes Ausland ein, bis zu dem Punkt an dem die unmittelbare Interessensphäre Russlands berührt wurde, was den ausdrücklichen Protest Russlands zur Folge hatte. Russland war nicht gewillt, die Ukraine mit seinen Konkurrenten zu teilen. Die

politischen, ökonomischen sowie sicherheitspolitischen Verluste, die der Gewinn der Ukraine durch die westlichen Bündnisse bringen würden, wären für Russland nämlich unvermeidlich. Die Krim-Annexion bedeutete einen klaren Stopp gegen die bisher tolerierten Machtbestrebungen des Westens.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Theorie des Neorealismus eine gute Grundlage für die Erklärung des Verhaltens von Staaten bietet. Sie gab mehrere Antworten dafür, wie das russische außenpolitische Handeln erklärt werden kann. Allerdings sollte darauf hingewiesen werden, dass neorealistische Ansätze auch nur einen reduzierten Einblick in die komplexe Welt der internationalen Beziehungen anbieten. Bei Erklärung werden nur bestimmte Aspekte wie z.B. das Machtstreben oder Sicherheit der Staaten hervorgehoben. Andere Faktoren wie z.B. die Identität oder Akteure denen nicht Staateneigenschaft zukommt, welche aber in bestimmten Fällen durchaus relevant sein können, werden ausgelassen. Daher wäre es sicherlich interessant, die Krim-Annexion auch aus einer anderen Perspektive zu untersuchen.

6. Offene Fragen

Zuletzt bleiben bestimmte Fragen offen. Eine dieser Fragen ist, warum Russland gerade die Krim annektierte. Über die Gründe, warum Russland gerade die Halbinsel Krim annektierte könnte lang polemisiert werden. Einerseits kann es sich um eine rein strategische Wahl handeln, wobei die Krim aufgrund ihrer geopolitischen Wichtigkeit annektiert wurde. Die geographische Lage der Krim sichert Russland einen unmittelbaren Zugang zum Schwarzen Meer, aus welchem Russland Einfluss auf die Länder in der Region ausüben kann. Es kann auch nach sicherheitspolitischen Gründen gesucht werden, wobei die Krim einen wichtigen Pfeiler der maritimen Strategie und den Stützpunkt russischer Schwarzmeerflotte darstellt. Nicht nur wurde von Seiten der Ukraine öfter gedroht, den Pachtvertrag für die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte nicht mehr zu verlängern oder zu kündigen, sondern wäre auch die Koexistenz der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim mit der Ukraine in der NATO nur schwer vereinbar. Andererseits kann die Krim-Annexion auf die pro-russische Einstellung der Bevölkerung der Krim gestützt werden, welche die Eingliederung in die Russische Föderation forderte. Dies gab Russlands Vorgehen eine Legitimationsbasis. Die Annexion der

Krim kann auch auf die symbolische Bedeutung der Halbinsel zurückgeführt werden. Wenn die Halbinsel Krim als historisches Machtsymbol Russlands betrachtet wird, kann die Krim-Annexion im Licht der Ansprüche eines einmal starken Imperiums gesehen werden. Schlussendlich kann es sich um eine reine Kalkulierung und ein Zusammenspiel mehrerer dieser und anderer Faktoren handeln.

Eine weitere offene Frage ist, warum die Krim-Annexion gerade zu dem Zeitpunkt erfolgte, zu dem sie erfolgt ist. Auch hier ist eine eindeutige Antwort nicht möglich. Sofern die Frage aber aus einem theoretischen Blickwinkel analysiert werden soll, kann auf die kausalanalytische Theorie zurückgegriffen werden. Wie im theoretischen Teil erläutert, ermöglicht sie die Ursache-Wirkungszusammenhänge festzustellen. Dafür werden zwei zusammenhängende Formen benötigt: Korrelationen und Mechanismen. Im Rahmen der Korrelationsanalyse werden die Ursachen als unabhängige Variable und Wirkungen als abhängige Variable bezeichnet. Wenn aus der theoretischen Grundlage dieser Arbeit, d.h. des Neorealismus, ausgegangen wird, stellt die Struktur bzw. das internationale System die Ursachen und die Krim-Annexion die Wirkungen dar. Damit eine Kausalität überprüft werden kann, sollten diese Faktoren vorbestimmt werden: Die Eigenschaften des internationalen Systems, die kausalen Tendenzen, die aus den Eigenschaften des internationalen System resultieren (dies waren die Entwicklung der Russland/Westen Beziehungen und die Position Russlands im internationalen System), und die auslösenden Bedingungen, die zu den kausalen Tendenzen führen. Ich wage zu behaupten, dass die Ukraine-Krise der ausschlaggebende Faktor und damit die auslösende Bedingung war. Sie war ein Ereignis mehrerer latent vorhandener Konflikte, die zum Vorschein kamen. Dies waren vor allem die Widersprüche innerhalb der Ukraine bezüglich der internationalen Ausrichtung des Staates und die Konkurrenz zwischen Russland und den westlichen Akteuren. Auch bei Betrachtung sämtlicher in dieser Arbeit herausgearbeiteter Motive kommt die Ukraine-Krise als auslösende Bedingung in Betracht. Zunächst bewirkte die Ukraine-Krise, dass gerade zu diesem Zeitpunkt die russische Bevölkerung Schutz benötigte. Zudem bot die Ukraine-Krise aufgrund der Schwäche der Ukraine zu diesem Zeitpunkt, eine gute Gelegenheit für Russland die lang angestrebte Revision vorzunehmen. Zuletzt setzte diese Schwäche der Ukraine sie Expansionsbestrebungen des Westens aus, wodurch sich Russland bedroht fühlte.

7. Literatur

- Androsch, Hannes; Rutensteiner-Poller, Bettina (2016): Europa heute- und wie weiter? In: Europäische Rundschau. Vierteljahresschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. 2016/3. 44. Jahrgang, 1-24.
- Arabs'kyj, Jurij (2003): Grundzüge des Regierungs- und Parteiensystems. In: Besters-Dilger, Juliane (Hg.): Die Ukraine in Europa. Aktuelle Lage, Hintergründe und Perspektiven. Wien; Köln; Weimar: Böhlau, 35–63. (Buchreihe des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa)
- ARTE (2005): Mit offenen Karten. Ukraine was heutzutage „gerne“ vergessen wird. Stand: 6.4.2005
https://www.youtube.com/watch?v=4LlsxzP_vmQ&index=1&list=PLeToNTiP_Z8yCqBQFg5VZgCzvgMvaXny2%29 (abgerufen am 2.12.2017)
- Auth, Günther (2015): Theorien der internationalen Beziehungen kompakt: die wichtigsten Theorien auf einen Blick. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Berlin: De Gruyter Oldenbourg.
- Blanck, Kathrin (2005): Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur. Schriftenreihe Bd. 26. Wien: Springer.
- Böttger, Katrin (2014): Auf dem sicherheitspolitischen Auge blind: Die EU-Außenpolitik angesichts der Ukraine-Krise: Zustand und Entwicklungsoptionen. In: integration, 37, 2, 95-108.
- Braune, Andreas (2015): Zur Einführung: Der Umbruch in der Ukraine 2014. In: Braune, Andreas (u. a.). (Hg.): Umbrüche. Festivalband zum 6. Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte. Bad Berka: Thillm, 135–138.
- Broer, Michael (1997): Die Entwicklung der Politik der NATO zur Osterweiterung. In: Pradetto, August (Hg.): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Opladen: Westdeutscher Verlag, 289-329.

- Brzezinski, Zbigniew (2004): Volba. Globální nadvláda nebo globální vedení. Praha: Mladá fronta.
- Burchill, Scott; Linklater, Andrew (2013): Introduction. In: Linklater, Andrew (u.a.) (Hg.): Theories of international relations. 5. edition. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 1-32.
- Hacke, Christian (2014): Der Westen und die Ukraine-Krise. Plädoyer für Realismus. Stand: 11.11.2014. <http://www.bpb.de/apuz/194824/der-westen-und-die-ukraine-krise?p=all> (abgerufen am 3.11.2017)
- Crome, Erhard (2014): Geopolitisches um die Ukraine. In: Strutynski, Peter (Hg.): Ein Spiel mit dem Feuer: die Ukraine, Russland und der Westen. Köln: PapyRossa Verlag, 99–117.
- Darnstädt, Thomas; u.a. (2008): Putins Kalter Krieg. Stand: 18.8.2008. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-59099365.html> (abgerufen am 4.11.2017)
- Dembinski, Matthias; Schmidt, Hans-Joachim; Spanger, Hans-Joachim (2014): Einhegung: die Ukraine, Russland und die europäische Sicherheitsordnung. HSFK-Report 3/2014. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.
- Domaradzki, Spasimir (2014): The role of NATO and the EU in the Ukrainian Crisis. In: Bachmann, Klaus; Lyubashenko, Igor (Hg.): The Maidan Uprising, Separatism and Foreign Intervention. Ukraine's complex transition. Frankfurt am Main: Peter Land Edition, 267-299.
- Feske, Susanne (2014): Theorieentwicklung der Internationalen Beziehungen: ein Überblick. In: Feske, Susanne; Antonczyk, Erik; Oerding, Simon (Hg.): Einführung in die Internationalen Beziehungen: Ein Lehrbuch. Opladen: Budrich, 11–23.
- Feske, Susanne; Hegemann-Rockel, Rebecca (2014): Realismus und Neorealismus. In: Feske, Susanne; Antonczyk, Erik; Oerding, Simon (Hg.): Einführung in die Internationalen Beziehungen: Ein Lehrbuch. Opladen: Budrich, 23-29.
- Gaddis, John Lewis (2006): Studená vojna. Bratislava: Slovart.

- Gärtner, Heinz (2005): Internationale Sicherheit: Definitionen von A-Z. 1. Auflage. Wiener Schriften zur internationalen Politik. Baden-Baden: Nomos.
- Götz, Elias (2015): It's geopolitics, stupid: explaining Russia's Ukraine Policy. In: Global Affairs, 1, 1, 3-10.
- Haas, Marcel de (2011): Russia's Military Doctrine Development (2000-10). In: Blank, Stephen (Hg.): Russian military politics and Russia's 2010 defense doctrine. Carlisle PA: Strategic Studies Institute, 1-63.
- Haukkala, Hiski (2015): From cooperative to contested Europe? The conflict in Ukraine as a culmination of a long-term crisis in EU-Russia Relations. In: Journal of Contemporary European Studies, Bd. 23, Nr. 1, 25-40.
- Heyden, Ulrich (2015): Ein Krieg der Oligarchen. Das Tauziehen um die Ukraine. Köln: PapyRossa Verlag.
- Hofmann, Wilhelm; Dose, Nicolai; Wolf, Dieter (2007): Politikwissenschaft. 2., überarbeitete Auflage. Konstanz: UVK.
- Höller, Herwig G. (2015): Wann die Krim-Annexion wirklich begann. Stand: 16.3.2015. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/krim-annexion-leonid-gratsch-putin> (abgerufen am 3.11.2017)
- Jetschke, Anja (2017): Internationale Beziehungen: Eine Einführung. Tübingen: Narr Francke Attempto.
- John, Mark; Solovyov, Dmitry (2008): Russia criticizes NATO pledge to Ukraine, Georgia. Stand: 4.4.2008. <http://www.reuters.com/article/us-nato-georgia-ukraine-russia-idUSL0315483920080404> (abgerufen am 12.11.2017)
- Kaim, Markus; Maull, Hanns W.; Westphal, Kirsten (2015): Die gesamteuropäische Ordnung vor einer Zäsur- drei Leitlinien für einen Neubeginn. In: SWP-Aktuell 14, 1-8.
- Kaiser, Markus (2001): Eurasien: neo-imperialistischer Diskurs oder gesellschaftliche Realität? Working Paper 337, Universität Bielefeld,

- Kaiser, Markus (2003): Postsowjetisches Eurasien- Dimensionen der symbolischen und realen Raumeignung. In: Kaiser, Markus (Hg.): Auf der Suche nach Eurasien. Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Russland und Europa. Bielefeld: transcript Verlag. 79-108.
- Kappeler, Andreas (2003): Vom Grenzland zu Eigenstaatlichkeit: Historische Voraussetzungen von Staat und Nation. In: Besters-Dilger, Juliane (Hg.): Die Ukraine in Europa. Aktuelle Lage, Hintergründe und Perspektiven. Wien; Köln; Weimar: Böhlau, 15–35. (Buchreihe des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa)
- Klein, Margarete (2015): Russlands neue Militärdoktrin. NATO, USA und „farbige Revolutionen“ im Fokus. In: SWP-Aktuell 12, 1-4.
- Klußmann, Uwe (2014): Krim-Statut. Warum Russland an Sewastopol festhält. Stand: 5.3.2014. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-statut-warum-russland-am-schwarzmeerhafen-sewastopol-festhaelt-a-956815.html> (abgerufen am 2.12.2017)
- Koval', Igor; Semenov, Valentin (1997): Die neue Architektur Europas und eine Sicherheitsstrategie für die Ukraine. In: Pradetto, August (Hg.): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Opladen: Westdeutscher Verlag, 131-161.
- Kronauer, Jörg (2014): „Ukraine über alles“. Ein Expansionsprojekt des Westens. Hamburg: KVV konkret.
- Krone-Schmalz, Gabriele (2015): Russland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens. München: C.H.Beck.
- Lemke, Christiane (2012): Internationale Beziehungen: Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder. 3., überarbeitete und ergänzte Auflage. München: Oldenbourg.
- Lewis, Barbara; Croft, Adrian (2013): EU leaders give Kiev until May to prove it wants to look west. Stand: 25.2.2013. <https://www.reuters.com/article/us-eu-ukraine/eu-leaders-give-kiev-until-may-to-prove-it-wants-to-look-west-idUSBRE91O0U420130225> (abgerufen am 26.11.2017)

- Lippert, Barbara (2014): Die Ukraine-Krise und kritische Fragen an die EU-Erweiterungspolitik. In: SWP-Aktuell 22. 1-4.
- Luňák, Petr; Pečenka, Marek (1999): Encyklopedie moderní historie. Praha: Libri.
- Malek, Martin; Pavlenko, Anatolij (2003): Sicherheit und Verteidigung. In: Besters-Dilger, Juliane (Hg.): Die Ukraine in Europa. Aktuelle Lage, Hintergründe und Perspektiven. Wien; Köln; Weimar: Böhlau, 63-95. (Buchreihe des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa)
- Martens, Wilfried (2009): Europe: I struggle, I overcome. Heidelberg (u.a.): Springer.
- Masala, Carlo (2005): Kenneth N. Waltz: Einführung in seine Theorie und Auseinandersetzung mit seinen Kritikern. Baden-Baden: Nomos.
- Mearsheimer, John J. (2014): Why the Ukraine Crisis is the West's Fault. The liberal delusions that provoked Putin. In: Foreign Affairs, September/ Oktober 2014, 93/5. <https://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2014-08-18/why-ukraine-crisis-west-s-fault> (abgerufen am 2.12.2017)
- Pradetto, August (2014): Die Ukraine-Krise: Geopolitik und Identität im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen. In: Die Friedens-Warte, 89, 1-2, 31–58.
- Puglierin, Jana (2015): Realismus als IB-Theorie. In: Woyke, Wichard; Varwick, Johannes (Hg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 13. Auflage. Opladen; Toronto: Verlag Barbara Budrich, 394–401.
- Putin, Wladimir (2014a): Address by President of the Russian Federation. In: President of Russia. Official Web Site. Stand: 18.3.2014. <http://en.special.kremlin.ru/events/president/news/20603> (abgerufen am 2.11.2017)
- Putin, Wladimir (2014b): Putin's war of words: A Roundup. Stand: 2.9.2014. https://www.nytimes.com/2014/09/03/world/europe/putins-war-of-words-a-roundup.html?_r=0 (abgerufen am 11.11.2017)
- Putin, Wladimir (2007): Rede auf der Münchner Konferenz zu Fragen der Sicherheitspolitik. In: AG Friedensforschung. Stand: o.J. <http://www.ag->

friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html (abgerufen am 12.11.2017)

- Richter, Wolfgang (2014): Die Ukraine-Krise. Die Dimension der paneuropäischen Sicherheitskooperation. In: SWP-Aktuell 23, 1-8.
- Sakwa, Richard (2015): Frontline Ukraine. Crisis in the borderlands. London; New York: I.B.Tauris.
- Samokhvalov, Vsevolod (2007): Relations in the Russia-Ukraine-EU triangle: 'zero-sum game' or not? Occasional Paper 68/ September 2007. Paris: The European Union Institute for Security Studies.
- Schimmelfennig, Frank (2015): Internationale Politik. 4., aktualisierte Auflage. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Schneider, Eberhard (2015): Die neue russische Militärdoktrin. In: ISPSW Strategy Series: Focus on Defense and International Security, 320, 1–5.
- Schörnig, Niklas (2010): Neorealismus. In: Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. 3.Auflage. Opladen; Farmington Hills: Barbara Budrich, 65-97.
- Schreier, Margrit (2014): Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. In: Forum Qualitative Sozialforschung, 15, 1 (18), 1–27.
- Smith, Nicholas Ross (2015): The EU and Russia's conflicting regime preferences in Ukraine: assessing regime promotion strategies in the scope of the Ukraine crisis. In: European Security, 24, 4, 525-540.
- Stahl, Bernhard (2014): Internationale Politik verstehen. Eine Einführung. Opladen; Toronto: Barbara Budrich.
- Strutynski, Peter (2014): 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg: Imperialismus reloaded? In: Strutynski, Peter (Hg.): Ein Spiel mit dem Feuer: die Ukraine, Russland und der Westen. Köln: PapyRossa Verlag, 7–19.
- Ten Brink, Tobias (2008): Staatenkonflikte. Stuttgart; München: Lucius & Lucius

- Tamminga, Oliver (2015): Hybride Kriegsführung. Zur Einordnung einer aktuellen Erscheinungsform des Krieges. In: SWP-Aktuell 27, 1-4.
- Teutmeyer, Benjamin (2014): Die Rollen der NATO in der Ukraine-Krise. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 7, 4, 431-440.
- Trenin, Dmitri (2009a): Russia's Spheres of Interest, not Influence. In: The Washington Quarterly, 32, 4, 3-22.
- Trenin, Dmitri (2009b): Die einsame Weltmacht. Nicht nur auf Amerika starren: Wie Russland aus seiner strategischen Isolation ausbrechen könnte Stand: 5.2.2009.
<http://www.zeit.de/2009/07/oped-Sicherheitskonferenz> (abgerufen am 4.11.2017)
- Walker, Shaun; Traynor, Ian (2014): Putin confirms Crimea annexation as Ukraine soldier becomes first casualty. Stand: 19.3.2014.
<https://www.theguardian.com/world/2014/mar/18/putin-confirms-annexation-crimea-ukrainian-soldier-casualty> (abgerufen am 1.11.2017)
- Wenger, Andreas (2015): Europäische Sicherheit nach der Zäsur von 2014. In: CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, 177, 1-4.
- Wergin, Clemens (2014): Die Chaostheorie der russischen Außenpolitik. Stand: 1.3.2014.
<https://www.welt.de/debatte/article125329711/Die-Chaostheorie-der-russischen-Aussenpolitik.html> (abgerufen am 29.10.2017)
- Wydra, Doris (2003): Die Halbinsel Krim- regionale Problemlagen im europäischen Kontext. In: Besters-Dilger, Juliane (Hg.): Die Ukraine in Europa. Aktuelle Lage, Hintergründe und Perspektiven. Wien; Köln; Weimar: Böhlau, 337-365. (Buchreihe des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa)
- Yeşilot, Okan (2014): The Crimean Crisis in the Context of New Russian Geopolitics. In: Insight Turkey, 16, 2, 167-181.

8. Anhang

8.1 Abstract Deutsch

Die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim durch Russland im Jahre 2014 war bzw. ist noch heutzutage ein sehr aktuelles und kontrovers diskutiertes Thema in der Politik sowie in den Medien. Insbesondere führte sie zu einer polarisierenden und emotional aufgeladenen Debatte zwischen Russland, der Ukraine und den westlichen Akteuren, die einen jeweils unterschiedlichen Standpunkt vertreten.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es zunächst, die Motive Russlands zu beleuchten, die für die Krim-Annexion ausschlaggebend waren. Anhand der gewonnenen Erkenntnisse des forschungsbezogenen Materials sind folgende Motive Russlands für die Krim-Annexion kategorisiert worden: 1) Schutz der russischen Bevölkerung und deren Menschenrechte auf der Krim; 2) Neosowjetischen Revisionsversuche Russlands; 3) Putins Neoimperialismus; die expansive Politik des Westens.

Für die Erklärung des Staatsverhaltens eignen sich die Theorien der Internationalen Beziehungen. Im Rahmen dieser Arbeit wird dabei die Theorie des Neorealismus und deren Konzepte des Sicherheitsdilemmas, der Machtmaximierung, des Machtgleichgewichts und des Nullsummenspiels herangezogen. Diese ermöglichen es, die Krim-Annexion u.a. im Licht eines Sicherheits-, Macht- oder Machtgleichgewichtsstrebens Russlands zu veranschaulichen.

Nachdem die einzelnen kategorisierten Motive Russlands für die Krim-Annexion analysiert werden, findet eine Auswertung dieser anhand der ausgewählten neorealistischen Konzepte statt, wobei geprüft wird, inwiefern sie den festgestellten Motiven für das Verhalten Russlands im Zuge der Krim-Annexion entsprechen. Für die Untersuchung der Motive Russlands wird das internationale System nach dem Ende des Kalten Krieges bis zum Zeitpunkt der Krim-Annexion dargestellt. In diesem Zusammenhang wird im Rahmen der Analyse untersucht, welche Stellung der Ukraine und der Krim unter Berücksichtigung insbesondere ihrer politischen, historischen und geographischen Gegebenheiten vor allem in der Zeit nach 1989 zukam. Auch werden die Beziehungen zwischen Russland, der Ukraine, der EU und der NATO dargelegt und wie sie durch ihre gegenläufigen Interessenslagen geprägt waren bzw. sind.

8.2 Abstract English

The annexation of the Ukrainian Crimea peninsula by Russia in 2014 was and still continues to be a very relevant and controversial issue in politics and the media today. In particular, it led to a polarizing and emotionally charged debate between Russia, Ukraine and Western actors, each representing a different viewpoint. The aim of the present work is above all to examine Russia's motives decisive for the Crimean annexation.

From the findings of the selected research material, the following motives of Russia behind the Crimean annexation have been identified: 1) Protection of the Russian population living on the territory of Crimea peninsula and their human rights; 2) Russia's neo-Soviet revisionist attempts and Putin's neo-imperialism; 3) Expansionist policy of the West.

The theories of the international relations are the best fit to explain state behavior. In this work, the theory of neorealism and its concepts of security dilemma, power maximization, power balance and zero-sum game are applied. These allow best the explanation of the Crimean annexation against the backdrop of a security-, power-, and balance- seeking Russia. After analyzing the individually stipulated reasons behind Russia's Crimea annexation, they are being evaluated on the basis of the selected neorealist concepts. These are then further examined to assess their impact which they might have had on Russia's behavior in the course of the Crimean annexation.

For the purposes of Russia's motives behind the Crimean annexation, the international system after the end of the Cold War until the time of the annexation of the Crimea is presented in this work. In this context, also the position of Ukraine and the Crimea, and in particular their political, historical and geographical circumstances, especially in the post-1989 period are examined. The relations between Russia, Ukraine, the EU and NATO are also put under investigation and examined as to how these relations were or are still shaped by their often opposing interests.